



Standort: links!

**Beschlüsse
Juso-Bundeskongress**

**Leipzig
07.-09. Mai 1999**

Inhaltsverzeichnis

<u>Den Verband von links erneuern Bundesarbeitsprogramm Jusos 1999-2001</u>	Seite 3
<u>Solidarität statt Spaltung Plattform der Jusos zur Wahl des europäischen Parlaments</u>	Seite 22
<u>Ausbildung</u>	Seite 48
<u>Studienstrukturreform: für ein selbstbestimmtes und fächerübergreifendes Studium</u>	Seite 50
<u>Personalstruktur an den Hochschulen reformieren</u>	Seite 54
<u>Den Politikwechsel realisieren - Zur Bilanz rot-grüner Regierungspolitik</u>	Seite 63
<u>Frieden für den Balkan</u>	Seite 62
<u>Resolution zur Friedensmanifestation am 8. Mai 1999 in Berlin</u>	Seite 68

Den Verband von links erneuern

Bundesarbeitsprogramm Jusos 1999 - 2001

1. Einleitung

Die letzten Jahre haben gezeigt: die Jusos sind dann eine politisch ernstzunehmende Kraft, wenn sie erstens an einem Strang ziehen und sich auf gemeinsame und konkrete Projekte verständigen. Zweitens müssen innerparteiliche Auseinandersetzungen eng verbunden werden, mit der Entfaltung von gesellschaftlicher Diskussion und gesellschaftlichem Druck. Daran wollen wir weiter arbeiten. Zentral für die Arbeit der Jusos muß die Auseinandersetzung um die Zukunft von Ökonomie und Erwerbsarbeit sein. Wir haben nun die Regierung, die Regierung braucht Druck von links - und wir Jusos müssen gemeinsam für eine Erneuerung von links kämpfen.

2. Wo wir heute stehen

2.1 Herausforderungen nach der Wahl

Mit der Abwahl Helmut Kohls und dem erstmaligen Zustandekommen einer rot-grünen Koalition auf Bundesebene wurde durch die Bundestagswahl 1998 ein wichtiger erster, aber nicht hinreichender Schritt zur Überwindung des konservativ-liberalen Projekts geleistet.

Das Ergebnis der Bundestagswahl ist weder historischer Zufall, noch alleinige Folge professioneller Wahlkampfstrategie. Es reiht sich ein in die Wahlerfolge sozialdemokratischer Parteien in anderen Zentren des nordwestlichen Kapitalismus. Ihnen liegt das offensichtliche Versagen der konservativ-liberalen Regierungen zugrunde, die wesentlichen ökonomischen, sozialen und ökologischen Problemlagen zu regulieren und mit einem gesellschaftlichen Konsens zu verbinden. Das einigende Band war insofern die mehrheitliche Ablehnung der konservativ-liberalen Politik und nicht die Unterstützung eines neuen Modells. Daher darf das historische Rekordergebnis für die Linksparteien nicht zu dem Fehlschluß verleiten, daß durch die bloße Umkehrung der parlamentarischen Mehrheiten ein politischer Richtungswechsel zu erwarten ist.

Die gegenwärtige Politik verdeutlicht die Widersprüche, in die die Bundesregierung eingebunden ist. Bisher ist es nur in wenigen zentralen Fragen gelungen, einer klaren politischen Linie zu folgen und einen "Politikwechsel" herbeizuführen. Den nötigen Korrekturen der Kohl-Politik (u.a. bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, des Kündigungsschutzes, der Rentenkürzungen), dem Vorschaltgesetz zur Steuerreform (u.a. Erhöhung Kindergeld, Senkung Eingangssteuersatz), oder dem 100.000 Dächer-Solarprogramm stehen erhebliche Pannen und politische Slalomfahrten in anderen Fragen gegenüber. Dies kann nicht allein auf die Binnenkonflikte und Alleingänge auf beiden Seiten innerhalb des Regierungslagers zurückgeführt werden:

Die rot-grüne Regierung ist erstens gefangen zwischen ihren Wahlversprechen auf der einen Seite und dem Bestreben, alle Fragen im "gesellschaftlichen Konsens" zu lösen auf der anderen Seite. Vor allem den Lobbyisten der Wirtschaft ist es in mehreren Fällen gelungen (Gegenfinanzierung Steuerreform, Atomausstieg), die Pläne der Bundesregierung zu korrigieren. Entsprechender Druck von links ist zur Zeit kaum erkennbar.

Zweitens wird deutlich, daß es zur Zeit nicht gelingt, die heterogene WählerInnenschaft von Rot-Grün politisch zusammenzuführen. Der Mobilisierungserfolg der CDU bei der hessischen Landtagswahl durch ihre ausländerfeindliche Kampagne gegen die Doppelte Staatsbürgerschaft ist letztlich nur durch eine erhebliche Mobilisierungsschwäche der SPD zu erklären. Der Regierung fehlt ein politisches Projekt, daß in der Lage wäre, breite gesellschaftliche Akzeptanz für eine fortschrittliche Politik herzustellen. Gegenwärtig ist selbst von einem "Dritten Weg", wie ihn Schröder, Hombach und andere fordern, wenig zu sehen. Die Realpolitik stellt daher eher einen politischen Suchprozeß über den zukünftigen Pfad sozialdemokratischer Politik dar.

2.2 Neue Soziale Bewegungen

Der Charakter sozialer Bewegungen hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Die neuen kulturellen Ausdrucksformen jugendlichen Protests finden zumeist keinen Anklang in den traditionellen Bewegungen, werden von diesen nicht verstanden und dementsprechend als entpolitisiert dargestellt.

Dabei hat sich in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, daß Jugendliche sehr wohl zum Protest und zum Widerstand fähig und bereit sind. Dieser Protest war oftmals nicht mit durchdachten politischen Konzepten verbunden, sondern vielmehr eine spontane Reaktion auf erkannte Mißstände. Aber er war zumindest Ausdruck eines wachen Bewußtseins für diese Mißstände und eines Bedürfnisses nach kollektiver Verarbeitung dieser Situationen.

Jusos sind in den vergangenen Jahren immer nur Anhängsel solcher Bewegungen gewesen. Zumeist waren sie nur unzureichend auf solche Eventualitäten vorbereitet, schlecht informiert über die Situation, wenig professionell im Umgang mit anderen politischen Kräften oder schlicht zu überheblich im Umgang mit solchen „anpolitisierten„ Menschen. Die Bewegungen haben entsprechend reagiert. Jusos sind punktuell ein beliebter Bündnispartner gewesen. Ein umworbener Partner waren sie hingegen selten.

Bewegungen und Jusos haben sich immer dann verstanden und in die Hände gearbeitet, wenn Jusos als ein Türöffner zur Diskussion und Veränderung in der SPD verstanden wurden. Die rot-grüne Bundesregierung hat spätestens mit ihrer Zustimmung zum NATO-Krieg ihre Unschuld in den Augen der Linken verloren. Noch führt die Tatsache, daß ehemalige Teile der Friedensbewegung selbst den Krieg führen, zu einer großen Lethargie in diesen Bewegungen. Doch mehr und mehr erwachen die AktivistInnen dieser Bewegungen und positionieren sich gegen diese Regierungspolitik. Ob dieser Umstand insgesamt zu einer breiteren gesellschaftlichen Debatte über eine neue Reformpolitik genutzt werden kann, oder ob dies in der vollständigen Frustration der Linken endet, läßt sich heute nicht vorhersagen. Doch dieses Scheitern einer linken Stimmung muß keineswegs vorprogrammiert sein. Wenn es gelingt, Stimmungen einen politischen Ausdruck zu verleihen. Wenn es gelingt, einen Aufbruch von links nicht mit einem Protestmarsch der Zehntausenden zu verwechseln, sondern ihm vielmehr andere Wege zu bahnen. Dann kann sehr wohl eine punktuelle Eingriffsfähigkeit der Linken wieder aufgebaut werden.

2.3 Die SPD

In zahlreichen sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien tobt seit einigen Jahren ein heftiger Streit zwischen traditionsbewußten politischen Kräften und den sogenannten - oder besser: selbsternannten – „Modernisierern„. Dieser Gruppe rechnen sich Personen wie Felipe Gonzalez, Tony Blair und Gerhard Schröder zu. Oftmals wurden sie (auch von uns Jusos) als Neoliberale in der Sozialdemokratie entlarvt und gleichzeitig der medialen Inszenierung leerer Inhalte bezichtigt. Doch mehr und mehr verdichtet sich auch in der Bundesrepublik der Eindruck, daß hinter diesem Modernisierungskurs weit mehr steckt, als zunächst vermutet. In der SPD hat sich eine klare Linie herausgebildet, der neben dem Kanzler auch Clement und andere Führungspersonen angehören. Ihrer Politik liegt eine einfache und auf den ersten Blick auch nachvollziehbare politische Analyse zugrunde. Die unter dem Stichwort „Globalisierung„ festgestellte Macht einiger Transnationaler Konzerne und der Kapitalmärkte hat die Nationalstaaten und auch die regionalen Wirtschaftszusammenschlüsse zunehmend gegeneinander ausgespielt. Standortkonkurrenz wurde zum Inbegriff einer Wirtschaftspolitik, die nur noch den wenigen international agierenden Unternehmen möglichst günstige Marktbedingungen einzuräumen versucht. Nicht zu unrecht bemerkten deutsche Politiker, daß gerade die deutsche Wirtschaft mit ihrer hohen Abhängigkeit vom Export hier besonders abhängig ist. Günstige Marktbedingungen heißt insbesondere auch den Angleich der

Sozialsysteme auf unterem Niveau. Hier nun versuchen „Modernisierer“, einen neuen Weg auszuloten, in dem sie zwar der Logik dieses Prinzips zustimmen, aber dennoch versuchen, eine sozialere Politik zu etablieren. So soll ein Mindestbestand an sozialen Garantien gesichert werden, aber im Gegenzug soll der Staat die Chance haben, die von solchen Garantien abhängigen Menschen in stärkerem Maße zu Arbeiten heranzuziehen, die aufgrund der Sparpolitik nicht mehr finanzierbar sind. Wer diese Arbeiten ablehnt, wird aus der „Solidargemeinschaft“, verstoßen und verliert seine sozialen Garantien. Darauf aufbauend greifen die „Modernisierer“, zu einer zweiten Maßnahme, die auf der Annahme beruht, daß im Rahmen der internationalen Arbeitsteilung Hochlohnländer nur in solchen Sektoren konkurrenzlos agieren können, in denen sie ihre technologische voll zur Geltung bringen können. Daher erhoffen sie sich von einer beschleunigten FuE bzw. EuE einen arbeitsplatzwirksamen Innovationsschub. Der Umstand, daß es sich hierbei meist um Rationalisierungstechnologien handelt wird hartnäckig ignoriert Ausgangspunkt dieser Analyse ist also daß die Globalisierung ein Sachzwang sei. Die Tatsache, daß diese selbst die politische Auswirkung der neoliberalen Politik ist und daß sehr wohl Alternativen existieren, die wesentliche Probleme lösen können, wird verneint. Die Auseinandersetzung zwischen Wirtschafts- und Finanzministerium hat dies bereits in den ersten hundert Tagen dieser Regierung sehr eindrucksvoll bewiesen. So ist es nur konsequent, daß nun nach dem Rücktritt des Bundesfinanzministers jetzt auch die Staatssekretäre Flassbeck und Noé ausgetauscht werden. Standen doch gerade sie für die Politik der europäischen und internationalen Koordination.

Daß auch die Politik der „Modernisierer“, in hohem Maße von den internationalen Rahmenbedingungen abhängt und eine Koordination der Politik der Standortstaaten erfordert, obwohl diese Politik zugleich eine Absage an alle internationalistischen Bestrebungen ist, wird deutlich in den Bemühungen eine neue center-center-left-Institution ins Leben zu rufen. Diese Kampfansage Tony Blairs gegen die SI soll daher auch die für diese Art der multilateral koordinierten Politik wichtigen US-Demokraten ins Boot holen.

Diesem „Modernisierer“-Block steht eine Gruppe von Sozialdemokraten gegenüber, die in der politischen Tagesauseinandersetzung sich meist nur unwesentlich von dieser Modernisierungspolitik abgrenzen können. Sie verbinden eine völlig andere Analyse und eine immer offenkundiger hilflose Strategie so miteinander, daß nur schwerlich eine eigene politische Bewegung entstehen kann.

Diese meist internationalistisch denkenden SozialdemokratInnen haben sehr genau die neoliberale Politik der beiden letzten Dekaden als Ursache für die heute zu beobachtenden Probleme ausgemacht. Mit Hilfe der Stärkung staatlicher Interventionsfähigkeiten und der (Re-)Installation internationaler Regulierungsregime sollen daher die notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden, um Problemlösungen wieder im nationalstaatlichen Rahmen bzw. auf EU-Ebene anstreben zu können. Soweit grenz(t)en sich also Sozialdemokraten wie Jospin oder Lafontaine grundlegend von einem Modernisierungskurs ab und bieten Anknüpfungspunkte für eine linke Politik.

Dennoch stehen sie keineswegs für linke Politik. Ihr zumeist traditionell geprägtes Staatsverständnis und ihr weitgehend keynesianistisches Weltbild können auf viele gesellschaftliche Entwicklungen nur mit Unverständnis und Law-and-order-Politik reagieren. Eine Gesellschaft, in der Individualismus für viele Menschen zu einem eigenen Wert geworden ist, muß zwangsläufig soziale Deklassierung zur Erosion dieser Gesellschaft in der Mitte und an den politischen Rändern führen. Die Folgeerscheinungen beider Entwicklungen lassen sich nicht mehr mit politischen Mitteln der 70er Jahre bewältigen. Wer dies doch versucht, trifft sich an vielen Punkten (z. B. Migrationspolitik, Sozialstaatsverständnis, Law-and-order-Politik) mit „Modernisierern“, ohne diesen allerdings eine konzeptionell geschlossene Politik entgegenstellen zu können.

Wie wenig sie von den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen verstanden haben, hat sich auch in der katastrophalen Inszenierung der Finanz- und Geldpolitik sowie der Hilflosigkeit im Umgang mit dem völkerrechtlich nicht vertretbaren Angriffskrieg der NATO in Jugoslawien gezeigt.

2.4 Die Linke in der SPD

Die sozialdemokratische Linke in der SPD, organisiert im Frankfurter Kreis, hat sich längst in die Beobachterposition zurückgezogen. Hierfür gibt es eine Reihe von Gründen. Der wichtigste ist die Konzeptlosigkeit der eigenen Politik. Linke Politik in der SPD ist die Aneinanderreihung von einzelner Politikfeldern geworden.

Ein weiterer Grund für den Gang in die politische Bedeutungslosigkeit des Frankfurter Kreises liegt im fehlenden Verständnis politischer Prozesse. So werden immer noch „Erfolge“, des Frankfurter Kreises errungen, die außer ihm keiner als solche wahrnimmt.

Parteitagestrategien, die in den Hinterzimmer stattfinden und nicht die mediale Aufmerksamkeit auf sich ziehen, und politische Diskussionen, die nicht medial aufbereitet werden, sind überflüssige Kraftanstrengungen. Längst müssen politische Prozesse als eine Einheit von politischen Konzepten und ihres kommunikativen Transfers in eine breite Öffentlichkeit verstanden werden. Politik, die nicht kommuniziert wird, findet in der Gesellschaft schlicht nicht statt. Ein politisches Konzept, das nach seiner Ausarbeitung „bloß noch gut verkauft“, werden muß, wird immer weit größere Akzeptanzprobleme haben als ein von den Zielgruppen her ganzheitlich gedachtes Politikmodell dies hat.

Drittens ist es vielen Handelnden nicht gelungen, die in ihren Jusos-Zeiten aufgebauten Gräben und Konfliktmechanismen zu überwinden. So entstand ein Zusammenschluß von Einzelkämpfern, der Gemeinsamkeiten beschwor, die letztlich nur dazu dienen, das jeweils eigene politische Steckpferd ins Zentrum der „linken“, Politik zu rücken - teilweise auch mit dem Ziel der eigenen Karriereabsicherung.

Jusos müssen sich daher heute ins Zentrum dieser Parteilinken stellen und aktiv Beiträge leisten für eine alternative Politik dieses Zusammenhangs. Mehr noch wir müssen zeigen, daß wir in der Lage sind, persönliche Rivalitäten zurückzustellen, um unsere gemeinsamen Interessen durchzusetzen. In diesem Sinne wollen ein Angebot entwickeln für Jusos, die den Verband in Richtung SPD, Gewerkschaften oder soziale Bewegungen verlassen, gemeinsam mit uns politische Eingriffe zu gestalten und eine Entkopplung von linken Zusammenhängen zu vermeiden.

Die vergangenen Jahre haben gezeigt, daß die Jusos als einzige politisch handlungsfähige Kraft der sozialdemokratischen Linken verblieben sind. Weder verfügt die Parteilinke über gefestigte Strukturen, noch hat sie ein über Einzelforderungen hinausgehendes Programm vorzuweisen. Dann, wenn innerparteiliche Opposition organisiert wurde, waren die Jusos oft der entscheidende Motor.

Die Auseinandersetzungen der nächsten Jahre werden maßgeblich darüber entscheiden, in welche Richtung sich die Politik der Sozialdemokratie entwickeln bzw. welcher Modernisierungspfad beschritten wird. Ob es der „traditionslosen sozialdemokratischen Rechten“ um Schröder, Hombach, Clement und andere gelingt, ihre Vorstellungen von einem Dritten Weg zu realisieren, hängt somit auch von der Stärke oder Schwäche der sozialdemokratischen Linken ab. Es muß die Aufgabe der Jusos sein, an der Spitze einer Modernisierung sozialdemokratischer Politik von links zu stehen.

Dabei ist es unser Anspruch, sowohl eine linke Alternative durchzusetzen als auch die Partei für politische Diskussionen zu öffnen, vorhandene Spielräume zu nutzen und konsequent auszubauen. Der „Durchmarsch“ der „traditionslosen sozialdemokratischen Rechten“ findet auch vor dem Hintergrund einer entpolitisierten Partei statt, deren Diskussions- und Streitkultur einen historischen Tiefpunkt erreicht hat.

Die Aufgaben für eine „Neue Parteilinke“ bestehen darin, erstens klare Auseinandersetzungslinien zum Schröder-Kurs zu definieren und ein realpolitisches Reformprojekt zu entwickeln. Im Kern eines solchen Projektes muß die Frage zukünftigen Wirtschaftens und Arbeitens stehen. Erforderlich ist daher eine enge bündnispolitische Anbindung an die Gewerkschaftslinken. Mit der Idee einer „Zukunftswerkstatt“ des Frankfurter Kreises und einer Professionalisierung der Arbeit wurden bereits wertvolle Überlegungen in diese Richtung angestellt.

Die Parteilinke darf sich zweitens nicht in den Abgeordnetenbüros oder Kungelecken auf Parteitag verstecken, sondern muß öffentlich agieren. Wir orientieren uns am Vorbild der „campaign groups“ der Labour-Linken um Ken Livingston.

Linke Positionen dürfen sich nicht an Strukturen festmachen, sondern müssen auf der Grundlage einer inhaltlichen Plattform aufbauen. Im Zentrum werden daher Jusos, die linken Teile der jungen Abgeordneten, einige weitere MdBs und Parteifunktionäre sowie Personen aus dem wissenschaftlichen und gewerkschaftlichen Umfeld stehen müssen.

2.5 Schlüsselfrage Arbeit

Die Schlüsselfrage für die SPD wird sein, ob es der Bundesregierung gelingt, die Massenarbeitslosigkeit zu reduzieren und die sozialen Sicherungssysteme zu stabilisieren. Verschärft wird die Lage durch die weltwirtschaftlichen Krisenentwicklungen und den im wesentlichen durch reduzierte Exporte zu erwartenden Wachstumsrückgang. Abgesehen von den ersten Maßnahmen im Rahmen der Steuerreform will die Bundesregierung alle Beschäftigungs- und arbeitsmarktpolitischen Fragen im "Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit" behandeln. Sicherlich stellt dieser Versuch, den Korporatismus auf Bundesebene wiederzubeleben und damit auch gewerkschaftliche Anliegen in die Regierungspolitik "einzubauen" einen Fortschritt gegenüber einer Politik dar, die ArbeitnehmerInneninteressen zunehmend ignorant gegenüberstand. Aber es ist eben nur die Arena, in der Auseinandersetzungen ausgetragen werden, aber keineswegs eine Lösung an sich. Vielmehr wird es unter gegenwärtigen Vorzeichen zu einem "Standortpakt" kommen, der eher ein Hindernis für konsequente Reformen darstellt. Im "Bündnis der Modernisierer aller gesellschaftlichen Gruppen" (Schröder) wird eine konsequente Beschäftigungspolitik, die letztlich auf einem gravierenden Eingriff in die bestehenden Verteilungsverhältnisse basieren muß, ausgeschlossen sein. Daher bleiben nur noch eine innovationsorientierte Angebotspolitik, die ausgehandelte Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und eine sozialstaatlich abgesicherte Niedriglohnstrategie: Vor allem letzteres ist der konkrete Versuch einen neuen - nach oben verschobenen - Klassenkompromiß zu schmieden: die "Neue Mitte" wird fit für den Standort gemacht und soll sich billige Dienstleistungsarbeit kaufen können.

Auch das vielgelobte "Sofortprogramm zum Abbau der Jugendarbeitslosigkeit" geht in diese Richtung. Nichts spricht gegen Maßnahmen zur Verbesserung der Qualifikationen junger Menschen. Aber das Programm geht am eigentlichem Problem, den fehlenden Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, vollkommen vorbei. Neben den sinnvollen arbeitsmarktpolitischen Funktionen verfolgt es daher das Ziel, der Bevölkerung Aktivität vorzutäuschen, um notwendige Regulierungen (wie die Umlagefinanzierung) zu verhindern. Und wenn die Krise anhält, sind die Jugendlichen schuld: dem vermeintlichen Zuckerbrot folgt dann die Peitsche. Unsere Kritik an der Bundesregierung reduziert sich folglich nicht darauf, daß Performance nicht stimmt oder die Ökosteuer-Sätze zu gering sind. Zwar ist uns klar, daß ein "Politikwechsel" nicht in 100 oder 200 Tagen realisiert werden kann, sondern einem mittelfristigen Pfad folgen muß. Aber dies ist der Punkt: die Politik der Bundesregierung ist eine unzureichende und z.T. falsche Antwort auf die ökonomischen und politischen

Umbrüche der vergangenen Jahrzehnte und wird den gegenwärtigen Problemlagen nicht gerecht.

2.6 Vorherrschaft des Neoliberalismus: Brüchig, aber längst nicht überwunden

Die Politik des Neoliberalismus hat die genannten Widersprüche zwar nicht allein zu verantworten, aber sie verschärft. Mit der Zunahme der ökonomischen Krisenerscheinungen und der sozialen Spaltungen hat aber gleichzeitig die Akzeptanz für die neoliberale Politik abgenommen. Dies bedeutet jedoch keineswegs, daß die Vorherrschaft des Glaubens an die freien Kräfte des Marktes überwunden ist. Im Gegenteil: die SPD ist von vielen gerade wegen ihres Versprechens, die Logik des nationalen Wettbewerbsstaates in Form einer "sozialeren" Alternative zum Neoliberalismus umzusetzen, gewählt worden.

Dabei ist auch nicht zu bestreiten, daß die neoliberale Hegemonie ihre Spuren in der jungen Generation hinterlassen hat. Gerade unter den "ModernisierungsgewinnerInnen" hat sich ein stabiler neoliberaler Kern gebildet, der auf aggressive Ellenbogenorientierung setzt. Jedoch verbinden sich im Alltagsverstand eines Großteils der jungen Generation neoliberale Elemente durchaus widersprüchlich mit progressiven Deutungen und Ansprüchen. Die individuellen Durchsetzungsstrategien (Selbstbehauptung statt Selbstverwirklichung) stellen eine Reaktion auf die blockierten Chancen und eine Anpassung an die Erfordernisse des flexiblen Kapitalismus dar. Progressive Ansprüche an soziale Gerechtigkeit, Demokratie, etc. existieren nach wie vor, nur fehlen die politischen Entwürfe und Zugänge, die in der Lage wären, diese zu bündeln und zu politisieren. Gesellschaftskritik äußert sich gegenwärtig vielfach anders als in Theorieentwürfen und Großdemos: der abstrakte Kampf um Ideale ist einem konkreten Kampf um die Gestaltung des kulturellen, politischen und sozialen Lebensumfeld gewichen.

3. Erneuerung des Verbandes

3.1 Nur gemeinsam werden wir stark sein

Für die Jusos muß es in einer Situation, in der um den zukünftigen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungspfad gerungen wird, darum gehen, sich so weit wie möglich in die Auseinandersetzungen einzuschreiben. Weder eine Anpassung an den Mainstream noch eine passive Überwinterungsstrategie wären der richtige Weg.

Diese Herausforderung formulieren wir trotz einer nicht unproblematischen Ausgangslage für die Jusos. Sie haben ihren Charakter als "Massenverband" längst verloren. Jusos können ihre Stärke und Legitimation immer weniger aus der Zahl der aktiven Mitglieder schöpfen. Die Ursachen für diese Entwicklung werden seit Jahren breit diskutiert und liegen nur zum geringen Teil in der Eigenverantwortung des Verbandes. Vor allem junge Menschen (für junge Frauen gilt dies noch mehr als für junge Männer) sind immer weniger bereit, sich langfristig an politische Organisationen zu binden. Intern besteht das Problem, daß Unsicherheiten über die Krisenursachen und die zukünftige Rolle des Verbandes dazu führen, daß "unproduktive Formen der Selbsterhaltung" in Form von Scheinkonflikten, Machtspielchen gegenüber der "produktiven politischen Arbeit" an Bedeutung zunehmen. War dies in Zeiten der Opposition noch ein nachvollziehbarer Politikstil, so grenzt er heute an Luxus. Wir Jusos stehen heute vor dem Zwang zum einheitlichen gemeinsamen Handeln. Nur als einheitlicher Verband sind wir in der Lage, politisch uns noch Geltung innerhalb der Sozialdemokratie zu verschaffen. Und damit sind wir auch nur als einheitlicher Verband in der Lage, eine nennenswerte Rolle in der außerparlamentarischen Opposition zu spielen.

Erfolgs- und Einflußlosigkeit der Jusos können mittelfristig unsere Doppelstrategie in Frage stellen.

Unsere Kritik bezieht sich aber nicht nur auf die verschwendeten Ressourcen: derartige Politikstile dienen männlichen Funktionsträgern gleichzeitig auch zur Absicherung vermeintlicher Macht gegenüber den Ansprüchen junger Frauen an politische Arbeit. Erschwerend kommt hinzu, daß die Feminisierung des Verbandes sowohl organisationspolitisch als auch inhaltlich nicht selten unverhohlen von strebsamen jungen Männern aufgegeben wird. Auch in der Partei gab es bereits einzelne Versuche, an die Stelle der demokratisch legitimierte Jugendorganisation eine regierungstreue und apparatgesteuerte SPD-Meßdientruppe zu setzen.

Wir formulieren daher den ernsthaften Anspruch, den Juso-Verband - aufbauend auf den Erfolgen der Vergangenheit - zu erneuern, ohne wesentliche Grundsätze unseres politischen Selbstverständnisses aufzugeben:

3.2 Jusos als sozialistischer und feministischer Richtungsverband

Die Jusos verstehen sich als sozialistischer und feministischer Richtungsverband. Dies hat allerdings nur Bestand, wenn es gelingt, diese inhaltliche und strategische Selbstpositionierung der Jusos programmatisch wieder konsistenter zu füllen. Tagespolitische Auseinandersetzungen, wie z.B. für die Umlagefinanzierung, sind eine wesentliche und v.a. identitätsbildende Aufgabe für uns Jusos. Diese müssen diese jedoch in Zukunft stärker eingebettet sein in eine alternative Logik von politischer Regulierung und gesellschaftlichem Zusammenleben.

Dies bedeutet: "Sozialismus" und „Feminismus,, müssen für uns wieder lebendige Visionen werden. In unserem Verständnis als „SozialistInnen,, paaren sich die Einsicht, daß die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im krassen Widerspruch zu den Potentialen entwickelter Ökonomien zur Wohlstandsmaximierung stehen mit unseren sozialen, demokratischen und ökologischen Grundsatzauffassungen bzw. Wertvorstellungen. Als „FeministInnen,, vertreten wir die Auffassung, daß es neben der auf Privateigentum an Produktionsmitteln beruhenden Ausbeutungsverhältnisse ein eigenständiges patriarchales Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnis zwischen den Geschlechtern gibt, das es zu überwinden gilt. Die Arbeit der Jusos muß darauf orientiert sein, Kapitalismus und Patriarchat schrittweise zurückzudrängen.

Dies erfordert die Konzentration auf wesentliche „sozialistische Umbaufelder,, in den wir unsere Vorstellungen von

- einer alternativen demokratischen Regulierung von Produktivkraftentwicklung und wirtschaftlichem Wachstum,
- einer Arbeitsgesellschaft für Frauen und Männer, die differenzierte Lebensentwürfe ermöglicht,
- einer neuen internationalen Solidarität jenseits von Standortwettkampf und Abkopplung ganzer Weltregionen,
- einer Modernisierung und Demokratisierung des Staatsverständnisses,

in kurz- und mittelfristigen Forderungen konkretisieren und in die gesellschaftliche Diskussion fließen lassen. Es geht darum, die Widersprüche zwischen Produktionsverhältnissen und Produktivkräften alltagsnah zu politisieren. Wir wollen den Sozialismus als Programm "ökonomisch-gesellschaftlicher Demokratie" wieder ausstrahlungsfähig machen. Dies gelingt nicht abstrakt, sondern nur anhand konkreter politischer Vorstellungen, die erstens dazu beitragen, die Demokratisierung der Gesellschaft voranzutreiben und zweitens als Symbol für eine alternative antikapitalistische Logik stehen.

3.3 Jusos als Teil einer „Neuen Linken,,

Die Linke in der Bundesrepublik ist gegenwärtig fragmentiert. Sie agiert in ihren jeweiligen Nischen oder ordnet sich den Zwängen der jeweiligen Parteien und Organisationen unter. Der objektiven Erfordernis Druck von links auf die neue Regierung auszuüben, steht der Mangel an gemeinsamen Projekten und geeigneten Formen der Verständigung gegenüber.

Ausgehend von dieser Einschätzung formulieren wir den Anspruch, vorhandene gesellschaftliche Reformpotentiale zu vernetzen. Dies hat keinen Selbstzweck, sondern soll eine programmatische Weiterentwicklung und eine bessere öffentliche Intervention ermöglichen. Jusos müssen sich stärker als organisierender Kern zur Zusammenführung von außerparteilichen Kräften und Kompetenzen im Rahmen einer „Neuen Linken,, begreifen. Die "Neue Linke" bezeichnet dabei keine neue Organisation, sondern die Notwendigkeit, zu einer Verständigung zu kommen, die über fachliche und organisatorische Grenzen sowie über die bisherigen Strömungen der Linken hinausgeht. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang für uns der enge Kontakt zu den progressiven Teilen der Gewerkschaften.

Es ist auch eine Herausforderung für die Jusos, Schnittstelle zwischen Generationenentwicklung, linken Netzwerken und Sozialdemokratie zu sein. Es geht darum, ausgehend von Ansprüchen und Kompetenzen der Jugendlichen, kritische Potentiale zu bündeln, eine Verständigung auf konkrete Reformalternativen vorzunehmen und öffentlich zu machen.

Bislang bezog sich die Arbeitsweise des Verbandes überwiegend darauf, daß der Verband als solcher Kampagnen zu relevanten politischen Fragen durchführt (z.B. Umlagefinanzierung) und damit gezielt in öffentliche Auseinandersetzungen eingreift. Dies bleibt richtig und notwendig. Es muß aber verzahnt und abgestimmt werden, mit anderen Teilen der innerparteilichen und außerparteilichen Linken, wie dies im Falle der Ausbildungsdiskussion um die Umlagefinanzierung größtenteils geglückt ist.

4. Arbeitsschwerpunkte der Jusos

4.1 Projekt „Arbeit und Ausbildung für die Zukunft,,

Die kapitalistische Organisation der Arbeit beinhaltet eine Reihe von Problemen und Widersprüchen. Neben den bisherigen Normalarbeitsverhältnissen entwickeln sich neue flexible Erwerbsverhältnisse mit hohen Qualifikationsanforderungen ebenso, wie Beschäftigungsverhältnisse im Niedriglohnbereich. Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik fordristischer Prägung kann diese Entwicklungen nicht mehr auffangen. Weder entsprechen sie den gewandelten Ansprüchen vieler abhängig Beschäftigter, noch können sie adäquate Antworten auf die Veränderung des Arbeitsmarktes geben. Die klassische Arbeitsmarktpolitik ist immer noch eher ein Instrument der Krisenverwaltung, als eine Steuerung des Arbeitsmarktes unter veränderten Bedingungen.

Vor allem in der jungen Generation, läßt sich ein Anspruch auf eine gleichzeitige Realisierung von qualifizierter Erwerbsbiographie und Privatleben feststellen. Diesem erfahrbaren Widerspruch zur kapitalistischen und patriarchalen Organisation von Erwerbsarbeit, wollen wir mit einer Formulierung eines erneuerten Sozialstaatsverständnisses begegnen. Dabei gilt es einer Segmentierung des Arbeitsmarktes entgegenzuwirken und den gewandelten Ansprüchen von Erwerbstätigen Rechnung zu tragen. Insofern gilt es Produktion und Reproduktion zusammen zu denken, um Partizipation für Männer und Frauen sowohl auf dem Erwerbsarbeitsmarkt, in der Reproduktion als auch bei grundlegenden gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen zu ermöglichen.

Eine linke Strategie muß am Vollbeschäftigungsziel festhalten und die veränderten Ansprüche innerhalb der Erwerbsarbeit aufgreifen. Exemplarisch wollen wir dies an drei Punkten tun:

- Die Verkürzung der allgemeinen Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich bleibt für uns unverzichtbare Voraussetzung für die vollständige Integration von Frauen in das Erwerbsleben und einer gerechten Verteilung von Produktions- und Reproduktionsarbeit zwischen Frauen und Männern.
- Die Frage, ob angesichts der ökonomischen Umbrüche die gewachsenen Ansprüche der jungen Generation an Leben und Arbeiten eine Chance haben, entscheidet sich nicht zuletzt an der Frage der Ausgestaltung des Sozialstaates. Wir brauchen die Diskussion über eine Sozialversicherung im Sinne einer Arbeitsversicherung, die ihre Aufgabe nicht mehr ausschließlich in der Abfederung von Existenzrisiken und Entschärfen sozialer Konflikte sieht, sondern als weitere Aufgabe die soziale Absicherung einer grundsätzlichen Neuorganisation von Erwerbsarbeit mit flexiblen Erwerbsbiographien, Ausbildungszeiten und Phasen der Nicht-Erwerbsarbeit versteht.
- Neoliberale Strategen instrumentalisieren zunehmend die betriebliche Mitbestimmungsregelung unter dem Dogma der Standortsicherung zur Durchsetzung profitsteigernder Produktionsstrategien. Dem setzen wir von links die Auffassung entgegen, daß betriebliche Mitbestimmung die Funktion hat zum einen den veränderten Ansprüchen der Menschen an Qualität und Quantität der Arbeit durchzusetzen und zum anderen neue Räume für eine Demokratisierung der Gesellschaft eröffnen muß.

4.2 Projekt „Neuer Internationalismus „

Internationale Politik ist unter dem Vorzeichen unserer internationalistischen Grundüberzeugung immer auch Friedenspolitik.

Diesem Aspekt kommt vor dem Hintergrund der auch von der sozialdemokratisch geführten Bundesregierung in der Tradition der abgewählten Bundesregierung weitergeführten zunehmenden Militarisierung der Außenpolitik eine zentrale Rolle in unserer politischen Arbeit zu.

Die rot-grüne Bundesregierung betreibt offensichtlich die weitere Militarisierung der Außenpolitik noch ungenierter als dies die abgewählte Bundesregierung schon tat. Der unilaterale Krieg der NATO und damit auch der Bundesrepublik Deutschland gegen die Bundesrepublik Jugoslawien ist ein eklatanter Verstoß gegen das Völkerrecht und hat einen Präzedenzfall für eine weitere Aushöhlung des Völkerrechts zugunsten des Rechts des Stärkeren geschaffen.

Die Normalisierung der "Option" der militärischen "Lösung" von Konflikten läßt zugleich die Suche nach Alternativen in den Hintergrund treten.

Hier müssen wir Jusos eingreifen!

Die rot-grüne Bundesregierung ist mit zahlreichen Wahlversprechen gewählt worden, die es jetzt einzufordern gilt. Die Grundsatzfrage nach der Abschaffung der Wehrpflicht ist in die (Wehrstruktur-)Kommission "Zukunft der Bundeswehr" vertagt worden. Es wird auch darum gehen, diese Kommission kritisch zu begleiten und deren Mitglieder laufend zu informieren. Solange die Kommission arbeitet, wird die Wehrpflicht weiter bestehen. In der Zwischenzeit kommt es darauf an, daß die schlimmsten Ungerechtigkeiten beseitigt werden. SPD und Bündnis 90/Die Grünen haben dazu in den letzten Legislaturperioden zahlreiche Änderungen zur Durchführung der Wehrpflicht gefordert. Wir werden auch diese Forderungen aufgreifen und Partei und Regierung damit konfrontieren.

Mit der zivilen Konfliktbearbeitung ist neben der alten Forderungen nach Abschaffung der Mittel zur Kriegsführung und der langfristigen Beseitigung aller Kriegsursachen die Entwicklung eines Instrumentariums zum nicht-militärischen Umgang mit Konflikten in und zwischen Staaten getreten. Wenn auch einzelne Elemente des Gesamtkonzeptes "Zivile Konfliktbearbeitung" nicht neu sind, befindet sich die Friedensbewegung hier noch in einem Diskussionsprozeß, sowohl darüber, welche Elemente zu diesem Konzept gehören, wie auch darüber, welche Strategie mit dem Eintreten für ein solches Konzept verfolgt wird. Das groteske Fehlverhalten von Politik zeigt sich nun darin, daß sich zivile Konfliktbearbeitung als ein geeignetes Mittel des Umgangs mit Konflikten erwiesen hat, aber dennoch eine systematische Förderung unter Einsatz der notwendigen Mittel nicht betrieben wird.

In der Weltpolitik besteht eine enorme Asymmetrie zwischen den Bemühungen um die Herstellung von regionalen und globalen Friedensordnungen und den Vorbereitungen für die Führung von Kriegen. Eine Umverteilung der Mittel ist deshalb dringend geboten. Dabei wird mit den Ideologien der "humanitären Intervention" und des Militärs als "letztem Mittel" zu kämpfen sein. Da sich Militär jedoch als immer teurer und dysfunktionaler erweisen wird, bestehen gute Chancen, daß der zivilen Konfliktbearbeitung schrittweise eine größere Bedeutung zuwächst.

Hierzu bedarf es aber auch konzeptioneller Antworten auf Probleme, vor denen die Linke oftmals ebenso hilflos stand wie die NATO heute. Wie lassen sich Menschenrechte und Demokratie international sichern? Welche Eingriffe in die Souveränität eines Staates sind erlaubt, welche sind geboten? Was umfaßt das Selbstbestimmungsrecht der Völker im Konkreten? Wie kann eine Friedenssicherung in Konfliktregionen real aussehen? Worin besteht die Sonderrolle der deutschen Außenpolitik oder ist diese gar nicht wünschenswert? Wie kann demgegenüber eine GASP innerhalb der EU aussehen? Welche Initiativen kann die EU starten, um sich ihrer Rolle als Zivilmacht zu vergegenwärtigen? Wie müssen dann die Abstimmungsmechanismen innerhalb der EU-Ministerrat, der Kommission, dem EP und zwischen diesen Beteiligten aussehen? Kann eine solche GASP ohne eine gemeinsame Verteidigungspolitik installiert werden?

Dabei darf nicht vergessen werden, daß gerade jetzt das Thema auch weitergehende Aspekte hat. Die alte linke Utopie steht jetzt zur Verwirklichung an. Europa ist mehr denn je ein linkes Projekt. Nationalstaatliche Lösungen für die zentralen politischen Probleme sind weder wünschenswert noch realisierbar. Wer ihnen nachläuft, verschwindet in der Bedeutungslosigkeit.

Eines unserer zentralen politischen Ziele ist es, das Europa von unten zu gestalten:

- Europa ist das Projekt einer tiefgreifenden europäischen Friedensbewahrung durch Zurückdrängen der Nationalstaaten und einer aktiven globalen Friedenspolitik für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit.
- Europa ist das Projekt einer gerechten Verteilung zwischen den reichen und armen Regionen Europas und einer aktiven und grundsätzlichen Umgestaltung der globalen Verhältnisse zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.
- Europa ist das Projekt der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Kontinents und der ökologischen Verantwortung der Industriestaaten für das Überleben unseres Planeten.
- Europa ist das Projekt einer sich nicht abschottenden multikulturellen Gesellschaft, in der nationalstaatliche Beschränkungen überwunden werden und sich die Impulse einer demokratischen Zukunftsgesellschaft entwickeln.

Die Europäische Union muß sich nach Osten und Süden hin öffnen und gleichzeitig diesen ökonomisch unterentwickelten Regionen einen besonderen ökonomischen Außenschutz zugestehen. Sowohl Osteuropa als auch die Mittelmeerränder/Nahost-Region müssen Ziele

aktiver EU-Politik mit dem Anspruch einer demokratischen, sozialen und friedlichen Stabilisierung sein. Die EU sollte sich für vertraglich geregelte regionale Zusammenschlüsse, beginnend bei einer Zollunion, einsetzen und mit diesen eng zusammenarbeiten.

Eine Aufnahme mittelosteuropäischer Staaten kann dann erfolgen, wenn deren nationale Ökonomien keinen besonderen Schutz gegenüber dem EU-Binnenmarkt bedürfen.

Will die Union ihrer gewachsenen Verantwortung in der Welt und insbesondere bei der Gestaltung einer gesamteuropäischen Ordnung gerecht werden, so ist die Vertiefung und Verfestigung des europäischen Integrationsprozesses eine notwendige Voraussetzung für die Erweiterung. Die vielfältigen Probleme und Aufgaben, denen sich alle Staaten in Europa gegenübersehen und die allein mit nationalstaatlichen Mitteln nicht zu bewältigen sind, setzen eine Union voraus, die durch Stabilität und Handlungsfähigkeit, vor allem aber durch demokratische Strukturen gekennzeichnet ist.

Die vielfältigen EU-Handelsschranken gegenüber der "Dritten Welt" sind abzubauen. Dies ist ein wirkungsvolles Element einer neuen friedlichen Entwicklungshilfepolitik, die Europa aus globaler Verantwortung entwickeln und die auf - soziale Rechte umfassende - Menschenrechtsprinzipien aufbauen muß.

4.3 Projekt „Demokratischer Staat und Teilhabe“

Mit dem Ende der Ära des Neoliberalismus in Europa finden in den ideologischen Lagern Neusortierungsprozesse statt. Dies ist besonders für die Frage des (Sozial-)Staatsverständnis von Bedeutung. Im konservativ-bürgerlichen Lager steht die Renaissance eines autoritär-ständischen Staatsverständnisses zur Debatte. Wirtschaftliche Deregulierung wird verbunden mit der Überhöhung der nationalen Frage und innenpolitischer Repression. Das 16 Jahre dauernde Rollback der konservativ-neoliberalen Regierung hat im Bereich der Gesellschaftspolitik einen Scherbenhaufen hinterlassen. Die Rechte und Möglichkeiten der meisten Mitglieder unserer Gesellschaft sind, z. B. durch Ausgrenzung vom Arbeitsmarkt, Beschneidung sozialer Rechte und die Zerstörung solidarischer Sicherungssysteme, stark beschnitten worden. Hohe Arbeitslosigkeit, die Aushöhlung der Krankenversicherungssysteme und der erschwerte Zugang zu Bildungsmöglichkeiten sind sichtbare Kennzeichen der anti-emanzipatorischen Politik der Konservativen. Grundrechte — und dies schließt für uns auch ein Grundrecht auf nichtentfremdete Arbeit und ein Leben in einer intakten Umwelt ein — müssen wieder ein Primat von Gesellschaftspolitik werden.

Im rot-grünen Spektrum gewinnen kommunitaristische Vorstellungen an Bedeutung, die soziale Risiken zunehmend in die Gesellschaft zurück geben wollen. Beide Richtungen verkörpern nach unserer Auffassung eher eine rückwärtsgewandte anti-moderne Position. Diesen Tendenzen muß eine progressive Vorstellung von Staat und Gesellschaft entgegengestellt werden. Hier sind wir Jusos gefragt, wichtige Beiträge einzubringen. Dafür müssen wir dringend programmatische Lücken schließen, vor allem was politisch handhabbare Instrumente angeht.

Diese verknüpft vor allem drei Bereiche:

1. Sozialstaat

Der von den Konservativen auf den Aspekt der „sozialen Sicherheit“, verkürzte Sozialstaatsbegriff muß neu gefüllt werden. Ein modernes Verständnis, welches auf die Teilhabe aller Gesellschaftsmitglieder ausgerichtet ist, muß die individuelle Entfaltung und gesellschaftliche Solidarität miteinander verbinden.

Denn es geht in einer neuen Sozialpolitik nicht bloß um die Erhöhung monetärer Leistungsstandards. Eine moderne Sozialpolitik sollte vielmehr die maximale individuelle Entfaltung sowie den Ausbau gesellschaftlicher Selbstorganisation ermöglichen.

Eine Reform der Sozialpolitik und ein neues Sozialstaatsverständnis müssen weiterhin zwei große Herausforderungen unserer Zeit beantworten: Die Entwicklung der Arbeitsgesellschaft und die Verschärfung gesellschaftlicher Ungleichheit. Dies um so mehr, als Arbeit nicht nur Einkommen sichert, sondern immer auch soziale Identität stiftet. Zu einer modernen Sozialstaatskonzeption gehört neben den sozialen Sicherungsinstrumenten daher erstens eine aktive Beschäftigungspolitik (siehe Feld Arbeiten und Leben der Zukunft) und zweitens die Stärkung der Ebene der Zivilgesellschaft.

2. Rechtsstaat

Neben den Feldern des Asyl- und AusländerInnenrechts und den damit neu zu definierenden StaatsbürgerInnenrechten im Rahmen eines neuen Europa, wird es im Bereich der Innen- und Rechtspolitik darum gehen, der konservativen Logik der Repression nach Innen und Abschottung nach Außen eine linke Alternative entgegenzusetzen und die Kontinuität einer Politik der „Inneren Sicherheit“, zu brechen. Dies bedeutet klassische innenpolitische Themen wie die Kriminalpolitik in Verbindung mit einer Analyse ihrer Ursachen zu setzen, statt den Rechtsstaat in einen Überwachungsstaat zu verwandeln. Dabei ist vom Grundsatz der Prävention auszugehen, wobei der erste Schritt dieser Prävention eine vernünftige Sozialpolitik ist.

Ein modernes Staatsbürgerschaftsrecht, eine humane und menschenrechtsorientierte Migrationspolitik und eine umfassende Bildungsreform sind Punkte, in denen Jusos in der öffentlichen Diskussion gefordert sein werden. Das Scheitern der Reform des Staatsbürgerschaftsrechts hat gezeigt, daß wir gute Politikinhalt nicht nur formulieren und beschließen, sondern sie auch vermitteln müssen. Wenn wir eine offene, tolerante Gesellschaft wollen, müssen wir in der Öffentlichkeit dafür werben und uns auch mit Vorbehalten der Menschen gegen unsere Vorstellungen von einer multikulturellen Gesellschaft auseinandersetzen.

3. Demokratie

Mit der Verengung des Sozialstaatsbegriffes auf die Aspekte Helfen, Schützen, gerecht verteilen, wird der Staat aus seiner gesellschaftlichen Verantwortung entlassen. Vernachlässigt wird der Zusammenhang zwischen der Gesellschaft und der Stabilität von Demokratie. Herauszuarbeiten ist deshalb der Zusammenhang zwischen sozialer Absicherung, Chancengleichheit und der Möglichkeit an einer Gesellschaft demokratisch zu partizipieren. Es ist deshalb ein neues Mitwirkungs- und Mitbestimmungsmodell zu entwickeln und so weitergehend eine Politik einzuleiten, die auf eine Ausweitung der vollen demokratischen Gleichstellung abzielt.

Deutlich wird also, daß den politischen Auseinandersetzungen nur mit einer Demokratie- und (Sozial-) Staatskonzeption zu begegnen ist, die sich auf Chancengleichheit und den Ausbau von Handlungsmöglichkeiten richtet. Dieses ist das Leitbild der Teilhabegesellschaft.

4.4 Projekt „Demokratisch und nachhaltig Wirtschaften“

Sowohl das Problem der Massenarbeitslosigkeit als auch der nötige ökologische Strukturwandel können nicht als isolierte Probleme betrachtet werden, sondern hängen eng mit der zukünftigen ökonomischen Entwicklung zusammen. Beide Probleme stehen für uns oben auf der Tagesordnung - und damit die Fragestellung, wie eine politische Gestaltung der wirtschaftlichen Entwicklung zukünftig aussehen soll. Sozialistische Wirtschaftspolitik darf sich nicht darauf beschränken, die finanz- und geldpolitischen Rahmenbedingungen zu thematisieren, sondern muß die "Produktion" politisieren.

Ein modernes linkes Konzept muß daher an den Brüchen der ökonomischen Entwicklung ansetzen und eine Antwort auf die Frage formulieren, wie in Zukunft Wachstum und Wertschöpfung sozial und ökologisch sinnvoll zu organisieren sind. Auch wenn wir von einer Transformation der kapitalistischen Ökonomie auf absehbare Zeit weit entfernt sind, ist es erforderlich, vergesellschaftende, d.h. wirtschaftsdemokratische Elemente in die vorherrschenden Produktionsverhältnisse einzubauen. Dies erfordert Konzepte, die deutlich über (öko-)keynesianische Einzelforderungen (Investitionsprogramme, Steuerpolitik) hinausgehen. Dabei geht es sicherlich um ein Mehr an staatlicher Rahmensetzung und

Regulierung, vor allem aber um mehr dezentrale und gesellschaftliche Gestaltung. Erforderlich ist ein Modus zur demokratischen Verständigung über Produktivkraftentwicklung und ausgewählte Wachstumsfelder, zur Integration von Export- und Binnenwirtschaft, zur Verzahnung von Makropolitik und regionalisierter Strukturentwicklung und zur Stärkung und schrittweisem Ausbau gesellschaftlicher Eigentumsverhältnisse an Produktionsmitteln.

Kurz- und mittelfristig wollen wir uns auf folgende Initiativen konzentrieren:

- ◆ Wir wollen eine nicht nur moralisch, sondern ökonomisch begründete Kritik an der Logik des Shareholder-Kapitalismus verbinden mit der Forderung nach einer anderen Verteilungslogik in der Bundesrepublik.
- ◆ Zur Schaffung von Beschäftigung und zur regionalen Strukturentwicklung setzen wir uns für die Ausweitung eines gemeinwohlorientierten Sektors ein, der dauerhafte, qualifizierte und tariflich entlohnte Arbeit im Bereichen gesellschaftlichen Bedarfs herstellt.

Ein wichtiger Aspekt wird dabei auch auf der Entwicklung linker Umverteilungskonzepte liegen. Denn die finanzpolitischen Altlasten der Regierung Kohl sind eine der gewaltigsten Herausforderungen für die rot-grüne Koalition. Die angebotsorientierte Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik von CDU/CSU und FDP beruhte auf den Grundsätzen massiver Steuergeschenke für Großunternehmen und Vermögensmillionäre, dem verheerenden Prinzip von Rückgabe vor Entschädigung als zentralem Investitionshemmnis bei der Ausgestaltung der deutschen Einheit und der tatenlosen Hinnahme der Kosten durch die Massenarbeitslosigkeit. Nach 16 Jahren bürgerlicher Politik lautet die Bilanz: Aus sozialen Gerechtigkeitslücken sind ökonomische Effizienzlücken geworden.

Vor diesem Hintergrund sind die Anforderungen an eine wirtschaftlich erfolgreiche und sozial gerechte Steuerpolitik leicht zu formulieren: Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Steuerentlastungen zur Stärkung der privaten Nachfrage, europäische Harmonisierung zur Beendigung von Steuerdumping und –Hinterziehung sowie eine größere Akzeptanz des Steuersystems in der Bevölkerung.

Insofern weist die in drei Stufen konzipierte Steuerreform der Regierung Schröder in die richtige Richtung: Steuersenkungen durch die Erhöhung des Grundfreibetrages und die Absenkung des Eingangsteuersatzes, Anhebung des Kindergeldes, Begrenzung des Ehegattensplittings, Abbau von Steuerprivilegien – insbesondere bei den im internationalen Vergleich zu phantasiereichen Gewinngestaltungsmöglichkeiten des deutschen Handels- bzw. Steuerrechts – und die seriöse Finanzierbarkeit sind die unbestrittenen Aktivposten des Politikwechsels. Allerdings wäre es naiv die bisherige Bilanz der rot-grünen Regierung zu beschönigen. Vielmehr gilt es, sich den politischen Herausforderungen in aller Konsequenz zu stellen.

Wir wollen uns für die Finanzierung von Zukunftsprojekten im Bildungs- und Ausbildungsbereich durch die Wiedereinführung der Vermögensteuer engagieren.

Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) besteht bei einer **verfassungskonformen Ausgestaltung der Vermögensteuer** und einer reformierten Erbschaft- und Schenkungsteuer ein **Einnahmepotential von insgesamt ca. 47 Mrd. DM für die Bundesländer!**

Damit können wir auch neue BündnispartnerInnen an den Hochschulen, innerhalb der SPD – insbesondere auf Ebene der Landespolitik- und im christlichen Bereich (Katholische Arbeitnehmer-Bewegung) finden. Anknüpfungspunkt ist die bis heute nicht erfolgte Einsetzung einer Expertenkommission zur Neufassung der Vermögenbesteuerung im Koalitionsvertrag.

4.5 Den Verband reformieren und professionalisieren

Wir Jusos müssen eine Generation Jugendlicher und junger Menschen weiter für die politische Auseinandersetzung interessieren und für den Kampf um die eigene Zukunft mobilisieren.

Jusos haben die Aufgabe, die veränderte Konstruktion politischer Parteien zu verstehen und für Linke handhabbar zu machen. Wenn die medial geprägte Realität nicht länger als Bedrohung, sondern als Herausforderung für einen linken Richtungsverband verstanden wird, können wir auch die erforderlichen Konzepte gegen das Aushebeln der Partei im politischen Willensbildungsprozeß entwickeln.

Das betrifft zu allererst uns selbst:

Der Juso-Verband ist kein Massenverband mehr, weil Massenorganisationen sich überlebt haben. Er ist keine Massenorganisation mehr, weil Interessen sich ausdifferenzieren und Meinungen medial ausgetauscht werden. Er ist aber auch kein Massenverband mehr, weil er in weiten Teilen nicht im Austausch mit der kulturellen Alltagswelt Jugendlicher steht oder aber aktive GenossInnen selbst ihren Alltag und den Juso-Alltag einer strikten Trennung unterziehen.

Vielmehr führt dies zu einem ganz anderen Phänomen. Jusos stellen eine Freizeitgemeinschaft da, der anzugehören, gerade auch gegen Massenkultur abgrenzt. Verbandsumbau und das Aufbrechen der verkrusteten Strukturen wurde so für viele zu einer individuellen Bedrohung der eigenen Lebensverhältnisse.

Jusos brauchen einen neuen Aufbruch. Verbandsreform muß heißen, die eigenen Strukturen existentiell in Frage zu stellen.

Eine klare Trennung der Aufgabenzuweisungen politischer Arbeit und Schulung muß erfolgen. Professionelle Arbeit meint ergebnisorientierte Debatten über inhaltliche Konzepte. Professionelle Arbeit heißt aber vor allem auch, Politik als einen Prozeß aus Konzeption und Kommunikation zu verstehen. Wer sich nur die Frage stellt, wie Politik am Besten verkauft oder inszeniert wird, hat schon verloren. Und Politik, die nicht öffentlich kommuniziert wird, findet nicht statt.

5. Was das konkret heißt

Der Juso-Bundesverband wird an den zentralen tagesaktuellen Fragen die Interventionsfähigkeit des Verbandes stärken und mit eigenen Initiativen in Öffentlichkeit und Partei agieren. Gerade in bezug auf die konkrete Auseinandersetzung mit der Regierung Schröder ist ein gemeinsames Agieren des Verbandes unabdingbar.

Dabei geht es nicht nur um Kritik an aktuellen Gesetzentwürfen der Koalition, sondern auch um eigene Anliegen, wie z.B. die Umlagefinanzierung, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer, die Reform des Arbeitszeitgesetzes, die Verbesserung der Ausbildungsförderung oder die Bekämpfung von Währungsspekulation. Wir müssen an diesen Fragen (ähnlich wie bei der Umlagefinanzierung) auch in die Partei hinein kampagnenfähig werden. Konkret heißt dies:

- Die Inszenierung des innerparteilichen Vorgehens muß in enger Abstimmung mit dem Juso-Bundesausschuß erfolgen.
- Zu aktuellen Themen der Regierungspolitik wird der Bundesverband einen *Newsletter* mit inhaltlichen Hintergrundinformationen, Musteranträgen etc. erstellen.
- Die Öffentlichkeitsarbeit des Bundesverbandes muß über die klassische Pressearbeit hinaus erweitert werden. Insbesondere in großstädtischen Räumen hängt die Wahrnehmbarkeit der Jusos von der Fähigkeit ab, linke Politik auch symbolisch zu kommunizieren. Phantasievolle Aktionen gewinnen an Bedeutung. In der neuen Hauptstadt Berlin werden wir daher eine „Aktionsgruppe“ einrichten, die zu aktuellen Anlässen öffentlich agieren kann und Jusopolitik in der Stadt durch „ungewöhnliche Maßnahmen“ konkret erlebbar plaziert.
- Neben der Reaktion auf die Bundespolitik sind *eigene tagespolitische Initiativen* des Verbandes in Partei und Öffentlichkeit erforderlich. Der Bundesverband wird gemeinsam mit den Bezirken und Landesverbänden konzeptionelle Vorarbeit leisten.

- Wir müssen die Bundesparteitage (zunächst den Berliner Parteitag im Dezember '99) rechtzeitig vorbereiten, eine gemeinsame politische Grundlage entwickeln und unseren Anliegen in den Gliederungen mit ausreichendem Vorlauf "inszenieren".
- Wir richten einen Arbeitskreis Politische Kommunikation ein, der sich unter anderem mit politischer Arbeit und Kommunikation im Medienzeitalter auseinandersetzt. Schwerpunkt der inhaltlichen Arbeit wird die Beschäftigung mit den Auswirkungen der Neuen Medien auf die Arbeitswelt und die Gestaltung der neuen Arbeitsmärkte. Die geleisteten Vorarbeiten der Arbeitskreises Medien und Kommunikation werden aufgegriffen und weiterentwickelt.

Bundesvorstand und Bundesbüro müssen wir zum handelnden Zentrum des Verbandes werden. Der Bundesverband ist mehr die Summe vieler zerstrittener Bezirke und Landesverbände. Dies zu gewährleisten, erfordert schnelle Kommunikation und eine sachorientierte Zuarbeit für den Bundesvorstand. Daher wird die Bundesgeschäftsführung in Abstimmung mit der Orga-Kommission und dem Arbeitskreis Medien bis zur Sommerpause einen detaillierten Plan vorlegen, wie mittels veränderter elektronischer Kommunikationswege ein permanenter Dialog (z.B. email-Service) mit den Gliederungen und ein beständiger Austausch zwischen den Buvo-Mitgliedern (z.B. virtuelle Vorstandssitzungen) ermöglicht und ein umfassender Professionalisierungsprozeß (z.B. durch Qualitätsmanagement und Servicedienste) eingeleitet werden kann. Die Bundesvorstandsmitglieder haben v.a. zwei wesentliche Aufgaben: Zum einen begleiten und organisieren sie den inhaltlichen Zuarbeitsprozeß aus den Projekten etc. Zum anderen sichern sie die Einbindung der Bezirke und Landesverbände über die Bundesausschuß-Sitzungen hinaus.

Der Bundesvorstand muß zukünftig stärker zu aktuellen und tagespolitischen Themen Stellung nehmen. Politische Orientierung muß eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit und argumentative Unterstützung der Juso-Gliederungen beinhalten.

Der Bundesausschuß ist das höchste beschlußfassende Gremium zwischen den Bundeskongressen. Der Bundesvorstand akzeptiert diese Beschlüsse für sich als bindend. Bundesausschuß und Bundesvorstand werden für den Bundeskongress 2000 ein Modell erarbeiten, das die satzungrechtliche Umsetzung gewährleistet und dabei auch die Größe der Landesverbände berücksichtigt.

Baustein Ost

Seit über 9 Jahren gibt es wieder Jusos in Ostdeutschland. Dank steigender Mitgliederzahlen findet eine zunehmende gesellschaftliche und politische Verankerung von Jusos in Kommunalvertretungen, Bürgerinitiativen, Umweltverbänden, Plattformen gegen Rechts u.v.m. im Osten statt. Das darf jedoch nicht darüber wegtäuschen, daß noch erhebliche strukturelle Defizite existieren, deren Überwindung die innerverbandliche Solidarität auch in Zukunft erfordert. Erschwerend kommt hinzu, daß die starke Präsenz der PDS in der Tat eine nicht zu unterschätzende Konkurrenz in der tagtäglichen Arbeit der Ostjusos darstellt. Der Bundesvorstand soll sich für die Fortsetzung der alten Delegiertenregelung (300 plus 50) über den Zeitraum von zwei Jahren einsetzen.

Der Bundesvorstand wird beauftragt, mit den ostdeutschen Landesverbänden bis zum September 1999 ein gemeinsames Konzept zu entwickeln, welches zum Ziel hat, die Jusos in den neuen Ländern nachhaltig zu stärken. Dieses Konzept soll dem Juso-Bundesausschuß zur Beschlussfassung vorgelegt werden. Ein Bestandteil soll die Durchführung von Zukunftswerkstätten zu den Themen „Öffentlicher Beschäftigungssektor“, „Rechtsradikalismus“, „Drogenliberalisierung“ und „Zukunft der Bildung“ sein. Sollten sich

die Ost-Landesverbände konsensual auf die Einrichtung eines Ostgipfels verständigen, wird der Bundesverband dies unterstützen.

Die inhaltliche Arbeit der Jusos findet im wesentlichen in den Projektgruppen statt. Um die Arbeit dieser Projektgruppen auf eine legitimierte Basis zu stellen, setzen sich diese aus jeweils einem/r VertreterIn der Bezirke zusammen und erzielen mit dem Bundesvorstand nach ihrer ersten Sitzung Einvernehmen über einen Arbeitsplan auf der Grundlage des Bundesarbeitsprogrammes ab.

Jede Projektgruppe kann in Abstimmung mit dem Bundesvorstand (zeitlich und personell begrenzte) Arbeitskreise einrichten. Diese Arbeitskreise werden nach fachlichen Gesichtspunkten (auch mit Nicht-Jusos) besetzt und haben keinen beschlußfassenden Charakter. Die Projektgruppen tagen gemeinsam. Jede Projektgruppe wählt eine Koordination.

5.1 Projektgruppe „Arbeit und Ausbildung für die Zukunft,,

Neben der Arbeit am Projekt muß sich die PG auch weiteren Punkten widmen. Hierzu wird die Projektgruppe einen weiteren Arbeitskreis einrichten:

Auch das Bildungs- und Ausbildungswesen muß sich dem Wandel von Arbeitstechniken und Produktionsweisen stellen, verändern sich doch damit auch Branchen- und Berufsbilder. Dabei dürfen die Bildungs- und Ausbildungssysteme dem Druck nach schnell seitens der Unternehmen verwertbare Qualifikationen nicht nachgeben. Konzepte einer modularen Ausbildung mit einer breiten beruflichen Grundbildung und einer darauf aufbauenden spezialisierten Fachbildung ermöglichen eine Betonung von Allgemeinbildung und Schlüsselqualifikation, verbunden mit schneller aktualisierbaren, aktuell abgefragten Qualifikationen und Wissen. Hierzu gehört auch die Realisierung neuer Konzepte des lebenslangen Lernens.

Von der Qualifikation und Anzahl her ausreichende Bildungs- und Ausbildungsangebote, auch zusätzliche, die spezieller auf Bildungsbedürfnisse derjenigen ausgerichtet sind, die bislang ohne formalen Bildungs- oder Ausbildungsabschluß kaum eine Chance auf dem Arbeitsmarkt haben, sind notwendige Forderungen sowohl einer aktiven Bildungs- und Arbeitsmarktpolitik als auch Anspruch des Rechts auf Bildung. Bildung und Ausbildung sind Voraussetzungen für Emanzipation und Partizipation in Gesellschaft und Arbeitsmarkt. Die gegenseitige Anerkennung dieser Leistungen ist die Voraussetzung für ein offenes Europa auch der BürgerInnen. Bildungspolitik muß daher immer Teil einer Europapolitik sein.

Dieses kann nur in gleichberechtigter Zusammenarbeit von Juso-Bundesverband, BSK und Juso-Hochschulgruppen durchgeführt werden. Einzelne Beschlußlagen zur Schulpolitik stehen zusammenhanglos neben der Arbeit der Juso-Hochschulgruppen, die neben der Interessenvertretung der Studierenden die Funktion des Fachverbandes für Hochschulpolitik für die Jusos wahrnehmen. Daher sollen nun in einem integrierten Projekt Juso-Bundesverband, die BSK und die autonomen Juso-Hochschulgruppen gleichberechtigt eine neue Bildungsoffensive entwickeln.

AK Zukunft der Arbeit

5.2 Projektgruppe „Neuer Internationalismus,,

Neben der Arbeit an dem beschriebenen Projekt muß sich die PG weiteren Aspekten der internationalen Politik widmen. Die Grundsatzfrage zur Entwicklung einer zivilen Außenpolitik ist die, ob es gelingt alternative Entwicklungslogiken zwischen den industrialisierten Staaten, aber auch zwischen Nord und Süd zu installieren. Entsprechende Facharbeitskreise werden eingerichtet.

Die PG kontrolliert zudem die Arbeit der *Internat-Runde*, deren Aufgabe die Koordination der internationalen Arbeit und der bilateralen Kontakte der Jusos ist. Der Internat-Runde gehören die internationalen VertreterInnen der Jusos und der Juso-HSG, die zuständigen Buvo-Mitglieder, der Internat-Sekretär der Jusos sowie von der PG benannte VertreterInnen an. Diese sind der Projektgruppe und dem Buvo rechenschaftspflichtig.

Internationale Politik kann eine Schnittstelle für viele unserer Projekte sein, wenn sie sich nicht auf diplomatischem Parkett bewegt, sondern den Versuch darstellt, gemeinsam mit anderen sozialistischen und sozialdemokratischen Jugendverbänden eine Sichtweise der gesellschaftlichen Realitäten zu erarbeiten und politische Antworten darauf zu definieren. Daher werden wir 1999 den IUSY-Kongreß in Hamburg ausrichten. Dieser Kongreß soll aber nicht nur eine einmalige Stippvisite internationaler Gäste und Delegierter sein, sondern auch einen Anlaß zur Intensivierung unserer internationalen Arbeit auch auf regionaler und lokaler Ebene sein.

Wir wollen, daß zumindest einige der internationalen TeilnehmerInnen am IUSY-Kongreß im Vorfeld des Kongresses im Rahmen eines Trainee-Programms an politischen Diskussionen in den Bezirken und Landesverbänden aktiv teilnehmen können.

Im Jahr 2000 findet in Schweden das nächste IUSY-Festival statt. Die Jusos werden sich bei der inhaltlichen Gestaltung des Festivals einbringen und unsere Erfahrungen bei der Organisation der Festivals in Bonn zur Verfügung stellen. Ziel ist es, möglichst vielen GenossInnen die Teilnahme zu ermöglichen und mit einer großen Delegation in Malmö präsent zu sein.

Ein jährlicher Juso-Europa-Gipfel in Brüssel muß organisiert werden, um die europapolitischen Kompetenzen zu bündeln und die Diskussion voranzubringen. Dabei sollten wir vermehrt die Kompetenzen unserer Europaparlamentsfraktion nutzen.

AK Europa

Für die Entwicklung einer modernen sozialistischen Strategie müssen wir uns mit den internationalen Regulierungsebenen befassen, um Politiken etwa für die Nord-Süd-Beziehungen, den Ausbau von Beschäftigung oder die Regulierung der Finanzmärkte entwerfen zu können. Es sind mindestens vier Ebenen zu unterscheiden: Die globale, die Ebene der Weltregionen (mit der EU als institutionalisierten Sonderfall, die nationale sowie die subnationale Ebene der Region. Dies müssen wir berücksichtigen und adäquate politische Handlungsmöglichkeiten entwerfen. Im Mittelpunkt steht dabei zum einen die Stärkung europäischer Ansätze der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik und zum anderen die Zukunft der Nord-Süd-Beziehungen. In diesem Zusammenhang gewinnt die Notwendigkeit an Bedeutung, ein Modell linker Subsidiarität zu entwickeln.

Es geht aber nicht nur um die Entwicklung eines ökonomischen Regulierungsrahmens für die Weltwirtschaft, sondern auch um die Stärkung "zivilgesellschaftlicher" Strukturen und Partizipationsmöglichkeiten. Unter dem Stichwort "good governance" finden heute Konditionierungen etwa von Entwicklungshilfe statt, die von den betroffenen Staaten allgemein akzeptiert werden. Wir wollen eine Stärkung der "zivilen Gesellschaft" und die Teilhabe der Bevölkerung an grundsätzlichen politischen und ökonomischen Entscheidungen gewährleisten, ohne das "Demokratieprinzip" als latentes Erpressungspotential zur Durchsetzung von Handels- oder geopolitischen Zielen zu instrumentalisieren.

Gerade jetzt muß das Thema Europa in den Mittelpunkt unserer Diskussionen rücken. Die alte linke Utopie steht jetzt zur Verwirklichung an. Europa ist mehr denn je ein linkes Projekt. Nationalstaatliche Lösungen für die zentralen politischen Probleme sind weder wünschenswert noch realisierbar. Wer ihnen nachläuft, verschwindet in der Bedeutungslosigkeit.

Eines unserer zentralen politischen Ziele ist es, das Europa von unten zu gestalten.

- Europa ist das Projekt einer tiefgreifenden europäischen Friedensbewahrung durch Zurückdrängen der Nationalstaaten und einer aktiven globalen Friedenspolitik für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit.

- Europa ist das Projekt einer gerechten Verteilung zwischen den reichen und armen Regionen Europas und einer aktiven und grundsätzlichen Umgestaltung der globalen Verhältnisse zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.
- Europa ist das Projekt der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Kontinents und der ökologischen Verantwortung der Industriestaaten für das Überleben unseres Planeten.
- Europa ist das Projekt einer sich nicht abschottenden multikulturellen Gesellschaft, in der nationalstaatlichen Beschränkungen überwunden werden und sich die Impulse einer demokratischen Zukunftsgesellschaft entwickeln.

Ein jährlicher Juso-Europa-Gipfel in Brüssel muß organisiert werden, um die europapolitischen Kompetenzen zu bündeln und die Diskussion voranzubringen. Dabei sollten wir vermehrt die Kompetenzen unserer Europaparlamentsfraktion nutzen. Der/Die ECOSY- und die EC-VertreterInnen der Jusos sind der Kommission Europa gegenüber persönlich berichtspflichtig. Sie müssen an den Sitzungen teilnehmen.

AK Nord-Süd

Die Frage der Gestaltung von Nord-Süd-Beziehungen macht nach wie vor den Kern internationaler Solidarität aus. Mit der Diskussion um die Zukunft der Lomé-Verträge haben wir einen wichtigen Beitrag zur Gestaltung der EU-Entwicklungszusammenarbeit geleistet. Hier wollen wir im nächsten Jahr mit einem Fortsetzungsprojekt ansetzen. Die mehrheitlich von entwicklungspolitischen NGO's und den Kirchen getragene Entschuldungskampagne für das Jahr 2000 ("Erlaßjahr") bietet einen guten Anlaß, das Versagen des neoliberalen Modells zu illustrieren und eine internationale Regulierung der Wirtschafts- und Finanzmärkte einzufordern. Gemeinsam mit der IUSY-werden wir den "day of action" nutzen, um dieses Thema weltweit auf die Agenda zu setzen.

AK Alternative Wehrstrukturreform

War 1994 der Blauhelmbeschluß der SPD noch Anlaß zu erbitterten Auseinandersetzungen in Partei und Öffentlichkeit, so erfolgt die Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik heute ohne ernsthaften Widerstand der Öffentlichkeit und der Parteilinken. Der von der NATO und auch zunehmend von der EU vorangetriebenen Marginalisierung der OSZE und der UNO müssen wir mit einem Konzept zur zivilien Konfliktlösung entschieden entgegentreten. Allerdings haben wir zur Kenntnis zu nehmen, daß sich nicht nur die Ausgangslage für eine antimilitaristische Politik in der SPD dramatisch verschlechtert hat, sondern auch unsere Bündnispartner außerhalb der Partei an Boden verlieren. Die anstehende Diskussion um die Zukunft der Bundeswehr wollen wir nutzen, um eine grundsätzliche Auseinandersetzung um die europäische Sicherheitspolitik zu führen und uns zur Wehrstrukturdebatte im Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Kräften und WissenschaftlerInnen zu Wort melden.

5.3 Projektgruppe „Demokratischer Staat und Teilhabe,,

Die PG setzt die zuvor beschriebenen Aufgaben um. Der traditionsreiche AK Drogenpolitik wird der PG zurarbeiten.

AK Drogenpolitik

Mit dem Regierungswechsel im September 1998 zeichnete sich auch eine Wende in der Drogenpolitik ab. Die Verlagerung dieses Themenbereichs vom Bundesministerium des

Innenen in das Bundesministerium für Gesundheit ist ein wichtiger Schritt, um eine Abkehr von der repressiven Linie zu erreichen.

Um das Ziel einer akzeptanzorientierten Drogenpolitik umzusetzen ist jedoch eine äußerst kritische Begleitung der Regierungs- und Fraktionsarbeit notwendig, auch Widerstände in den unterschiedlichsten Gliederungen der Partei sind zu überwinden. Gleichzeitig muß eine gesellschaftliche Stimmung geschaffen werden, die eine Umorientierung in diesen Fragen möglich macht.

Unsere drogenpolitischen Forderungen werden wir deshalb weiterhin offensiv vertreten. Dazu werden wir die Zusammenarbeit mit unseren Bündnispartnern in Initiativen, Wissenschaft und Parteien fortsetzen und intensivieren.

Basis dafür ist der Arbeitskreis Drogenpolitik, der durch seine Arbeit in den letzten Jahren die Diskussion in der SPD angestoßen hat.

Die Jusos werden weiterhin offensiv mit Publikationen und Veranstaltungen auf die Notwendigkeit einer radikalen Wende in der Drogenpolitik hinwirken. Auf einem drogenpolitischen Kongreß soll die Debatte über die Situation nach dem Regierungswechsel erörtert werden und zusammen mit den Bündnispartnern ein Anforderungsprofil an die politische Arbeit der Verantwortlichen erstellt werden.

Eine verstärkte internationale Zusammenarbeit mit unseren Partnerorganisationen, insbesondere im EU-Rahmen ist notwendig um die Europäisierung der Drogenpolitik kritisch zu begleiten und die Grundlage für eine gesamteuropäische akzeptanzorientierte Politik zu schaffen

AK Antifaschismus

Projekt: Neue Strategien für die Antifaschismus-Arbeit der Jusos - Gesellschaftliche Mehrheiten zurückgewinnen

Die Auseinandersetzung um die doppelte Staatsangehörigkeit, die Debatte um die Walser-Rede, der Streit um die Wehrmachtsausstellung haben deutlich gemacht, daß trotz des Machtwechsels in Bonn rechte Ideologie und Terminologie in diesem Land in erschreckendem Maße gesellschaftlich mehrheitsfähig geworden sind. Dies ist eine Entwicklung, die sich seit Jahren, der die SPD völlig konzeptionslos gegenübersteht und sie zum Teil durch Zugeständnisse in zentralen Politikfeldern mitverschuldet hat. Nun ist die Partei selbst Opfer dieser Entwicklung geworden, weil ihr bei zentralen Reformprojekten ein eiskalter Wind ins Gesicht weht.

Umso wichtiger ist es, daß die Jusos dieser Entwicklung mit einem Strategieansatz begegnen, der über einen reflexartigen Antifaschismus oder Lichterketten-Mentalität hinausgeht. Hierzu bedarf es einer grundlegenden Analyse gesellschaftlicher Erscheinungsformen des Neofaschismus bzw. der „Neuen Rechten“ und ihrer Ursachen:

Auf Grundlage einer solchen Analyse sind Konsequenzen für die Antifaschismus-Arbeit der Jusos abzuleiten. Antifaschismus bedeutet für uns nicht nur Kampf gegen Ideologien der Ungleichheit, gegen rassistische und biologische Konzeption und gegen antidemokratische, antiparlamentarische und antiliberalen Auffassungen. Antifaschismus bedeutet im Umkehrschluß selbstverständlich auch, daß wir uns für eine demokratisch-pluralistische Gesellschaft einsetzen, in der ein friedlicher interkultureller Austausch von Individuen verschiedenster Herkunft möglich ist, in der jedoch - gerade durch diesen Austausch unterstützt - auch die Emanzipation aller Menschen von kapitalistischen, rassistischen und sexistischen Unterdrückungsverhältnissen angestrebt wird. Ziel muß die (Rück)gewinnung kultureller Hegemonie für ein antifaschistisches Politik- und Gesellschaftsverständnis sein, hierfür reichen parlamentarische Mehrheiten alleine offensichtlich nicht aus.

Schlüsselprojekte sind dabei:

- Der Bruch mit dem „Terror der Ökonomie“, d.h. der zunehmenden Ökonomisierung der Politik und der Unterordnung von Menschen unter kapitalistische Profitinteressen.
- Die Schaffung von Freiräumen für eine selbstbestimmte, nicht von den Interessen der Freizeitindustrie definierten Jugendkultur
- Die offensive Auseinandersetzung mit allen Formen revisionistischer Geschichtsinterpretation
- Das Engagement für eine demokratische Bürgergesellschaft, die sich aller polizeistaatlicher Tendenzen erwehrt, dies beinhaltet die entschiedene Ablehnung einer repressiven Sicherheitspolitik wie einer Kriminalisierung antifaschistischer Gruppen, z.B. durch den §129a.
- Die Förderung einer kritischen Auseinandersetzung mit den Massenmedien durch eine moderne Medienpädagogik und die Schaffung medialer Gegenmacht.
- Das Zurückdrängen des nationalen Diskurses in der Migrations- und Integrationspolitik.

Um diese Schlüsselprojekte voranzubringen, bedarf es einer Bündelung von Maßnahmen innerhalb und außerhalb des Juso-Verbandes:

- Vielfach ist der Meinungsbildungsprozeß innerhalb des Verbandes durch die Darstellung der meist konservativ gefärbten Massenmedien geprägt. Ein Beispiel hierfür ist die zum Teil unkritische Rezeption des Totalitarismusbegriffs. Die Bildungsarbeit der Jusos muß daher Grundlagen für eine veränderte Form der Auseinandersetzung mit dem Neofaschismus schaffen: Information und Aufklärung über Strukturen, Ideologien und Ursachen von Neofaschismus, Faschismustheorien, Geschichtsinterpretation müssen einer breiten Mehrheit in veränderter Form zugänglich gemacht werden. Hierzu muß der Bundesverband in Form eines ReferentInnenpools und entsprechenden Bildungsmaterialien Hilfestellung leisten. Der erste nötige Schritt ist die Neuauflage des „Handbuch Rechtsextremismus“. Grundlage ist die Konzeption der Bundeskommission „Multikulturelle Gesellschaft (Entwurf 12.02.-14.02.).
- Jusos müssen für fortschrittliche Jugendszenen wieder glaubwürdig und erfahrbar werden. Hierzu reicht es nicht aus, Flyer im Viva-Stil zu produzieren und in Wahlkämpfen Techno-Parties zu organisieren. Vielmehr müssen Jusos als InteressenvertreterInnen von Jugendszenen fungieren, wenn es z.B. um die Schaffung von Jugendzentren, Schaffung von Proberäumen, Förderung von alternativen Plattenlabels und anderen Projekten im Bereich der Jugendkultur geht. Der Kontakt zu politischen Alternativen innerhalb von Jugendszenen(z.B. Grufties gegen Rechts“) muss intensiviert werden. Dagegen lehnen wir das Konzept der akzeptierenden Sozialarbeit mit Rechten wegen der nachgewiesenen stabilisierenden Wirkung auf rechte Strukturen ab.
- Jusos müssen inhaltliche Defizite in der SPD, was Fragen des Antifaschismus betrifft, gemeinsam mit anderen fortschrittlichen Kräften in der SPD offen thematisieren und möglichst korrigieren (z.B. Einwanderungspolitik, Kriminalisierung antifaschistischer Gruppierungen).
- Wir müssen gemeinsam mit BündnispartnerInnen (AGS, VVN-Bda) zeitgemäße Formen der historischen Aufarbeitung des Nationalsozialismus entwickeln.
- Jusos sollen darauf hinwirken, daß Bündnisse gegen Rechts oder ähnliche gruppenübergreifende antifaschistische Zusammenhänge, die es in vielen Städten gibt, langfristige Arbeitseinsätze entwickeln, die über reflexiven Antifaschismus hinausgehen. Ferner soll es innerhalb solcher Bündnisse möglichst keine Ausgrenzung geben.
- Eine Aufgabe für lokale Bündnisse könnte die Herstellung von Synergieeffekten zwischen alternativen, bzw. antifaschistischen Medien sein, um mediale Gegenmacht zu schaffen. Hierzu könnten gerade auch die vielfältigen Publikationen der Jusos einen Beitrag leisten.

- Für Gliederungen, die mit starken bzw. militanten rechten Strukturen vor Ort konfrontiert sind, müssen Konzepte zur Krisenintervention entwickelt werden, um rechtsextremen Gruppen ihre Vormachtstellung streitig zu machen.

5.4 Projektgruppe "Demokratisch nachhaltig Wirtschaften,,

Auch hier sind zuvor die Aufgaben umrissen worden. Mit drei Facharbeitskreisen soll hier Zuarbeit geleistet werden.

AK Öko-Sozialer Umbau

Erster Schwerpunkt der Jusos im Bereich des ökologischen Umbaus - nachhaltige Entwicklung - muß die konsequente Weiterentwicklung der von der Bundesregierung nur ansatzweise begonnenen ökologischen Besteuerung sein. Die Ökosteuer-Reform ist nur ein Reförmchen, sie ist weder, was den ökologischen Lenkungseffekt noch was den durch Senkung der Lohnzusatzkosten intendierten Beschäftigungseffekt betrifft, ausreichend. Eine wirksame Ökosteuer müßte mindestens eine vollständige Ausweitung auf alle Primärenergieträger und auch die energieintensiven Betriebe sowie eine deutlichere Erhöhung der Energiepreise beinhalten. In der Diskussion um das Gesetz zur Einführung in eine ökologische Steuerreform wurde deren Sinn leider auf eine Senkung der Lohnnebenkosten reduziert. Richtig ist es, die finanziellen und wirtschaftlichen Folgen umweltschädigender Strukturen in Produktion und Konsum nicht länger auf die Arbeitenden abzuwälzen. Neue Arbeitsplätze in großer Zahl werden aber insbesondere durch neue, ökologisch orientierte Produkte, die Entwicklung ressourcenschonender Technologie und veränderte Konsumstrukturen entstehen. Neben der Rückerstattung der Ökosteuer in Form von erhöhten Sozialtransfers oder geringeren Beiträgen zu den Sozialversicherungen muß daher ein Schwerpunkt auf der Förderung dieses ökosozialen Umbaus liegen.

Hier wird die Projektgruppe sich zum Ziel setzen, ein fortschrittliches, fundiertes und realitätstaugliches Konzept vorzulegen.

Unsere Solarkampagne hat einen deutlichen Widerhall in der Sozialdemokratie gefunden. Das 100 000-Dächer Programm war Bestandteil des Wahlprogramms der SPD und ist nun Bestandteil des Regierungsprogrammes der neuen Koalition geworden. Doch dabei darf es nicht bleiben. Der Solare Umbau muß sich in allen Bereichen der Regierungspolitik manifestieren. Dabei spannt sich der Bogen von der Arbeitspolitik über die Bildungspolitik bis zur Struktur- und Wirtschaftspolitik. Damit ist eine weitere zentrale Aufgabe der Projektgruppe beschrieben: Die Erstellung eines zukunftsweisenden Konzeptes zur Gestaltung des Übergangs in das Solarzeitalter als zentrale Zukunftsinnovation für das nächste Jahrtausend.

Regenerativen Energien gehören die Zukunft. Sie sind in Verbindung mit größerer Energieeffizienz die einzige Alternative zu Atomkraft und fossilen Energieträgern. Deswegen ist es von zentraler Bedeutung sie vom Modellprojekt zur Marktreife weiterzuentwickeln. Dies muß durch eine kostendeckende Einspeisevergütung, die Forcierung von Contracting, Least-Cost Planing und durch eine Konzentration der Forschungsförderung geschehen. Es geht hier auch um die gezielte Ansiedlung von innovativen, kleinen und mittelständischen Unternehmen. Dies sind Bereiche, in denen durch neue, ökologisch orientierte Strukturen neue Arbeitsplätze entstehen und so die Grundlage für den ökosozialen Umbau geschaffen wird.

Weitestgehend unbemerkt- auch von unserem Verband - haben Teile der SPD bei der Durchsetzung der Gentechnologie in Deutschland gemeinsame Sache mit den konservativ-neoliberalen gemacht. Fast 90% aller BürgerInnen lehnen gentechnisch veränderte Nahrungsmittel ab. Die von der abgewählten Bundesregierung maßgeblich mitgestaltete und

von führenden SozialdemokratInnen durchgewunkene Novel-Food-Verordnung der EU sieht jedoch nur eine Kennzeichnung von weniger als 10% der auf den Markt gebrachten gentechnisch veränderten Lebensmittel vor. Wir haben nun die einmalige Chance, dieses Feld als Jugendverband der führenden Regierungspartei nachhaltig zu besetzen. Wir werden dabei wie bei der Solarkampagne deutlich machen, wie eine nachhaltige und zukunftsfähige Modernisierung der Industriegesellschaft aussieht. Wir sehen Technik nicht als Gefahr, sondern als Chance. Dafür ist eine rationale Auseinandersetzung notwendig, die zugleich ethische und ökologische Fragestellungen ausreichend berücksichtigt. Hierzu gehört aber auch eine gesellschaftliche Beherrschbarkeit und dies heißt auch Rückholbarkeit von Techniken und ihren Folgen. Dies ist bei der Gentechnologie nicht gegeben. Wir dürfen uns gerade in diesem Feld der Zustimmung einer überragenden Mehrheit der Bevölkerung sicher sein. Wir schätzen die Bedeutung der regenerativen Energien übrigens höher ein, als die der Gen- und Biotechnologie. Hier eröffnet sich für uns auch die Möglichkeit einer realitätsorientierten Zusammenarbeit mit BündnispartnerInnen.

Nachhaltige Entwicklung heißt schließlich im Sinne der Agenda 21 auch die Entwicklung von dezentralen und demokratischen Entscheidungsmodellen, wie Öko-Audit, Planungsforen, etc. Hier können wir Jusos auch Vorbild sein, indem wir Umweltverbände, Initiativen aber auch Gewerkschaftsjugendorganisationen in unsere programmatische Arbeit vor Ort und auf Bundesebene einbeziehen.

Zur Erarbeitung der oben angeführten Aufgabenstellungen führt die Projektgruppe mehrere Fachforen durch.

AK Sozialstaat und Teilhabe

Die beteiligungsorientierte Reform der sozialen Sicherungssysteme wird eine der wichtigsten Herausforderungen der nächsten Jahre sein. Wir Jusos werden auch auf diesem Gebiet eine programmatische Weiterentwicklung anstoßen müssen. In den vergangenen Jahren ist uns dies nur unzureichend gelungen. Ein „Weiter so“, wie in den letzten 16 Jahren kann keine ernstzunehmende Position von Jusos sein. Wir werden als junge Generation bei der Gestaltung der sozialen Sicherung in die Verantwortung genommen werden. Die sich wandelnde Arbeitsgesellschaft stellt hierbei eine weitere Herausforderung dar. Der AK hat daher eine Querschnittsfunktion zum Projekt „Demokratischer Staat und Teilhabe“.

AK Steuerreform

Die steuer- und finanzpolitische Diskussion wird auch in den nächsten Jahren heftig geführt werden. Immer neue BFH- und BverfG-Entscheidungen – z.B. Familienbesteuerung, Tarifbegrenzung des Grenzsteuersatzes auf 47% bei den gewerblichen Einkünften - offenbaren auch nachträglich das ganze Elend der steuerpolitischen Verfassungswidrigkeiten der bürgerlichen Vorgängerregierung.

Die immensen Kosten der Massenarbeitslosigkeit von inzwischen ca. 170 Mrd. DM jährlich, die dadurch angespannte Lage der öffentlichen Haushalte und die Stabilitätskriterien der europäischen WWU setzen insbesondere die fiskalischen Probleme ganz oben auf die Tagesordnung.

Deshalb werden wir die tagespolitische Auseinandersetzung und die Konturen einer nationalen und europäischen Finanz- und Steuerpolitik für Arbeit und Umwelt in den Mittelpunkt unserer Arbeit stellen.

5.5 Bundeskommissionen

Ihre kontinuierliche und meist recht gute Arbeit sollen die Bundesfrauenkommissionen und die BundesschülerInnenkommission fortsetzen. Sie genießen einen teilautonomen Status und stimmen als solche ihre Arbeitsplanung mit dem Bundesvorstand lediglich ab.

5.6 Bildungs- und Qualifizierungsoffensive

Die Orga-Kommission, Bundesvorstand und Bundesausschuß werden gemeinsam eine *Schulungsteam* einsetzen, das die Aufgabe hat, eine innerverbandliche Bildungs- und Qualifizierungsoffensive zu planen und anzuleiten. Da die Kommissionen und PG sich auf die inhaltliche Arbeit konzentrieren sollen und keinen Schulungscharakter haben werden, muß dem zweifelsohne vorhandenen Qualifizierungsbedarf des Verbandes anderweitig Rechnung getragen werden.

Im ersten Schritt erarbeitet das Schulungsteam gemeinsam mit den Projektgruppen und dem Bundesvorstand bis Ende 1999 einen Bildungsplan des Juso-Bundesverbandes. Dieser richtet sich an den mittleren Funktionärskörper und wird unter Anleitung des Schulungsteams sowie inhaltlicher Begleitung der Projektgruppen durchgeführt. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken und Landesverbänden.

Wenn sich dieser Bildungsplan bewährt hat, kann sich das Schulungsteam in enger Abstimmung mit den Bezirken und Landesverbänden der Ausarbeitung von Seminarkonzepten auch für NeueinsteigerInnen und für die regionale politische Arbeit widmen.

5.7 Schlüsselprojekt "Öffentlicher Beschäftigungssektor in der Region"

Der Ausbau eines gemeinwohlorientierten Beschäftigungssektors stellt ein Projekt dar, daß sowohl die Frage der gesellschaftlichen Einflußnahme auf Verteilungsverhältnisse und Wirtschaftsstruktur, der Neuverteilung von Erwerbs- und Reproduktionsarbeit als auch die Stärkung gesellschaftlicher Selbstorganisation thematisiert. Es steht daher auch symbolisch für unsere Vorstellung von Sozialismus als Programm "ökonomisch-gesellschaftlicher Demokratie". Wir werden daher gemeinsam mit BündnispartnerInnen und ExpertInnen ein Konzept erarbeiten, wie der Aufbau eines öffentlichen Beschäftigungssektors in der Region zu gewährleisten ist. Damit soll ein Bindeglied geschaffen werden zwischen der politischen Auseinandersetzung auf Bundesebene (um eine andere Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik und gegen eine Niedriglohnstrategie) und der konkreten Arbeit von Jusos in der Region.

5.8 Sozialistische Zukunftsdiskussion

Eines der strukturellen Probleme des Juso-Verbandes ist die zunehmende Differenzierung von Motivationen und Sozialisationen, die zu einem Engagement bei den Jusos führen. Da trifft der frisch in die Partei eingetretene Schröder-Fan auf den Jungbetriebsrat von der IG Metall, die nur miteinander gemeinsam haben, daß sie beide wiederum mit dem Juso, der aus der Anti-Castor-Bewegung kommt, nicht so richtig was anfangen können.

Zugegeben, die klassische Juso-Sozialisation hat es noch nie gegeben, aber heute kommt erschwerend hinzu, daß unterschiedliche Einflüsse, auch der der konservativen Massenmedien auf die Meinungsbildung von Jugendlichen, also auch von Jusos, und der Wunsch des Parteiestablishments nach einem braven Parteiclub zunehmen. Dies stellt den Verband vor eine Herausforderung: Kann es gelingen, wieder ein gemeinsames Leitbild zu entwickeln, das für die unterschiedlichsten Teile des Verbandes Vision und Motivation darstellt?

Es muß gelingen, denn ein Verband, der seine Mitglieder nicht für ein gemeinsames Projekt begeistern kann, wird angesichts der gesellschaftlichen Herausforderungen kapitulieren müssen. Es ist daher Aufgabe des Juso-Bundesverbandes, im Verband eine „Sozialistische Zukunftsdiskussion“ einzuleiten. Dabei muß es einerseits um die nötige programmatische Weiterentwicklung des Verbandes bzw. einen „sozialistischen Grundkonsens“ gehen. Andererseits darf die Debatte nicht nur auf ExpertInnenzirkel beschränkt bleiben, sondern der

Bundesverband muß auch eine Unterstützung für eine breite Diskussion an der Basis des Verbandes leisten:

Der Juso-Bundesverband wird daher ein „sozialistisches Zukunftsprogramm“ erarbeiten, das allen Gliederungen zur Verfügung gestellt wird. Im Rahmen dieser Diskussionsplattform soll der Bezug zwischen konkreten Alltagserfahrungen und der Begrenztheit prokapitalistischer Lösungsansätze aufgezeigt werden. Die Juso-Bezirke und Landesverbände sollten daher bis zum Bundeskongress 2000, auf dem eine Zwischenauswertung stattfinden wird, mit inhaltlicher und organisatorischer Vorbereitung durch den Juso-Bundesverband Zukunftswerkstätten zu den entscheidenden Fragestellungen sozialistischer Politik durchführen. Im günstigsten Fall sind ähnliche Veranstaltungen auf UB- bzw. AG-Ebene dem vorausgegangen. Der Bundesverband wird diesen Prozeß durch umfassende Bildungsangebote der Grundlagenarbeit auf Bundes- und Bezirksebene begleiten.

Darüber hinaus wird der Bundesverband seine eigene programmatische Arbeit in den zuständigen Projekten auf die Debatte ausrichten und seine Positionsbildung in Fachgesprächen mit progressiven WissenschaftlerInnen, politischen ExpertInnen und BündnispartnerInnen weiterentwickeln.

Das anzustrebende mittelfristige Ziel ist die Entwicklung eines politischen Orientierungsrahmens gemeinsam mit politischen und wissenschaftlichen BündnispartnerInnen u.a. im Rahmen eines einzurichtenden „Forum Moderner Sozialismus“. Zudem werden wir Kontakte zu anderen linken Kräften im Rahmen eines Informations- und Diskussionsnetzwerkes ausbauen.

Solidarität statt Spaltung-

Plattform der Jusos zur Wahl des Europäischen Parlaments

Einleitung

Mit der am 13. Juni stattfindenden Wahl zum Europäischen Parlament, verbindet sich für die Jusos die Herausforderung ihre Positionen zur weiteren Integration der Europäischen Union vorzulegen und insbesondere unter jungen Menschen zu verbreiten.

Der Schwerpunkt wird dabei auf den Bereich der Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik zu legen sein, da hier die unmittelbarsten Verknüpfungen zur alltäglich erfahrenen Situation der Menschen liegen und die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit unser vordringliches politisches Ziel darstellt. Darüber hinaus stellen sich die strategischen Unterschiede zwischen den verschiedenen politischen Lagern an kaum einer Stelle so deutlich dar, wie an den Fragen der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit und der Bestimmung gemeinsamer Herangehensweisen auf der europäischen Ebene. Die weitere Umgehensweise mit dem Euro und der Europäischen Zentralbank sind hierbei Felder in denen Schlüsselausinandersetzungen zu erwarten sind (und bereits stattfinden) die die Entwicklungslogik Europas für die nächsten Jahre bestimmen werden.

Europa im Umbruch

Die unwiderrufliche Festlegung der Wechselkurse der Währungen von elf Mitgliedstaaten der europäischen Währungsunion am 1.1.1999 dürfte widersprüchliche Gefühle ausgelöst haben. Zum offiziellen Start des Jahrhundertprojektes konnte sich die vermeintlich "kränkelnde Frühgeburt EURO" gegenüber dem übermächtigen Dollar behaupten und sofort wurden Stimmen laut, die eine vorzeitige Einführung des Einheitsgeldes forderten. Dies steht im krassen Gegensatz zu den Krisenszenarien, mit denen sich Skeptiker anlässlich des EU-Gipfels im Mai des vergangenen Jahres noch gegenseitig überboten hatten. Die Emotionalität, mit der zum Teil über Europa bzw. die Europäische Wirtschafts- und Währungsunion (EWWU) gesprochen wird, zeigt deutlich, daß vielen eben dieses Jahrhundertprojekt noch seltsam fremd ist. Dies liegt zum einen an der Unübersichtlichkeit des institutionellen Rahmens, dessen Veränderung sicher eine der Hauptvoraussetzungen für die Entwicklung der EWWU im linken Sinne überhaupt ist - wie sich jüngst unter anderem am Beispiel der Europäischen Kommission zeigt. Zum anderen muß sich die Politik, die auf europäischer Ebene gemacht wird, aber eben auch an dem Beitrag messen lassen, den sie zur Bewältigung vordringlicher Probleme der europäischen Bevölkerung leistet - um so mehr, weil gerade die Arbeitslosigkeit in Europa durch europäische Politik augenscheinlich nicht wirksam bekämpft wird.

Europa 2000

Die alte Linke Utopie steht jetzt zur Verwirklichung an. Europa ist nicht mehr denn je ein linkes Projekt. Nationalstaatliche Lösungen für die zentralen politischen Probleme sind weder wünschenswert noch realisierbar. Wer ihnen nachläuft, verschwindet in der Bedeutungslosigkeit.

Eines unserer zentralen politischen Ziele ist es, das Europa von unten zu gestalten.

· Europa ist das Projekt einer tiefgreifenden europäischen Friedensbewahrung durch Zurückdrängen der Nationalstaaten und einer aktiven globalen Friedenspolitik für Demokratie, Menschenrechte und soziale Gerechtigkeit.

- Europa ist das Projekt einer gerechten Verteilung zwischen den reichen und armen Regionen Europas und einer aktiven und grundsätzlichen Umgestaltung des globalen Verhältnisse zwischen Industrie- und Entwicklungsländern.
- Europa ist das Projekt der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen unseres Kontinents und der ökologischen Verantwortung der Industriestaaten für das Überleben unseres Planeten.
- Europa ist das Projekt einer sich nicht abschottenden multikulturellen Gesellschaft, in der nationalstaatliche Beschränkungen überwunden werden und sich die Impulse einer demokratischen Zukunftsgesellschaft entwickeln.

Sowohl die anstehende Wahl zum Europäischen Parlament (EP) als auch die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 1999 läßt Europa als Themenfeld und als Politikebene stärker in die Wahrnehmung der Medien, der Öffentlichkeit und der Bevölkerung rücken. Diese Situation, daß ein Teil der Bevölkerung, insbesondere jugendliche ErstwählerInnen diesem Thema stärkere Beachtung zuwenden, ist von uns als willkommener Anlaß zu nutzen um eigene politische Vorstellungen von und über Europa bekanntzumachen und für diese zu werben. Dazu gehört auch die eigene Partei und der eigene Verband, die das Thema Europa bislang eher auf sachverständige ExpertInnen ausgelagert haben. Gerade jetzt kommt es jedoch darauf an, die Wahrnehmung der EU als politische Handlungsebene zu stärken und über die dahinter stehenden politischen Möglichkeiten zu diskutieren.

Sowohl der Ausgang der Wahl, also die Zusammensetzung des EP, als auch die deutsche Ratspräsidentschaft haben konkrete Auswirkungen auf die EU-Politik und Einfluß auf die Entwicklung der EU. Wir wollen daher im Wahlkampf unseren Teil dazu leisten, daß im EP eine Mehrheit für eine linke Politik zustandekommt. Außerdem sollte dadurch, das Europa als zunehmend wichtige Ebene Bedeutung für die Bevölkerung gewinnt, eine höhere Wahlbeteiligung zu erzielen sein.

Im Folgenden wollen wir aufzeigen, wie wir uns Politik auf der europäischen Ebene vorstellen, in welchen Feldern wir zentrale Eingriffsmöglichkeiten sehen und welche Projekte wir vorschlagen.

1. Analyse

1.1. Sozioökonomische Kerndaten

Der neuerliche europäische Integrationsschub seit Beginn der 80er Jahre steht in einem engen Zusammenhang mit der Strukturkrise des Kapitalismus, in der wir uns seit den 70er Jahren befinden. Wesentliche Restrukturierungsprozesse des Kapitals, die auf diese Krise folgten (Kapitalkonzentration und -zentralisation, aggressive Internationalisierung) wurden - das darf nicht unterschätzt werden - durch politische Integrationsprojekte, wie vor allem auch die Herstellung des europäischen Binnenmarktes, massiv begünstigt und beschleunigt.

Diese politischen wie wirtschaftlichen Strukturveränderungen haben relevanten Einfluß auf die politische Steuerungsfähigkeit von Nationalstaaten. So wurden einerseits durch die Integrations Schritte auf politischer Ebene Handlungs- und Regulationsmöglichkeiten auf die europäische Ebene verlagert, die zum Beispiel nationalen Gesetzen zuwiderlaufen. Andererseits stehen zunehmend europäisierten Konzernen nur nationalstaatlich organisierte Steuer- und Sozialsysteme, sowie bestenfalls nationalstaatlich organisierte industriellen Beziehungen gegenüber, welche den Ansprüchen einer europäisierten wirtschaftlichen Tätigkeit nicht mehr nachkommen können.

Die Schwächung der politischen Steuerungsmöglichkeiten zugunsten der weitgehenden "Anarchie des Marktes" sind unserer Meinung nach Teil des neoliberalen Politikprojektes. Dies zeigt sich an der Tatsache, daß den europäischen Nationalstaaten in vielen sensiblen Politikbereichen durch reale wirtschaftliche und auch politische Prozesse Handlungsmacht faktisch entzogen wurde. Im Gegenzug ist jedoch auf die Etablierung von Regulierungsmöglichkeiten auf europäischer Ebene bewußt verzichtet worden. Letztendlich gelang es auch dadurch, das gesellschaftliche Kräfteverhältnis nachhaltig zugunsten der Kapitalseite zu verschieben. Der scheinbar naturgesetzliche Verlust von Regulierungsfähigkeit zusammen mit der sich weiter verschärfenden Massenarbeitslosigkeit diente

fortan gar als Legitimation für Deregulierungen und Sozialabbau auf nationalstaatlicher Ebene. Auf diese Weise wurde auch das Druckpotential aufgebaut, mit dessen Hilfe die Gewerkschaften zu Tarifabschlüssen unterhalb des Produktivitätsfortschritts gedrängt wurden. Bei einer Fortsetzung des bisherigen europapolitischen Kurses steht zu befürchten, daß sich der Druck auf die Gewerkschaften eher noch erhöhen wird. Nach dem Wegfall der Wechselkurse ist die weitere Fortsetzung des Lohn- und Sozialdumpings eine wirksame Möglichkeit, Konkurrenzvorteile im innereuropäischen Wettbewerb zu erlangen.

Insbesondere in den Ländern mit geringerer Produktivität kann dies als letzte Möglichkeit verbleiben, da ihnen die bisherige Chance Produktivitätsunterschiede durch Währungsabwertungen vorübergehend aufzufangen mit der Euro-Einführung entzogen ist.

In den letzten fast 20 Jahren neoliberaler Politik wurde die EG/EU sowohl auf der europäischen Ebene wie auch in den Mitgliedsländern nicht nur konsequent für den neoliberalen Umbau der Gesellschaft genutzt. Faktisch sind die Grundprinzipien neoliberaler Politik durch politische Maßnahmen und Projekte auch dauerhaft festgeschrieben worden. Als Beispiel hierfür dienen die im Maastrichter Vertrag festgesetzten (fiskalischen) Konvergenzkriterien, die diejenigen Mitgliedstaaten erfüllen mußten, die an der Währungsunion teilnehmen wollten. In dieser Phase des Konjunkturzyklus zwangen diese die betreffenden Staaten damit zu einer prozyklischen Haushaltspolitik (geringe Inflationsraten, Hochzinspolitik, Sparmaßnahmen etc.) und sorgten auf diese Weise für eine weitere Zunahme der Massenarbeitslosigkeit in Europa, anstatt Spielräume für eine wirksame Beschäftigungspolitik zu schaffen. Mit dem Stabilitätspakt wurden also bestimmte politische Ziele auch für die Zeit nach der Einführung des Euro festgeschrieben. Staaten, die ihre Haushaltspolitik nicht an diesen neoliberalen Prinzipien orientieren, können sogar - allerdings auf Beschluß des Ministerrats - mit empfindlichen Geldbußen bestraft werden.

Ebenso haben neoliberale Grundsätze Eingang bei der Zielsetzung für wichtige Institutionen gefunden: das markanteste Beispiel hierfür ist die Europäischen Zentralbank (EZB). Obwohl die EZB nach dem Vorbild der Bundesbank geschaffen wurde, ergeben sich wesentliche Unterschiede: Im Bundesbankgesetz ist festgeschrieben, daß die Zentralbank unabhängig von Politik und Regierung ist und die Ziele Preiswertstabilität und Unterstützung der allgemeinen Wirtschaftspolitik zu verfolgen hat. Im Gegensatz dazu wurde bei der EZB eine Gewichtung vorgenommen: Nur wenn das vorrangige Ziel der Preiswertstabilität nicht gefährdet ist, soll sie die allgemeine Wirtschaftspolitik unterstützen. Damit ist eine Situation vorstellbar, in der sich die Mitgliedstaaten der EU auf politischer Ebene einigen und versuchen - z.B. durch Programme zur Stärkung der Nachfrage - die wirtschaftliche Konjunktur anzuregen. Da die EZB nicht verpflichtet ist die wirtschaftspolitischen Linien der Mitgliedsstaaten zu unterstützen, könnte sie einer derartigen Politik durch eigene Maßnahmen zur Stabilisierung oder Senkung der Inflationsrate etc. entgegenwirken.

Auch das Verbot von Notenbankkrediten behindert eine antizyklische Wirtschaftspolitik, mit der der Staat in Krisenzeiten - beispielsweise durch Kredite - Maßnahmen unterstützt, die zur Steigerung der Nachfrage dienen und damit die Konjunktur ankurbeln. In einer besseren wirtschaftlichen Situation würden die aufgenommenen Kredite dann zurückgezahlt. Für die Durchführung derartiger kreditfinanzierter Ausgabenprogramme bietet die jetzige Gestaltung der EZB jedoch kaum Spielraum. Damit sind die Staaten bzw. die EU selbst auf die Kreditaufnahme am Kapitalmarkt angewiesen, was die Zinslast drastisch ansteigen läßt. Die alte Kritik an der Konstruktion der deutschen Bundesbank im Hinblick auf die kaum gegebene demokratische Kontrolle, trifft auf die EZB daher noch einmal in viel stärkerem Maße zu.

Positive Regulierungen wurden nur dort etabliert, wo dies im Sinne einer neoliberalen Wirtschaftspolitik angebracht erschien. Ein gutes Beispiel dafür stellt die europäische Wettbewerbspolitik dar. Besonders zwei Elemente der Beschäftigungsförderung, die nicht mit einer Politik für mehr Beschäftigung vereinbar sind, sind in diesem Zusammenhang zu nennen: Die Behandlung staatlicher Monopole und die Beihilfenkontrolle. Im Rahmen der neoliberalen Ideologie sollen staatliche Beihilfen für die Wirtschaft möglichst vermieden werden. Dieses Prinzip behindert sektorale (auf Branchen bezogene), aber auch regionale Strukturpolitik massiv. Im Rahmen der Diskussion über die Agenda 2000 stehen auch die Beihilfen der Nationalstaaten wieder auf der Tagesordnung. Angestrebt wird eine stärkere Übereinstimmung zwischen den Regionen, die

Zuwendungen aus Mitteln der EU-Strukturpolitik bekommen, und den nationalen Förderregionen. Die Zielsetzung, nationale Subventionswettläufe zu unterbinden, ist zwar sehr sinnvoll. Starre Regelungen, wie in diesem Fall angedacht, können der Sache aber eher schaden, als nützen. Eine neue Regulierungslogik, die insgesamt von Konkurrenzwettläufen wegführt, wäre das adäquatere Mittel.

Welche beschäftigungspolitischen Effekte der kommissionsseitige Kampf gegen staatliche Monopole hat, ist schwer einzuschätzen. Neben negativen Effekten auf die Umwelt sind auch negative Effekte auf die Beschäftigungssituation nicht auszuschließen. Die Behandlung staatlicher Monopole ist aber zumindest auch ein weiteres gutes Beispiel, wie mit Hilfe des europäischen Integrationsprozesses die Neustrukturierung des Kapitals in Folge der Fordismuskrisis gefördert wurde.

Neben diesen negativen Rahmensetzungen für eine Beschäftigungspolitik auf nationalstaatlicher Ebene fällt die fast vollständige beschäftigungspolitische Untätigkeit der europäischen Ebene selbst auf. Lediglich der EU-Sozialfonds, mit dem klassische arbeitsmarktpolitische Maßnahmen gefördert werden, sowie die Strukturpolitik, die neben den Vorrang beabsichtigten angebotsseitigen Effekten auch Arbeitsplätze mit sich bringt, sind zaghafte Ansätze einer gemeinsamen europäischen Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik.

Versuche, vor allem seitens der französischen Linksregierung, der Beschäftigungspolitik in der EU einen höheren Stellenwert einzuräumen, sind bisher immer - vor allem auf Betreiben der ehemaligen deutschen Bundesregierung - gescheitert. Die beschäftigungspolitischen Beschlüsse von Amsterdam und Luxemburg beinhalten größtenteils unverbindliche Erklärungen. Beispielhaft soll auf ein Highlight des Luxemburger Beschäftigungsgipfels verwiesen werden: Es wurde beschlossen, allen arbeitslosen Jugendlichen, die noch keine eigenen Sozialversicherungsansprüche erworben haben, nach 6 Monaten eine Wiedereingliederungsmaßnahme anzubieten. Dazu zählen u.a. auch Beratungsgespräche. Ansonsten betonten die Mitgliedstaaten ein weiteres Mal, wie wichtig ihnen der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit sei und verzichteten in diesem Zusammenhang auch nicht darauf, erneut zu betonen, wie wichtig doch Projekte wie Binnenmarkt und EWWU in diesem Zusammenhang seien.

Mit der Formulierung der Ziele für die deutsche Ratspräsidentschaft hat die Regierung Schröder zumindest noch einmal verdeutlicht, daß Europa auch im Bereich der Beschäftigungspolitik eine zentrale Rolle einnehmen muß. Die Ausgangsbedingungen für die Etablierung einer neuen Regulierungslogik auf europäischer Ebene haben sich durch Veränderungen in der politischen Landschaft zumindest formal verbessert: In fast allen europäischen Ländern sind SozialistInnen an der Regierung oder zumindest daran beteiligt. Vieles wird nur davon abhängen, wie sich die rot-grüne Bundesregierung europapolitisch positionieren wird. Den europapolitischen Politikwechsel in Richtung auf den sozialen und ökologischen Umbau der Industriegesellschaft, wird es von alleine sicherlich nicht geben. Für Jusos wird es daher - nicht nur mit Blick auf den bevorstehenden Wahlkampf - nötig sein, eine beschäftigungspolitische Gesamtstrategie zu erarbeiten, die auf die beschriebenen, und nicht mehr ohne weiteres rückgängig zu machenden Strukturveränderungen Rücksicht nimmt, um so sinnvoll in die stattfindende europapolitische Positionierung der Partei eingreifen zu können. Konzepte, die ausschließlich auf der nationalstaatlichen Ebene ansetzen, werden daher den Realitäten nicht mehr gerecht. Gleichzeitig steht eine Straffung der vielen politischen Hierarchien und Handlungsebenen etwa durch die Schaffung eines europäischen Bundesstaates mittelfristig nicht an, obgleich dies unser politisches Ziel ist. Dafür sind nicht nur die Interessen der handelnden Akteure viel zu widersprüchlich. Schon alleine die höchst unterschiedlichen ökonomischen Entwicklungsniveaus der Mitgliedstaaten lassen eine vollständige Europäisierung mittelfristig unrealistisch erscheinen. Die Nationalstaaten werden also erst einmal die wichtigste Regulationsebene bleiben.

1.2. Europas Akzeptanzprobleme

Das Hauptproblem im Bereich der europäischen Politik liegt in der geringen Verankerung europapolitischer Themen in der Bevölkerung. Hierbei spielen verschiedene Faktoren eine Rolle. Zum einen führt die geringe Entscheidungskompetenz des Europäischen Parlamentes (EP) dazu, dass die BürgerInnen diese Gremium nicht als eines wahrnehmen, in dem relevante Themen verhandelt und

entschieden werden. Darüber hinaus führt die Größe der zu betreuenden "Wahlkreise" für den einzelnen Abgeordneten zu einer relativen "Bürgerferne". Als drittes kommt erschwerend hinzu das der Bundestag üblicherweise keine Entscheidungskompetenz dazu hat, die Entscheidungen der Bundesregierung innerhalb des europäischen Rates zu kontrollieren. Dies führt in der Konsequenz dazu, daß die Ebene, die als die zentrale politische Ebene von den BürgerInnen wahrgenommen wird (der Bundestag), selten über europapolitische Fragen diskutiert . In der Auseinandersetzung um die Einführung des Euro in der BRD hat eine öffentlich geführte Debatte, die auch von den Parteien mitgestaltet wurde, dazu geführt, daß der direkte Zusammenhang zwischen der Lebenssituation der Menschen und anstehenden politischen Entscheidungen unmittelbar erkennbar wurde. Die direkte Verknüpfung des Themas Euro mit dem bestehenden Problem der Massenarbeitslosigkeit war hierbei noch einmal zusätzlich hilfreich.

Für die weitere Arbeit in diesem Bereich ergibt sich für uns hieraus die Notwendigkeit einer Reform der Institutionen, die diese für die Menschen durchschaubarer macht. Darüber hinaus wäre auch eine Konzentration auf die ökonomisch unmittelbar relevanten Themenfelder wünschenswert. Dafür müssen wir uns auf die Politikfelder konzentrieren, die durch ihren unmittelbaren Zusammenhang mit der Lebenssituation (Beschäftigung) der Menschen und der uns in diesen Bereichen zugesprochenen Kompetenz geeignet sind Ausgangspunkt für ein sozialistisches Gesamtkonzept zu sein. Die Politikfelder Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik sind somit notwendige Ausgangspunkte für eine insgesamte sozialistische Hegemoniefähigkeit.

1.3 Politische Rahmenbedingungen

Durch die Wahlen die in den letzten 20 Monaten in Ländern der EU stattgefunden haben, schienen sich die Kräfteverhältnisse im europäischen Rat erheblich verschoben zu haben. Die Auswirkungen auf die vereinbarten Politiken sind allerdings bisher nur in Einzelfällen zu erkennen. Dies ist neben der unveränderten Rolle der Europäischen Kommission und des Parlaments im wesentlichen auf die unzureichende Abstimmung der sozialistisch / sozialdemokratischen Akteure auf der europäischen Ebene zurückzuführen. So ist z.B. ein gemeinsames Verständnis der EWWU und ihrer möglichen Nutzung für den Abbau der Massenarbeitslosigkeit unter den europäischen SozialistInnen immer noch in weiter Ferne. Aufgrund der unzureichenden Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments und der nationalen Parlamente ergibt sich auch auf diesem Weg keine kontinuierliche oder auch nur auf strategische Hauptziele ausgerichtete Zusammenarbeit der verschiedenen sozialistischen / sozialdemokratischen Fraktionen und ihrer Abgeordneten. Darüber hinaus käme es für die Zukunft innerhalb der SPE darauf an zu einer (zumindest für die Schlüsselfelder europäischer Politiken) gemeinsamen Analyse der Hauptprobleme zu kommen und eine gemeinsame Strategie für die sozialdemokratischen Akteure auf den verschiedenen Ebenen zu entwickeln.

Eine so erarbeitete sozialistische Politik wäre darüber hinaus auch in der Lage an Hand weniger bestimmender Elemente (Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung, Demokratisierung, Angleichung der Lebensverhältnisse, ökologisch sozialer Umbau) wesentlich hegemoniefähiger in der Bevölkerung zu werden und zu einer stärkeren Polarisierung zwischen den verschiedenen ideologischen Ansätzen in der Europapolitik beizutragen. Insbesondere letzteres könnte auch ein Verständnis für die Schlüsselauseinandersetzungen innerhalb der EU fördern.

2. Anforderungen und Handlungsfelder

2.1 Wirtschafts und Beschäftigungspolitik

Die Herausforderungen und Erwartungen, die sich mit dem Wandel in der politischen Landkarte Europas ergeben sind groß: Ziel ist mehr denn je, die Abkehr von der neoliberalen Politik zu vollziehen und damit den Weg für ein europäisches Sozialstaatsmodell frei zu machen. Eine richtungsweisende und abgestimmte Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik in Europa ist dabei unabdingbar. Dies zumal mit dem 1.1.1999 und der Einführung des EURO der Binnenmarkt weitgehend vollendet ist und somit neue Rahmenbedingungen für wirtschaftspolitisches Handeln

geschaffen worden sind. Eine linke Europapolitik der muß sich daran messen lassen, wie sie sich den folgenden Themen stellt:

2.1.1. Wirtschaftspolitische Grundsätze und Koordinierung

Erste Voraussetzung für eine europäische Integration ist eine neue "Wertorientierung der Wirtschaftspolitik": Weg von der europäischen Wachstums- und Standortpolitik hin zu einer sozialen, beschäftigungsorientierten und ökologischen Politik im Rahmen eines so zu definierenden europäischen Staatenmodells. Dies bedeutet in erster Linie also gemeinsames Agieren gegen den gemeinsamen Feind: die Arbeitslosigkeit.

Wir unterstützen daher den Vorschlag des französischen Ministerpräsidenten Jospin nach einer "europäischen Wirtschaftsregierung".

Darin fordert er die Entwicklung gemeinsamer politischer Leitziele und die Abstimmung der nationalstaatlichen Wirtschaftspolitiken. Die Abstimmung der Wirtschaftspolitiken hätte eine Koordinierung und effiziente Verzahnung vieler politischer Ebenen - der europäischen, der nationalstaatlichen aber auch regionalen Ebenen - auf bestimmte vorher festgelegte Ziele zur Voraussetzung (Mehrebenenregulation). Keineswegs wäre also in einem Europa nach diesem Modell nationalstaatliche und regionale politische Regulierung verzichtbar oder würde einfach "nach oben delegiert".

2.1.2. Beschäftigungsfördernde Politik - Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit

Das faktische Scheitern des Luxemburger Beschäftigungsgipfels und das damit verbundene Scheitern einer europäisch koordinierten wirksamen Beschäftigungspolitik zeigt deutlich, daß das Ziel der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit nicht das handlungsleitende Motiv für eine europäische (Integrations-) Politik ist, denn in der Vergangenheit waren die Leitziele der Integration vor allem an wirtschaftspolitischen Belangen orientiert, zunehmend auch angereichert mit Verteidigungs- und außenpolitischen Belangen.

Arbeit in Europa

Rund 20 Millionen Menschen sind europaweit ohne Erwerbsarbeit; das führt nicht nur zur sozialen Konflikten und persönlichen Leid, sondern hat auch Budgetdefizite der einzelnen Staaten zur Folge, die eine sinnvolle Politik in vielen Bereichen stark erschweren.

Die Beschlüsse von Amsterdam und Luxemburg ermöglichen es der Europäischen Union zwar nun endlich, eine koordinierende Funktion in der Arbeitsmarktpolitik wahrzunehmen, doch müssen diesem ersten Schritt unbedingt weitere Schritte folgen. In Zeiten der Globalisierung kann ein Abbau der Massenarbeitslosigkeit nur auf internationaler - und das heißt zunächst: auf europäischer Ebene erreicht werden.

Die Europäische Zentralbank muß eng mit den demokratischen Institutionen und den wirtschaftspolitischen Entscheidungsträgern der Union zusammenarbeiten.

Priorität europäischer Wirtschaftspolitik muß die Bekämpfung der Massenerwerbslosigkeit werden.

Ziel muß ein radikaler ökologischer Umbau unseres Wirtschaftssystem sein, um der globalen Verantwortung Europas gerecht zu werden. Die Aufnahme des Sozialkapitels in den EU-Vertrag war ein wichtiger Schritt. Die vereinbarten europäischen Kompetenzen in der Sozialpolitik sind konsequent anzuwenden. Die EU muß zu einer Sozialunion ausgebaut werden, bei der die Arbeitsbeziehungen und die sozialen Sicherungssysteme auf höchstmöglichen Niveau zu vereinheitlichen sind. Priorität muß dabei die Gleichstellung von Frau und Mann haben.

2.1.2.1 Das Ziel Vollbeschäftigung neu angehen

Eine neue Beschäftigungspolitik für Europa hat sich trotz oder gerade wegen der Massenarbeitslosigkeit am den Ziel der Vollbeschäftigung orientieren. Vollbeschäftigung muss allerdings einer neuen Definition unterzogen werden und sich nicht an dem männlichen Normalarbeitsverhältnis orientieren. Vollbeschäftigung neu zu bestimmen beinhaltet, dass jede arbeitswillige Person Zugang zu existenzsichernder Erwerbsarbeit haben muss, in der er/sie seine/ihre

produktiven Fähigkeiten entwickeln kann, dass die Erwerbs- und Reproduktionsarbeit zwischen Männern und Frauen gleich verteilt wird, und dass Arbeitsplätze geschaffen werden, die ökonomisch sinnvoll und ökologisch verträglich sind.

Es ist zwar ein Erfolg, die Frauenerwerbsquote in den letzten Jahren gesteigert zu haben, gleichzeitig jedoch ist die Arbeitslosigkeit von Frauen in Europa besonders stark angestiegen und liegt im Durchschnitt über der der Männer. Zudem ist das tatsächliche Ausmaß der Frauenerwerbslosigkeit in den allen Mitgliedsstaaten der EU noch höher, da amtliche Statistiken nur die registrierten Arbeitslosen erfassen, überdurchschnittlich viele Frauen aber in Anbetracht der Arbeitsmarktlage bereits resigniert haben und so in der Statistik gar nicht erst auftauchen, sondern als "stille Reserve" auf die nächste Phase der Überakkumulation warten.

Der weiter fortlaufende Strukturwandel und durch die EWU beschleunigte Anpassungsprozess wird ein übriges dazu beitragen, dass Frauen aus dem Erwerbsleben gedrängt werden, denn sie sind es, die zuerst entlassen werden, obwohl sie im Schnitt eine höhere Qualifikation haben. Und dies liegt nicht nur daran, dass sie wegen ihres Geschlechts diskriminiert werden, sondern auch daran, dass der Arbeitsmarkt sich immer stärker aufspaltet.

An der Schwelle zum 21. Jahrhundert wird Europas Gesellschaft durch Klasse und Geschlecht genau festgelegt. Frauen sind daher meist in doppelter Art benachteiligt, nämlich sowohl durch Klasse als auch durch Geschlecht. Eine linke Beschäftigungspolitik muss sich - insbesondere vor diesem Hintergrund - nicht nur an der Zahl der zusätzlich geschaffenen Arbeitsplätze messen lassen, sondern auch, inwiefern es gelingt Frauen in gesicherte und qualitativ hochwertige Beschäftigungsverhältnisse zu bringen. Die im Vergleich zu der männlichen Erwerbslosigkeitsquote höhere Frauenarbeitslosigkeit muss viel drastischer als bisher bekämpft werden.

Das Prinzip der gleichen Vergütung für die gleiche Arbeitsleistung ist längst noch nicht hergestellt trotz einer entsprechenden EU-Richtlinie und trotz der Verankerung in den Römischen Verträgen. Zudem sind Frauen in ganz Europa sehr stark in den Sektor der prekären Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt worden. Von Ausnahmen abgesehen, erfolgte die Ausweitung der Frauenbeschäftigung im niedrigen Dienstleistungsbereich und dies obwohl Frauen durchschnittlich höher und besser qualifiziert sind als Männer.

Als zentrales Problem stellt sich erwerbstätigen Frauen nach wie vor die der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Eine gleichberechtigte Aufteilung der Reproduktionsarbeit bzw. deren Vergesellschaftung ist in der gesamten EU in weiter Ferne, so dass als individuelle Lösungsstrategie der Ausweg der Teilzeitbeschäftigung gewählt wird, gleichwohl damit eine Reihe von Nachteilen für die Beschäftigten verbunden sind, wie der Verzicht auf eigenständige Existenzsicherung, Verzicht auf Aufstiegschancen, Erhöhung der Arbeitsintensität und Verlust sozialer Sicherung, was sich spätestens in Form von Altersarmut äußert. Ein nicht unwesentlicher Teil der in Teilzeit beschäftigten Frauen würde einen Vollzeitarbeitsplatz bevorzugen; dem stehen aber fehlende Angebote auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie die unvergesellschaftete Reproduktionsarbeit entgegen.

Der durch Teilzeit bedingte geringerer Verdienst von Frauen verstärkt die Vermögensungleichheiten zwischen Männern und Frauen, zuungunsten der Frauen weiter.

Die Teilhabe von Frauen am Erwerbsleben hängt von einer gesamtsozialstaatlichen Einbettung ab. Eine Reihe von arbeits- und sozialrechtlichen Regelungen sind notwendig, um Arbeitszeiten europaweit frauenorientiert zu regeln, die Durchsetzung des Lohngleichheitsgebots durchzusetzen und ein Sozialstaatsmodell zu etablieren, welches die Interessen von Frauen aufgreift. Ein Mindestangebot an sozialen Dienstleistungen muss europaweit abrufbar sein, um einen ersten Beitrag zur Vergesellschaftung der Reproduktionsarbeit zu leisten. Hierzu gehört ein hohes Angebot an Kinderbetreuungsmöglichkeiten, wie es in Skandinavien und Italien gegeben ist. Wichtig ist eine Regelung, die beide Erziehungsberechtigten dazu verpflichtet, je die Hälfte des Erziehungsurlaubs zu nehmen. Geschieht das durch eine(n) Erziehungsberechtigte(n) nicht, verfällt seine Hälfte Erziehungsurlaub ersatzlos. Alleinerziehende behalten ihr volles Anrecht auf Erziehungsurlaub. Wichtig ist daneben die finanzielle Absicherung dessen.

Die Öffnung des Arbeitsmarkt im Zuge des Binnenmarktes bzw. der Ausweitung des Binnenmarktes durch die EU-Erweiterung betrifft Frauen stärker negativ als positiv. Denn eingebunden in die traditionelle geschlechtsspezifische Arbeitsteilung ist die Möglichkeit der Mobilität und grenzenlosen Flexibilität für Frauen nur eine Schimäre. Die mangelnde Absicherung von Frauen in den europäischen Sozialstaatsmodellen erschwert eine entsprechende Mobilität ungemein.

Um gerade auch für Frauen gesicherte Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen, sind vor allem die ökonomischen Rahmenbedingungen zu verändern. Eine 50%ige Frauenquote muss bei allen Entscheidungen Berücksichtigung finden.

2.1.3. Ansatzpunkte für eine europäische Wirtschafts- und Beschäftigungspolitik aus unserer Sicht

Zur ernstgemeinten Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit ist allerdings eine in weiten Teilen auf das beschäftigungspolitische Ziel ausgerichtete europäische Politik vonnöten, die die verschiedensten Politikbereiche betrifft. Dabei kann es nicht darum gehen, sämtliche Kompetenzen und Instrumente einer nationalen beschäftigungspolitischen Strategie komplett auf die europäische Ebene zu verlagern. Faktisch muß damit einerseits einer auf mehreren Ebenen (Kommune, Region, Land, Nationalstaat, Europa) angesiedelten und mit unterschiedlicher Macht- und Entscheidungsfülle ausgestatteten und im Nachkriegseuropa betriebenen Politik Rechnung getragen werden. Andererseits muß jedoch vor allem das Verhältnis zwischen Politik und Ökonomie geändert werden: Die neoliberale Politik hat ökonomischen Belangen und Interessen eine große Dominanz zugestanden und damit politische Maßnahmen zum Abbau des Sozialstaates und arbeitsrechtliche Schritte durch emotionalisierte Debatten um Globalisierung etc. gerechtfertigt. Diese Dominanz des Ökonomischen muß zugunsten einer Wiedergewinnung eines politischen Steuerungswillens und damit verbundenen Entscheidungsmacht aufgegeben werden.

a) Wirtschaftspolitische Koordinierung, Geld- und Zinspolitik auf europäisch

Erste Ansätze einer wirtschaftspolitischen Koordinierung müßten die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit zum vordringlichsten Ziel der gemeinschaftlichen Politik machen. Wichtig wäre dabei einerseits die Festlegung von quantifizierbaren und dadurch kontrollierbaren Zielvorgaben, was auch die Möglichkeit von Sanktionen bei Verstoß beinhalten müßte. Andererseits stehen gerade die im Maastrichter Vertrag festgelegten Konvergenzkriterien dem Ziel der Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit entgegen, weil sich die damit verfolgte Geldpolitik ausschließlich am Ziel der Geldwertstabilität orientiert. Dies betrifft notwendigerweise auch die bisherige neoliberale Fiskalpolitik. Notwendigerweise muß es hier zu einem Paradigmenwechsel kommen, der grundsätzlich Spielräume für eine an wirtschaftlichen Phasen und Bedarfen (antizyklische) ausgerichtete Politik beinhaltet. Schritte in die richtige Richtung müssen daher eine Revision des Stabilitätspakts im Sinne einer um die beschäftigungspolitischen Ziele erweiterten Währungsunion und eine Neuausrichtung der Zielvorgaben der EZB zum Ziel haben.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Vorteile, die eine abgestimmte Politik für die Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte beitragen könnte. Die Auswirkungen von Währungsspielereien und die fahrlässige Nichtbeachtung gefährlicher Tendenzen in der EU selbst (1992 waren Großbritannien und Italien davon betroffen und mußten aus dem europäischen Wechselkursystem austreten), am Beispiel Asien und Brasilien haben in den letzten Jahren gezeigt, welche Auswirkungen diese finanzwirtschaftlichen Krise auf realwirtschaftliche Prozesse haben können. So könnte auf europäischer Ebene eine Steuer auf spekulative Kapitalbewegungen und -einkünfte (Tobin-Tax) eingeführt und notfalls durch Kapitalverkehrskontrollen (falls die anderen relevanten Weltregionen sich nicht anschließen sollten) ergänzt werden.

Nach dem Zusammenbruch des Finanzsystems in den asiatischen Tigerstaaten ist wieder einmal deutlich geworden, dass hochflexible und liberalisierte Kapitalmärkte schwere wirtschaftliche und politische Gefahren bergen.. Griff bei dem Zusammenbruch der Tigerstaaten der IWF mit der Vergabe von Krediten ein, so konnte der Zusammenbruch des südostasiatischen Wirtschaftsraums nicht verhindert werden. Dieser Dominoeffekt schwächte auch merklich die Märkte in Rußland, Japan und den USA. Die Verwundbarkeit der internationalen Finanzsysteme wurde hierbei wieder einmal mehr als deutlich. Bislang sind die Folgewirkungen auf die europäische Wirtschaft mäßig geblieben, aber das wird sich ändern, denn die Gefahr einer ernsthafteren Ansteckung ist noch nicht vorbei.

Während eine Reorganisation des internationalen Finanzsystems, und damit einhergehend eine strategische und demokratische Neukonzeption des IWF, ein langfristiges Ziel darstellen, muss nach Instrumenten gesucht werden, welche die EU kurzfristig gegen drohende finanzielle Erschütterungen

schützen können. Diese müssen über einen protektionistischen Ansatz hinaus als Schritte in Richtung auf eine engere globale Koordinierung und die Errichtung eines neuen weltweiten Finanzsystems konzipiert werden.

Allerdings bleibt festzuhalten: Fundamentalen Währungsspekulationen kann mit einer notwendigerweise niedrigen Transaktionsgebühr aber nicht angemessen begegnet werden. Wenn spekulative Kapitalflüsse von dritten Ländern oder Kapitalfluß in dritte Länder für das Funktionieren der EWWU gefährlich werden, kann die EU effektive Maßnahmen ergreifen. Dies schließt auch administrative Beschränkungen für Kapitalimporte oder -exporte ein, allerdings nur für sechs Monate (die aber wiederholt werden können). Es gilt, der Finanzwelt seitens der EU eindeutig klar zu machen, dass sie entschlossen ist, strikte Kapitalverkehrskontrollen zu verhängen, wann immer dies notwendig werden sollte.

Es ist eine gemeinsame europäische Wirtschafts- und Währungspolitik zu konzipieren, die über die Grenzen der Teilnehmerstaaten der EWU und der EU hinaus geht. Die derzeitige kreditpolitische Bevorteilung der osteuropäischen EU-Anreinerstaaten seitens des IWF bietet keine Perspektive für eine gleichberechtigte gesamteuropäische Entwicklung. Auch mit der Ost-Erweiterung der EU und der Aufnahme der neuen Mitgliedsstaaten werden in Ost-Europa neue Grenzen gezogen. Dies muss so stark wie möglich verhindert werden

b) Steuerharmonisierung

Ein wichtiger Eckpfeiler ist weiterhin eine koordinierte und im europäischen Rahmen harmonisierte Steuerpolitik. Derartige Überlegungen wie z.B. Maßnahmen zur Angleichung der Umsatz- und Verbrauchssteuern oder der Unternehmensbesteuerung sind schon lange in der Diskussion. (Wir sind uns einig darüber, daß der Faktor Arbeit gleichmäßig belastet werden soll). Am weitesten sind die Fortschritte bei den Umsatzsteuern: wie zum Beispiel die Abschaffung kleinerer Verbrauchssteuern. Bedeutsamer wäre allerdings noch der Beitrag den europäische Steuern auf Kapitaleinkünfte und in der Unternehmensbesteuerung dazu leisten könnten, den Standortwettbewerb zwischen den verschiedenen europäischen Mitgliedsstaaten einzudämmen. In diesem Zusammenhang muß trotz einiger zu erwartender Schwierigkeiten auch eine Angleichung der Standards - nicht der Institutionen und Besonderheiten - der nationalen Sozialsysteme angestrebt werden. Auch dies bedingte eine Einigung auf ein "europäisches Sozialstaatsmodell".

c) Strukturpolitik

Die europäischen Strukturfonds sind der bedeutendste Politikbereich und politisches Instrumentarium der EU-Kommission und das bestimmende Element der Regional- und Strukturpolitik der EU. Seit der inhaltlichen Neubestimmung und finanziellen Aufstockung der Strukturfonds 1988 beruht die europäische Strukturpolitik auf 4 wesentlichen Prinzipien: Konzentration auf vorrangige Ziele, partnerschaftliche Umsetzung auf verschiedenen staatlichen Gliederungsebenen, Kofinanzierung der Maßnahmen (die Mittel werden nur als zusätzliche Mittel zu nationalen und regionalen Beiträgen gewährt) sowie Einbettung der geförderten Projekte in umfassende Entwicklungspläne. Die Finanzierung und Umsetzung europäischer Strukturpolitik erfolgt über vier Strukturfonds, also den zum größten Teil über Fonds für regionale Entwicklung (EFRE), dann die europäischen Sozialfonds (ESF) sowie die Agrar- und Fischereifonds (EAGFL, FIAF). Diese Fonds vereinigen zusammen bisher ca. 152 Mrd. Euro auf sich. Sie Strukturfonds haben zur Aufgabe, die Lebensbedingungen der europäischen Bevölkerung anzugleichen und zu verbessern. Hinzukommen die sogenannten Gemeinschaftsinitiativen, die zur Lösung spezieller Probleme aufgelegt worden sind (z.B. ADAPT, KONVER etc.). In Deutschland haben die europäischen Strukturfonds mittlerweile hinsichtlich der Förderkulisse (geförderte Gebiete) und der Mittelumfanga ein größeres Gewicht erlangt, als das nationale System zur Regionalförderung ("Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" GRW) und sind damit aus der deutschen Regional- und Arbeitsmarktpolitik nicht mehr wegzudenken.

Die Erfolge vieler Maßnahmen sollen nicht bestritten werden, gleichwohl: die regionalen Disparitäten zwischen den verschiedenen europäischen Regionen sind nach wie vor sehr groß, der Abstand zwischen den ärmsten und den bestgestellten Regionen hat sich weiter vergrößert und auch die Lage auf dem Arbeitsmarkt hat sich verschärft. Dies hat auch Mängel im System der Strukturpolitik aufgezeigt: Die Gemeinschaftsinitiativen, die ursprünglich als flexibles Mittel gedacht waren, erhöhen die Verwaltungsaufgaben drastisch und die vorgegebenen Ausgabenziele wurden oft bei weitem nicht erreicht, weil viele Regionen nicht in der Lage waren, auch nur geringe Eigenanteile aufzubringen. Neben diesen offensichtlichen Mängeln sieht auch die Agenda 2000 (die auch für die Osterweiterung der EU steht) eine Reform der Strukturfonds vor. Dabei soll das finanzielle Volumen der Fonds auf 0,46 % des europäischen Bruttosozialprodukts beschränkt bleiben. Gleichzeitig soll das bisherige System der regionalen Förderung umgebaut werden, daß nicht mehr wie bisher 51,6% der europäischen Bevölkerung in Förderregionen leben. Dies liegt an der Reduzierung der bisherigen Ziele.

Die Entscheidung über die Vergabe von Mitteln muß von der staatlichen auf die regionale Ebene umgelegt werden. Die Möglichkeit des Einziehens von Mitteln muss dabei an Kriterien gebunden sein. Dabei ist es notwendig nicht nur wirtschaftliche, sondern auch soziale (z.B. Frauenanteil im Berufsleben/Umweltsituation) und kulturelle (Bildung/Theater/Kino) Indikatoren zu berücksichtigen. Der vieldiskutierte Ansatz des mainstreaming ist unbedingt zu stärken. Mainstreaming muss als innovative Handlungsmaxime begriffen werden, die bei allen Entscheidungen die Gleichberechtigung von Frauen und Männern zum (Neben-)Ziel hat.

Der Einsatz der Mittel darf sich ebenfalls nicht nur auf die Bereiche Infrastruktur, Energie, Industrie und andere "Produktivfaktoren" beschränken, sondern muß sich verstärkt auch der Förderung der sozialen Bindungen widmen.

Voraussetzung für eine funktionierende Strukturpolitik ist eine höchstmögliche Transparenz der Entscheidungs- und Förderungsstrukturen.

Ein richtiger Schritt in die richtige Richtung war es, mit den Europäischen Strukturfonds den Problemen bestimmter Bevölkerungsgruppen und insbesondere denjenigen Frauen im Hinblick auf Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt entgegenzuwirken. Konkrete Maßnahmen beziehen sich auf die Gruppe der Berufsrückkehrerinnen und auf eine Erweiterung des Berufsspektrums von Frauen. Bei der Neudefinition der Ziele der Strukturpolitik ist einer angemessenen Frauenförderung Rechnung zu tragen. Anforderungen von Frauen an strukturpolitische Maßnahmen müssen in den Kriterienkatalog einfließen.

Gelder aus den Struktur- und Regionalfonds müssen gezielt an Frauenprojekte und Unternehmen vergeben werden, welche mit Quotierungsregelungen und Frauenförderplänen Frauen auf allen Hierarchieebenen fördern. Es braucht außerdem einen weitaus höherem Mitteleinsatz in der Strukturpolitik, um die Integration von Frauen in den Erwerbssektor hierüber voranzubringen.

Durch den Abbau der Förderkulisse werden den Mitgliedsstaaten und den dortigen Regionen Spielräume für regionale und arbeitsmarktpolitische Aktivitäten genommen. Diese Maßnahmen erachten wir als schädlich. Es wäre im Gegensatz dazu dringend geboten, die Mittel aufzustocken. Unbestritten ist jedoch eine Straffung des Systems und ein zielgenauer Einsatz der Mittel sinnvoll. Dabei müßte es stärker als bisher gelingen zu einem Gleichgewicht aus zentralen und dezentralen Steuerungssystem überzugehen. Zentral an der Frage einer europaweit abgestimmten Beschäftigungs- und auch branchenbezogenen bzw. clusterorientierten Politik, in deren Dienst die europäischen Strukturfonds stärker als bisher gestellt werden sollten und dezentral in Fragen der Finanzierung und regionalen Spielräume (z.B. bei der Subventions- und Beihilfenkontrolle), ohne freilich, daß damit nationalen Egoismen wie derzeit zu beobachten Tür und Tor geöffnet werden dürfte.

d) Gewerkschaftliche Handlungsmacht und industrielle Beziehungen

Während sich auf der einen Seite die Gewinne der Unternehmen in den letzten Jahren vervielfachten und die Gewinnsteuern gesenkt wurden, mußten die Beschäftigten, Betriebsräte und Gewerkschaften auf der anderen Seite als Ausfluß der neoliberalen Doktrin mit Reallohnsenkungen und anderen Einschnitten (Lohnfortzahlung im Krankheitsfall etc.) kämpfen. Dies führte zu einer starken

Schwächung der Kaufkraft und damit der Binnennachfrage in Deutschland. Neben den quantitativen Veränderungen sind aber gerade auch qualitative Veränderungen von erheblicher Bedeutung für die Beschäftigten: Die Ausbreitung des Konzernwesens, bei dem deutsche Unternehmen entweder von großen europäischen Konzernen aufgekauft werden oder dies umgekehrt selbst tun -mithin die gesamte Europäisierung der wirtschaftlichen Strukturen, sind zu einem großen Problem für die Mitbestimmungsmöglichkeiten in den Betrieben aber auch für die Gewerkschaften geworden. Hier ist einerseits die Ausweitung der Rechte (rechtlich gesicherte Mitbestimmungsmöglichkeiten etc.) der europäischen Betriebsräte (EBR) von Nöten sowie abgestimmte gewerkschaftspolitische Strategien auf europäischer Ebene.

e) Bündnisse für Arbeit

Ein wichtiger aber sehr problematischer Bereich in der Diskussion um eine Weiterentwicklung der europäischen Beschäftigungspolitik ist die Schaffung von sogenannten "Sozialen Pakten" (oder auch Sozial-, Beschäftigungs- und Wettbewerbspakte) sowohl in den einzelnen Mitgliedstaaten als auch auf europäischer Ebene. Problematisch deshalb, weil die nationalstaatlich organisierten und handelnden Gewerkschaften in Europa in ein massives Konkurrenzverhältnis gesetzt werden.

Kernpunkt dieser "sozialen Pakte" ist die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften. Für diese bedeutet das Eingehen eines solchen Paktes in erster Linie die Verpflichtung zu "moderaten", zurückhaltenden Lohn- und Tarifabschlüssen.

In der Formulierung der Europäischen Kommission werden die Sozialpakete konsequenterweise somit auch als "Vereinbarung der Sozialpartner, die zum Ziel haben, den Reallohnzuwachs auf einen Wert unterhalb des Produktivitätszuwachses abzusenken oder den Reallohnzuwachs im Vergleich mit Lohnsteigerungen der wichtigsten Handelspartner zu mäßigen" beschrieben.

Obwohl der Einstieg in eine "wettbewerbsorientierte" Lohn- und Tarifpolitik bereits in den 80er Jahren erfolgte - beispielhaft kann hier das Zugestehen von Öffnungsklauseln u.ä. angeführt werden (hier darf allerdings nicht vergessen werden, daß die Kräfteverhältnisse in den 80er/90er Jahren die Gewerkschaften massiv unter Druck setzten) - , wird nun eine solche Politik der Gewerkschaften durch die Schaffung ebendieser Pakte zum offiziellen Programm. Instrumente hierfür sind Lohnleitlinien oder auch allgemeine Bestimmungen zur Lohnzurückhaltung.

Ein weiteres Instrument zur Durchsetzung "moderater" Lohnabschlüsse ist auch die in einigen Staaten praktizierte Festlegung von sogenannten Lohnnormen, in denen explizit die Lohnentwicklung der Konkurrenzländer als Bezugsgröße genommen wird. Beispiel hierfür gibt es inzwischen innerhalb der Europäischen Union genug. Was noch viel schlimmer ist, ist dass diese Norm und damit auch die Logik, die dahinter steht, mittlerweile auch von weiten Teilen der europäischen Gewerkschaften akzeptiert wird.

In diesen bereits einigen Ländern abgeschlossenen Sozialpakten jedoch den Versuch zu sehen, die Konzertierung der 70er Jahre wiederzubeleben, muss jedoch verneint werden. Während in den 70er Jahren versucht wurde, die Gewerkschaften und deren Lohn- und Tarifpolitik in die makroökonomische Steuerung mit einzubinden, geht es bei den derzeitigen Sozialpakten lediglich um eine angebotsseitige Verbesserung der Wettbewerbsbedingungen - in erster Linie durch eine moderate Lohnpolitik.

Dafür, dass aber auch eine andere Politik möglich ist, gibt es inzwischen auch Beispiele.

Zu nennen ist hier das Gutachten des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen der österreichischen Sozialparteien. In diesem Gutachten, Gegenstand sind mögliche wirtschaftspolitische Handlungsspielräume angesichts der EWWU, wird zum einen auf die Möglichkeiten einer produktivitätsorientierten Lohn- und Tarifpolitik hingewiesen, zum anderen aber auch auf die Bedeutung einer solchen Politik für die zukünftige (wirtschaftliche) Entwicklung. Zu nennen sind aber auch Äußerungen aus Deutschland, z.B. von Heiner Flassbeck, über die Notwendigkeit einer produktivitätsorientierten Lohnpolitik und über das Ende der Bescheidenheit.

Insbesondere von der IG Metall wurde die Umverteilungskomponente in die tarifpolitischen Auseinandersetzungen gelegt. Wir begrüßen dies und fordern Initiativen und Aktionen, die eine stärkere Koordinierung der europäischen Tarifpolitik darstellen.

Eine der wichtigsten weiterzuentwickelnden Initiativen ist die in der "Erklärung von Doorn" festgeschriebene Kooperation der belgischen, luxemburgischen, deutschen und niederländischen Gewerkschaften. In dieser Erklärung sind erstmals konkrete Orientierungspunkte für eine transnational zu koordinierende Tarifpolitik aufgeführt: Ziel der Gewerkschaften ist es hiernach, ein tarifliches "ABSCHLUSSVOLUMEN" zu erreichen, das der Summe aus Preisentwicklung und Steigerung der Arbeitsproduktivität entspricht. Zum einen wird damit die Stärkung der Massenkaukraft angestrebt, zum anderen sollen auch Initiativen zur Beschäftigungssicherung Bestandteil der tariflichen Abschlüsse sein.

Sinn und Zweck dieser lohn- und tarifpolitischen Formel ist es, für die Gewerkschaften eine klare aber länderbezogene Richtgröße für die lohnpolitische Orientierung zu geben, die das Ziel verfolgt, "eine von den Arbeitgebern gewollte Unterbietungskonkurrenz bei den tariflichen Einkommen zwischen den betroffenen Ländern zu verhindern".

2.2 Demokratisierung

Der zunehmenden politischen Bedeutung der europäischen Ebene für die BürgerInnen in den Mitgliedsländern der EU steht eine äußerst rudimentär ausgeprägte Legitimation der handelnden Organe gegenüber. Mag die prinzipielle Ferne der Europäischen Ebene für die BürgerInnen noch geographisch erklärbar sein, so ist die fehlende Kommunikation der Entscheider mit den Betroffenen in Anbetracht heutiger medialer Kommunikationsmöglichkeiten nicht akzeptierbar. Durch die fehlende Verständigung und Diskussion im Vorfeld fehlt es nicht nur oftmals an Akzeptanz des jeweiligen Handelns, es fehlt letztlich auch die Legitimation. Besonders deutlich wird dies an der Frage des Gesetzgebers: Die Rahmenverträge der EU als Grundlage (nicht Verfassung, die EU ist kein Staat) der europäischen Politik wie z.B. der "Vertrag über die Europäische Union" werden zwar von den Mitgliedsstaaten jeweils nach einer Volksabstimmung oder einer Abstimmung in den nationalen Parlamenten ratifiziert. Die konkrete Umsetzung der europäischen Leitlinien erfolgt jedoch in den Rechtsakten (Verordnungen oder Richtlinien genannt), die unmittelbar oder mittelbar Gesetzeskraft erlangen und somit geltendes Recht werden. Diese sind nur zum Teil ein Produkt aus der Zusammenarbeit der beiden mit Gesetzgebungskompetenzen ("Mitentscheidungsrecht in der Gesetzgebung", d.h. beide Gremien dürfen keine Gesetzesentwürfe vorlegen und haben kein Initiativrecht! Dieses obliegt der Kommission.) ausgestatteten Gremien: dem Rat und dem zumindest von der europäischen Bevölkerung noch gewählten Parlament. Dies führte schon häufiger zu Verordnungen und Richtlinien, die sehr weit weg von den Interessen der Bürgerinnen und Bürger Europas lagen. Positiv ist daher, daß dem europäischen Parlament seit 1986 immer neue Rechte zuerkannt werden. So ist erst im Vertrag von Amsterdam das Mitentscheidungsverfahren in der Gesetzgebung auf weitere Bereiche ausgedehnt worden. Dies bedeutet, daß ohne die Zustimmung des Parlamentes keine Verordnungen oder Richtlinien mehr erlassen werden können. Jede Zunahme der Entscheidungskompetenzen des Europaparlaments - auch die durch den Maastrichter Vertrag erreichten - ging einher mit einer Verkomplizierung der Rechtsetzungsverfahren. Spätestens mit der Schaffung des neuen Mitentscheidungsverfahrens und der Einrichtung des Vermittlungsausschusses ist die EU-Rechtsetzung vollends undurchschaubar für die interessierte Öffentlichkeit geworden. Die Eingriffsmöglichkeiten für EuropaparlamentarierInnen, nationale Ministerien, die Brüsseler Verwaltung und Lobbyisten sind weiter gestiegen, öffentliche Kontrolle ist unmöglich geworden, zumal die Medien keine Versuche unternehmen, auch nur einzelne Entscheidungen transparent zu machen.

Allerdings ist eine zügige Erweiterung der Kompetenzen des einzigen durch die Bevölkerung legitimierten Gremiums weiterhin geboten, um die demokratische Transparenz der europäischen Politik zu vergrößern.

Dies führt unwillkürlich zu einer Vormachtstellung der großen Mitgliedsstaaten, die beständig auf ihre Finanzierungsleistungen weisen und unverhohlen damit drohen, diese oder jene Maßnahme nicht mitzufinanzieren. Für eine echte demokratische Kontrolle bedarf es aber einer öffentlichen Diskussion und Entscheidungen und nicht der geheimen Absprachen der Regierungschefs der größten

Mitgliedsstaaten. Diese Öffentlichkeit und Legitimation der Entscheidungen kann aber kein Rat von Mitgliedern nationaler Exekutiven, sondern nur ein unter gleichen Bedingungen direkt gewähltes Parlament, das von der Bevölkerung den dezidierten Auftrag erhalten hat, die europäische Ebene zu gestalten, bieten.

Eine weitere Legitimation erhalten Beschlüsse der europäischen Ebene, wenn sichergestellt ist, daß parlamentarisch Mehrheiten, nicht zu Lasten einzelner Mitgliedsstaaten der Union gehen. Diese Wahrung nationaler und regionaler Interessen in der EU muß aber nicht zwangsläufig von den nationalen Regierungen wahrgenommen werden. In der Kontrolle der Europäischen Ebene sehen wir in Zukunft eine wichtige Funktion der nationalen Parlamente. Die nationalen Parlamente sind es, die von der Bevölkerung zur Wahrung der nationalen Interessen gewählt wurden. Auch im Interesse der Fortentwicklung der europäischen Integration, muß eine Kontrolle der Europäischen Ebene auch auf Ebene der Mitgliedsstaaten gewährleistet werden. Das dies gelingen kann, ist Alltagserfahrung des dänischen Parlaments, das jegliche Mitwirkung der dänischen Regierung im Ministerrat durch eigenständige Beschlußfassung bestätigen muß. Solange das EP nicht mit ausreichenden Kompetenzen ausgestattet ist und solange noch der Rat ein viel zu großes Mitentscheidungsrecht hat, muss auch für alle anderen Länder die parlamentarische Zustimmung der Beschlüsse des Rates obligatorisch werden.

Ist die Legitimation der Europäischen Gesetzgebung gewährleistet, muß dem EP eine umfassende Kompetenz für die Rechtssetzung zufallen. Bereits heute scheinen im Parlament mehr Integrationspotentiale zu bestehen, als im Ministerrat, wie es in der Frage der Erweiterung deutlich wird. Neben der schon bestehenden Kompetenz des Parlamentes zur Ernennung und Demission der Kommission (von der erst kürzlich nicht Gebrauch gemacht wurde) wäre zu überlegen, ob dieses Recht auch für einzelne Kommissarinnen und Kommissare gelten sollte. Denn durch diese Rückkopplung könnte die Kommission als solche und Einzelpersonen wiederum die Legitimation erfahren, wie sie eine Regierung durch die Wahl durch das legitimierte Parlament erhält.

2.2.1. Europäischer Föderalismus und „Europa der Regionen.“

Zwei Grundgedanken bestimmen die Überlegungen und Forderungen der JungsozialistInnen in Bezug auf die Verwirklichung eines Europa der Regionen.

Zu einem geht es um klare Kompetenzverteilungen innerhalb der Union und ihrer Mitgliedstaaten. Diese Kompetenzverteilung muß den Stellenwert der europäischen Regionen im besonderen berücksichtigen. Was auf regionaler und kommunaler Ebene im Interesse der Menschen sinnvoll geregelt und entschieden werden kann, muß auch künftig in diesem Wirkungskreis verbleiben. Das System kommunaler Selbstverwaltung und der Föderalismus haben sich weitgehend bewährt. Die positiven Erfahrungen dieser Strukturen sollen beim weiteren Aufbau Europas genutzt werden.

Zum zweiten geht es bei der Stärkung der Regionen in Europa um die Aufrechterhaltung eines regionalen Bewußtseins der Menschen in den Regionen. Die Identifikation mit den Regionen im Rahmen einer europäischen Identität ist ein wichtiger Faktor zur Überwindung nationalstaatlicher Bindungen. Regionale Strukturen können darüber hinaus überschaubare Politik- und Verwaltungssysteme gewährleisten, die Ansprüche an Transparenz und Partizipation in Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozessen umsetzbar machen.

2.3 Osterweiterung/ Reform der Institutionen

Die Erweiterung um die mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL) und um Zypern ist für die Europäische Union ein Unterfangen von historischer Bedeutung und Herausforderung, zugleich auch eine Chance für Europa, für seine Sicherheit, seine Wirtschaft, seine Kultur und seinen Platz in der Welt. Die Ausdehnung des Modells der friedlichen und gewollten Integration freier Nationen auf den gesamten europäischen Kontinent garantiert Stabilität. Es gilt über 100 Millionen neue BürgerInnen in der Union und deren Handel und Wirtschaft zu integrieren.

Gleichzeitig stellen allein die Zahl der Beitrittskandidaten und das damit verbundene große wirtschaftliche und soziale Gefälle die Europäische Union vor nie dagewesene institutionelle, politische und ökonomische Herausforderungen. Die EU-Bevölkerung wächst möglicherweise um

mehr als ein Viertel auf nahezu 500 Millionen an, das Gesamt-BIP jedoch nur um knapp 5 %. Der Integrationsprozeß stellt diese Länder vor enorme Anstrengungen, die ihre Leistungs- und Leistungsfähigkeit auf die Probe stellen werden. In Anbetracht unserer Erfahrungen mit den Anstrengungen zur Einhaltung der sog. Maastrichtkriterien zur Einführung des Euro muß es gelten; unseren Partnerorganisationen (innerhalb von Ecosy und ESY) in den Beitrittsländern sowie den Sozialdemokratischen / Sozialistischen Parteien zu vermitteln welche Probleme mit dem Beitritt verbunden sein können. Ggf. sollten wir darüber hinaus diejenigen Kräfte in den Beitrittsländer unterstützen, die eine realistische Einschätzung der Erfordernisse und Möglichkeiten der jeweiligen Gesellschaften vertreten. Der ökonomische Anpassungsdruck innerhalb der Union wird zu nachhaltigen sozialen Verwerfungen in den jeweiligen Volkswirtschaften führen.

Eine Aufnahme mittelosteuropäischer Staaten kann dann erfolgen, wenn deren nationale Ökonomien keinen besonderen Schutz gegenüber dem EU-Binnenmarkt bedürfen.

Will die Union ihrer gewachsenen Verantwortung in der Welt und insbesondere bei der Gestaltung einer gesamteuropäischen Ordnung gerecht werden, so ist die Vertiefung und Verfestigung des europäischen Integrationsprozesses eine notwendige Voraussetzung für die Erweiterung. Die vielfältigen Problem und Aufgaben, denen sich alle Staaten in Europa gegenübersehen und die allein mit nationalstaatlichen Mitteln nicht zu bewältigen sind, setzen eine Union voraus, die durch Stabilität und Handlungsfähigkeit, vor allem aber durch demokratische Strukturen gekennzeichnet ist.

· Eine Erweiterung der EU kann nur unter einer Fortsetzung des Prozesses der Vertiefung der Union und einer Demokratisierung stattfinden.

Die vielfältigen EU-Handelsschranken gegenüber der "Dritten Welt" sind abzubauen. Dies ist ein wirkungsvolles Element einer neuen friedlichen Entwicklungshilfepolitik, die Europa aus globaler Verantwortung entwickeln und die auf - soziale Rechte umfassende - Menschenrechtsprinzipien aufbauen muß.

Die Europäische Union selbst muß sich jedoch ebenso auf den Beitritt weiterer Mitgliedsstaaten vorbereiten: Hier gilt es die eigenen Strukturen und Institutionen zu reformieren. Dies betrifft sowohl die Einführung demokratischer Entscheidungsmechanismen wie auch die Modernisierung der zentralen Politiken der Gemeinschaft. Insbesondere die gemeinsame Agrarpolitik und die Strukturförderung bedürfen einer grundlegenden Neuordnung. Vor dem Hintergrund der bestehenden Volkswirtschaften der Beitrittskandidaten mit einem deutlich stärkerem Agrarsektor stellt sich die Frage der Finanzierbarkeit der Agrarpolitik deutlicher als je zuvor. Zugleich muß die Akzeptanz der gesamten Finanzierung der EU gesteigert werden. Sonderwege, wie sie Großbritannien für sich in Anspruch nimmt oder das ständige Lamentieren sogenannter Nettozahler stellen auf Dauer die Idee der europäischen Integration in Frage. Dies erfordert, die Finanzen der Union mittelfristig neu zu ordnen und sicherzustellen.

Um die Integration in Europa, nach der Wirtschafts- und Währungsunion und vor der Osterweiterung weiter zu forcieren, stellt sich die Frage nach weiteren Schritten auf diesem Weg.

Der einzig logische nächste Schritt, der die Integration abrundet, kann nur die Erstellung einer "Europäischen Grundrechtscharta" sein. Diese Charta hat u.a. die Aufgabe, die Legitimität und die Identität der Europäischen Gemeinschaft, auch hinsichtlich der Demokratisierung, zu verfestigen. Deshalb fordern wir die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verfassung, die unter Berücksichtigung möglichst vieler gesellschaftlicher Gruppen und auch der nationalen Parlamente, erstellt werden soll. Die Rechte der Bürger der EU werden dadurch gestärkt und die Handlungsfähigkeit, zum Beispiel des Europäischen Parlaments, deutlich erhöht. Letztendlich soll die EU einen "Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts" darstellen. Besondere Berücksichtigung finden hier, auch alle schon zuvor thematisierten Aspekte der EU.

2.4. Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Europäischen Union wurde bereits 1994 bei den Beratungen fuer den Vertrag von Maastricht ausführlich thematisiert; bei der Konferenz der Staats- und Regierungschefs 1996 nahm die Debatte über die Ausgestaltung der GASP einen noch breiteren Raum ein. Dabei wurden zunächst Ziele formuliert, ohne jedoch schon genauer die Rahmenbedingungen zu erörtern, unter denen diese umgesetzt werden sollten. Dies hatte seinen Grund zunächst darin, dass die einzelnen Nationalstaaten bislang oftmals widerstreitende außenpolitische

Interessen verfolgt hatten und insgesamt ihre Souveränität im Bereich der Außenpolitik nur ungerne aufgeben wollten.

Dennoch einigte man sich darauf, die gemeinsamen Werte, grundlegenden Interessen und die Unabhängigkeit der Union wahren zu wollen sowie die Sicherheit der Union und ihrer Mitgliedstaaten stärken zu wollen. Umfassen sollte die GASP sämtliche Fragen, welche die Sicherheit der EU betreffen könnten, und auf längere Sicht war auch eine gemeinsame Verteidigungspolitik geplant. Dabei sollte die WEU, die als integraler Bestandteil der EU betrachtet wurde, die Aufgabe haben, die Entscheidungen und Aktionen der Union, die verteidigungspolitische Bezüge hätten, auszuarbeiten. Die Einbindung in Bündnisse wie die NATO und daraus erwachsende Verpflichtungen sollten ausdrücklich beachtet werden. Vordergründig wurde die GASP als Sicherheitsbündnis betrachtet, das einen Beitrag dazu leisten sollte, das bestehende Geflecht und Überlappungen außenpolitischer Beziehungen abzubauen und die Möglichkeit zu eröffnen, künftig koordinierter und einheitlicher nach aussen hin aufzutreten. Die GASP sollte ihren Platz innerhalb der funktionalen Arbeitsteilung der EU haben und gleichzeitig dazu beitragen, die politische Union weiter voranzutreiben.

Nichtsdestotrotz mangelte es noch an ausdrücklicheren Festlegungen, welches denn genau die sicherheitspolitischen Interessen seien, die mit der GASP zukünftig verfolgt werden sollten.

Ungeachtet der Unklarheit in diesem Bereich hat jedoch vor allem die starke Einbindung der WEU dazu beigetragen, dass die Ausrichtung der GASP eine eindeutige Tendenz widerspiegelte. Bereits 1992 hatte sich die WEU ihrerseits Vorstellungen gemacht, dass sie grundsätzlich das ganze Spektrum völkerrechtlich zulässiger Einsätze durchzuführen gewillt sei, sei es innerhalb oder außerhalb ihres Vertragsgebietes und so die Möglichkeit eröffnet, dass die GASP unter der Hilfenahme der WEU durchaus auch außerhalb europäischer Grenzen einsatzfähig würde. Auch strukturell wurde diese Zielsetzung unterfüttert durch den Aufbau der Combined Joint Task Forces, Forces answerable to WEU (FAWEU), also von der WEU zur Verfügung stehender Truppen, d.h. aller nationaler Armeen der Mitgliedstaaten, und durch verschiedene bi- oder multinationale Einheiten. Die enge Verzahnung zwischen GASP und WEU, die lange Zeit umstritten war, hat inzwischen die Form angenommen, dass über das Verständnis der GASP als elementarer Pfeiler der EU auch die WEU als ausdrücklich integraler Bestandteil verstanden wird. Vor diesem Hintergrund und einer allgemeinen Militarisierung der Außenpolitik einiger europäischer Staaten ist auch die Forderung nach der Stärkung der OSZE immer mehr ins Hintertreffen geraten. War noch 1996 davon ausgegangen worden, dass die OSZE zahlreiche Aufgaben besser repräsentieren könne - vor allem Konfliktprävention durch die ausdrückliche Möglichkeit, auch wirtschaftlich eingreifen zu können, steht die Forderung zwar noch auf dem Papier, scheint aber durch zwischenzeitliche Entwicklungen und die einseitige Forcierung der WEU überholt. Die WEU als Militärbündnis drückt dabei nicht nur die Renaissance militaristischen Denkens in Europa aus, sondern wird auch über das Verständnis als europäischer Arm der NATO in einen eindeutig militaristischen Kontext gerückt. Demgegenüber setzen wir nach wie vor auf die Aufwertung der OSZE, so wie sie auch im Koalitionsvertrag festgeschrieben ist. Dazu ist nicht nur die organisatorische Verstärkung nötig; klar müssen auch in der öffentlichen Diskussion die Vorteile dieser Institution benannt werden. Eine gleichberechtigte Teilnahme aller europäischen Staaten gehört ebenso dazu wie das Setzen auf wirtschaftliche Zusammenarbeit als die Möglichkeit, das Ausbrechen von Konflikten zu vermeiden. Eine den Interessen der osteuropäischen Volkswirtschaften gerecht werdende Lösung kann und muss im konsensualen Entscheidungsprozess der OSZE erzielt werden. Auch lässt sich eine Neue Friedensordnung nicht einfach. Voraussetzung für eine Friedensordnung ist die Beseitigung oder aber zumindest die Minderung der gegenwärtig bestehenden Konfliktursachen. Die ökonomischen Verteilungsungerechtigkeiten, die ökologischen Bedrohungslagen und die sozialen Ungerechtigkeiten, die weltweit herrschen, müssen in den Mittelpunkt unseres Interesses rücken. Militäreinsätze, egal in welcher Form, können nur die herrschenden Interessen absichern und somit die Konfliktursachen festschreiben, wenn niemand den Versuch unternimmt, die Ursachen für ethnisch-nationale Eruptionen und militärische Konflikte zu beseitigen. Soldaten können bestenfalls die gewaltverursachenden Herrschaftsverhältnisse beseitigen (und selbst dies gelingt ihnen meist nicht). Sie können nie den Frieden herstellen und die tiefer liegenden Konfliktursachen lösen. Ferner bedarf eine sozialverträgliche Wirtschaftspolitik und eine zivile Friedensordnung der Kongruenz von Handelsmärkten, ökonomisch und politisch regulierten Regionen. In diesem Sinne muss die Transformation der MOE-Staaten sozial verträglich gestaltet werden.

2.5

Lomé

Insbesondere in den Vereinten Nationen sollten die Staaten der EU zu einer abgestimmten Politik finden, die auch in der Besetzung eines Sitzes im Sicherheitsrat ihren Ausdruck finden könnte. Dazu gehört auch die Entwicklungsarbeit der EU zu reformieren und auszubauen. Deren Kernstück ist das Lomé-Abkommen, das dringend verlängert werden muß. Darin darf nicht der Gedanke regionaler Freihandelszonen in den Vordergrund gerückt werden, sondern die Abkommen müssen dezentrale Kooperation, Verbesserung der Situation der Frauen, Mitbestimmung und Menschenrechte sowie Entschuldung ermöglichen.

In Zusammenhang mit einer europäischen Wirtschafts- und Währungspolitik muss auch in internationaler Zusammenarbeit eine gemeinsame Nord-Süd Strategie entwickelt werden. Durch die EWWU wurde die EU finanzpolitisch zu einem "global player. In der Rolle des Trendsetters muss die EU darauf hinwirken, dass die internationale Schuldenpolitik nicht nur im Interesse der Gläubigerstaaten geführt wird. Die hochverschuldeten Entwicklungsländer müssen ihre wirtschaftspolitische Selbstbestimmung wiedererlangen und der Bevormundung durch die Lobbyisten der Großunternehmen der Industriestaaten entzogen werden.

Das Lomé-Abkommen ist bei weitem das wichtigste regionale Abkommen; gegenwärtig wird noch das vierte Lomé-Abkommen in die Praxis umgesetzt. Für die 70 Staaten Afrikas, der Karibik und im Pazifik (sogenannte AKP-Staaten) in wurden von 1990 bis 1995 Zuschüsse und Darlehen in Höhe von insgesamt 12 Mrd. ECU bereitgestellt. Von 1995-2000 werden Mittel in Höhe von 14,6 Mrd. ECU zur Verfügung stehen. Die Laufzeit dieses Abkommens endet im Jahr 2000.

Die EU ist ein wichtiger Markt für die Entwicklungsländer, für den mehr als 21 % ihrer Gesamtexporte bestimmt sind. Die EU bietet den 70 Staaten in Afrika, dem karibischen Raum und dem Pazifischen Ozean freien Marktzugang für ihre Erzeugnisse und gewährt auch den Ländern des Mittelmeerraums eine ähnliche Präferenzbehandlung, von der einige ihrer Agrarerzeugnisse ausgenommen sind.

Wir müssen die jetzt anstehenden Neuverhandlungen über das Loméabkommen nutzen, um eine Trendwende in der Entwicklungshilfepolitik zu vollziehen, weg von der Kosmetik der Entwicklungshilfeprojekte und Katastrophenhilfen hin zu struktur- und handelspolitischen Maßnahmen.

Im Rahmen des Loméabkommens sind Anpassungshilfen einzurichten, die in den AKP-Vertragsstaaten dazu beitragen, die Produktpalette, die Produktionsverfahren und -technologien, die Qualitäts- und Gesundheitsnormen und die administrative Kontrollmöglichkeiten zu erwerben oder zu entwickeln. Neben einer finanziellen Aufstockung und Reorganisation der Preisstabilisierungsmechanismen (SYSMIN/STABEX) und der Strukturanpassungsbeihilfen, die die Kahlschlagspolitik des IWF abmildern helfen, sind eigenständige strukturpolitische Maßnahmen in das Vertragswerk einzubetten.

Mit einer Reform des Loméabkommens muss verbunden sein, die Produktpalette qualitativ auszuweiten und stärker an Qualität auszurichten. Statt eines gnadenlosen Preiswettkampfs müssen Entwicklungspotenziale geschaffen werden für einen echten Qualitätswettbewerb.

Mit dem Aufbau und der Förderung von Solartechnologien und anderen Nutzungsmöglichkeiten für regenerative Energieformen im Loméabkommen ließen sich deutliche Zeichen für einen Abtritt produktiver Ressourcen gen Süden setzen. Zudem entbindet gerade der Umbau des Energiesektors die Länder des Südens vom Zwang, sich Rohstoffe teuer auf dem Weltmarkt zu erkaufen und damit in die Schuldenfalle (tiefer) zu rutschen.

Eine Reform des Loméabkommens muss auch mit einer inneren Reform der EU verbunden sein. Statt weiterhin ein multilaterales Abkommen abzuschließen, könnte das Loméabkommen ein gesamteuropäische Entwicklungsabkommen werden, über dessen Ausgestaltung nicht mehr der Ministerrat, sondern das Parlament im Rahmen der Haushaltsordnung entscheidet.

Die Einführung einer gemeinsamen Währung stellt auch die Loméverhandlungen in ein neues Licht. Die an den französischen Francs gekoppelten Währungen der sogenannten CFA-Zone sind nun eng an den EURO gekoppelt. Die Verhandlungen um ein neues Lomé müssen auch vor dem Hintergrund der Reregulierung der Finanzmärkte geführt werden und eine befriedigende Regelung für die CFA-Staaten mit sich bringen.

2.6.

Bildungspolitik

Da die Einigung Europas von der Unterstützung der folgenden Generation abhängig ist, stellt die Verankerung der Idee Europas in der jeweils jungen, heranwachsenden Generation im und durch den kulturellen und Bildungsbereich auch eine langfristige Strategie der Annäherung und Einigung Europas dar. Dem Grundsatz der Freizügigkeit folgte zudem die Erkenntnis, daß eine gegenseitige Anerkennung von Qualifikationen Voraussetzung und notwendige "Mobilitätsbeihilfe" für eine real nutzbare Freizügigkeit sein muß.

An konkreten, unmittelbaren Bedürfnissen der Bevölkerung, insbesondere der Jugendlichen "Kultur und Reisen" wird so angesetzt. Durch Zuschüsse für diverse Auslandsaufenthalte in der Ausbildung oder im Rahmen des "Europäischen Freiwilligendienstes" sowie binationale und multinationale Kultur- und Jugendprojekte, soll die Erfahrung von Europa jenseits von Bürokratie ermöglicht und kulturelle Verankerung der europäischen Einigung erzeugt werden. Durch die Programme "Jugend für Europa" und die im Bildungsbereich bestehenden und überarbeiteten Programme "Sokrates" (inkl. des früheren "Erasmus") und "Leonardo" für die berufliche Bildung ist die organisatorische Grundlage für die notwendige und gewünschte Vernetzung und für den internationalen Austausch gegeben. Die Vergabepaxis dieser Förderprogramme läuft klassenpolitisch jedoch auf eine fragwürdige Förderung von Bessergestellten hinaus: Durch die breite Streuung zeigen sich die Fördergelder individuell als nur sehr kleiner Zuschuß zu den Kosten eines Auslandsaufenthalts, so daß dies nur zu einer Bezuschussung derjenigen führt, die oder deren Eltern es sich sowieso leisten können und leisten würden. Finanziell Schlechtergestellte erreicht also weder der Anreiz des Fördergeldes zu einer Auslandsqualifikation, noch würden sie ausreichend, d.h. bedarfsdeckend gefördert. Daher fordern wir die Aufstockung der Mittel und eine kumulierte Auszahlung dieser.

Europa kann nur erfolgreich sein, wenn es in Bildung investiert, nicht aber dadurch, daß es Löhne senkt und Arbeitsbedingungen verschlechtert. Es muß ein Europa des Wissens geschaffen werden, das auf lebenslanges lernen aufbaut.

Dabei verstehen wir Bildung keinesfalls als Erziehung zur nahtlosen/widerspruchsfreien Eingliederung in den kapitalistischen Produktionsprozeß, sondern vielmehr als Befähigung zum unabhängigen reflektieren Handeln als soziales Individuum. Dies ist jedoch nicht durch zentralistische Verwaltungsakte, sondern eher durch eine förderale Politik vor Ort einzulösen. Es bleibt festzuhalten, daß die Unterschiede in den Bildungssystemen der Mitgliedsstaaten der EU weiter teilweise riesengroß sind. Die gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen ist bis heute nur ein Lippenbekenntnis geblieben. So ist es zum Beispiel kaum möglich, ein Studium in einem Land zu beginnen und es in einem anderen Mitgliedsstaat nahtlos fortzusetzen. Ähnliches gilt für den Bereich der beruflichen Ausbildung oder die Arbeitsplatzsuche mit einer abgeschlossenen Ausbildung. Ein qualifizierter Abschluß verspricht noch lange nicht eine erfolgreiche Arbeitsplatzsuche innerhalb der EU. Die Ungleichheiten in den Bildungssystemen fördert Ungerechtigkeit und behindert den europäischen Einigungsprozeß. Daher ist eine verstärkte Koordinierung der einzelnen Bildungsgänge dringend erforderlich. Bisher ist Bildung -von wenigen Ausnahmeregelungen abgesehen- eine Angelegenheit der Nationalstaaten. Ein mit stärkeren Kompetenzen ausgestattetes Europäisches Parlament kann hier Abhilfe schaffen.

Mobilität innerhalb Europas wird immer wichtiger und sollte nach Ansicht vieler schon heute ein wesentlicher Bestandteil der Ausbildung sein. Doch die dabei bestehenden Hürden ermöglichen nur wenigen entsprechende Möglichkeiten.

Daher sind bestimmte Anforderungen an Bildungspolitik in Europa zu richten:

- Gleichen und freien sowie finanziell unabhängigen Zugang zu Bildung. Die Chancengleichheit darf nicht nur auf dem Papier bestehen, es ist zu gewährleisten, daß auch die materiellen Grundlagen für individuelle Bildungs- und Weiterbildungsbedürfnisse gesichert sind.
- Weiterbildungsmöglichkeiten in allen Lebenslagen
- Ausbildungschance für jugendliche Arbeitslose
- Weiterbildungsmöglichkeiten im Ausland (insbesondere das Erlernen von Fremdsprachen) sowie grenzüberschreitender Ausbildungsgänge. Einhergehend mit dem vermehrten Angebot des Erlernens von Fremdsprachen muß das Hinterfragen der eigenen kulturellen Identität und damit die Toleranz gegenüber Fremden gefördert werden.
- Ausweitung der vorhandenen europäischen Austausch- und Bildungsprogramme und Schaffung weiterer Möglichkeiten, um größtmögliche Partizipationsmöglichkeiten zu gewährleisten.

- Eine Vergleichbarkeit sowie Anerkennung von (Teil-) Abschlüssen jeglicher Art in Europa. Eine Freizügigkeit ist nur dann möglich, wenn eine gegenseitige Anerkennung von sogenannten „Abschlüssen“ gegeben ist - und zwar ohne Zwangsangleichung von Inhalt und Umfang der Ausbildung. Wenn nicht die auf allen Ebenen des Bildungssystems bestehenden Ausgrenzungen beseitigt werden, bleiben die Grenzen Europas bestehen.

Durch die europäischen Forschungsrahmenprogramme wird wie auch in den bisherigen Programmen weitestgehend Großforschung betrieben und unterstützt. Forschungsförderung kann sich aber nicht in der punktuellen Förderung einzelner Großprojekte erschöpfen, sondern muß die Vielfalt auch nicht-großtechnikdominierter Wissensbereiche unterstützen.

2.7 Europa ist weiblich - für die Feminisierung der EU

2.7.1 Analyse

2.7.1.1 Bildungssituation

In den letzten zehn Jahren hat sich die Bildungssituation von Mädchen und Frauen in Europa derjenigen von Männern weitgehend angeglichen. Unterschiede bestehen aber weiter in regionaler Hinsicht sowie in der fachlichen Schwerpunktsetzung von männlichen und weiblichen Jugendlichen. In der Sekundarstufe II (Oberstufe und Berufsbildung) besteht überwiegend ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen den Geschlechtern. Im EU-Durchschnitt stieg zwischen 84 und 94 der Frauenanteil von 96 auf 101 je 100 Männer. In sieben Mitgliedstaaten übersteigt die Anzahl der Frauen die der Männer, am höchsten ist der Anteil in Finnland und Schweden (114 bzw. 111 zu 100), die Schlußlichter bilden Deutschland und Österreich mit 84 Frauen auf 100 Männer.

Frauen sind EU-weit im allgemeinbildenden Bereich überrepräsentiert (114 Frauen auf 100 Männer), während in der beruflichen Bildung die Männer dominieren (93 zu 100). An den Hochschulen stieg der Frauenanteil zwischen 84 und 94 noch deutlicher von 85 auf 99 je 100 Männer. Den höchsten Anteil haben die Frauen in Portugal, Schweden und Frankreich. Schlußlicht ist auch hier wieder Deutschland mit 73 zu 100. Einige traditionelle Leitbilder sind aber auch hier weiterhin gültig, wie ein Blick auf die Fachrichtungen zeigt. Die Frauen tendieren eher zu Fachrichtungen wie Geistes- und Kulturwissenschaften sowie Medizin (einschließlich Pflegeberufe), während Männer zu Naturwissenschaften, Mathematik und Informatik tendieren. Weiterhin ist interessant, wie sich die Kluft zwischen dem Sekundärbereich und der Hochschule darstellt. Dies gibt gewisse Aufschlüsse über Zugangsschwellen zur Hochschule. Besonders ausgeprägt ist diese Kluft in Großbritannien (15 auf 100 Differenz), Finnland und Deutschland (je 12 auf 100 Differenz) sowie Irland, Spanien und Griechenland. In allen anderen Ländern ist der Frauenanteil an den Hochschulen höher als in der Oberstufe. (Quelle: Eurostat: "Bildung in der Europäischen Union – Daten und Kennzahlen 1996")

2.7.1.2 Arbeitsmarkt

In der EU sind 150 Mio. Menschen erwerbstätig, davon sind 41,9% Frauen. Ein Drittel der erwerbstätigen Frauen arbeitet jedoch in Teilzeitarbeitsverhältnissen. Das entspricht 4/5 aller Teilzeitarbeitsverhältnisse. 1/5 der Teilzeitarbeitenden wäre bereit, eine Vollzeitstelle anzunehmen, davon sind 72,8% Frauen. Am höchsten ist die Quote der teilzeitarbeitenden Frauen in den Niederlanden mit 67,6%, gefolgt von Großbritannien mit 44,8%. Die Arbeitslosigkeit betrug Juli '98 in der EU 10,8%. 48,8% der Arbeitssuchenden sind Frauen, das entspricht einer Arbeitslosenquote unter Frauen von 12,0%. Bei Frauen unter 25 Jahren beträgt die Arbeitslosigkeit sogar 21,9%. Unter Lanzeitarbeitssuchenden betrug die Frauenquote 50,5%. Es kann unterstellt werden, daß der Anteil noch wesentlich höher wäre, würden Frauen sich in gleichem Maße arbeitssuchend melden wie die Männer. Von denen, die arbeiten wollen, aber nicht arbeitssuchend gemeldet sind, ist der Frauenanteil 64,5%. Unter den Selbständigen machen Frauen nicht mehr als 1/5 aus, aber fast 2/3 der mithelfenden Familienangehörigen. Im Dienstleistungsbereich sind 80,1% Frauen beschäftigt.

1/3 der Frauen in der EU sind Hausfrauen. Die Zahlen differieren zwischen den Mitgliedstaaten erheblich, die Spanne reicht von 60% in Spanien bis 4% in Dänemark, Deutschland liegt mit 31% im

Mittelfeld. Es zeigt sich, daß Frauen mit geringer Bildung, höherem Alter und höherer Kinderzahl am ehesten zu Hausfrauen werden. Bei Absolventinnen der Sekundarstufe I beträgt der Hausfrauenanteil 45%, bei Hochschulabsolventinnen nur 13%. 42% der Hausfrauen haben ihren Beruf wegen ihrer Kinder aufgegeben. In Deutschland sind es über 50%. Weitere Gründe sind Arbeitslosigkeit (18%) und Gesundheit (8%).

In allen Mitgliedstaaten der EU wird Frauen immer noch geringerer Lohn ausgezahlt als Männern. Die Lohndiskriminierung ist nicht nur in den Mitgliedstaaten unterschiedlich ausgeprägt, sondern unterscheidet sich auch nach Tätigkeit. Schweden hat dabei die ausgeglichene Lohnstruktur.

2.7.2 Bestehende Förderprogramme der EU

2.7.2.1. Programm für Chancengleichheit

Kriterien: Zusätzlicher Nutzen auf der Ebene der EU; Förderung der in dem jeweiligen Bereich besten Praktiken; Beitrag zur Verwirklichung der Programmziele; Transnationaler Austausch; übertragbare Ergebnisse; Durchführung durch öffentliche oder private Organisationen mit den entsprechenden Qualifikationen klare Ziele in einem realistischen Zeitraum; objektive und regelmäßige Evaluation; maximale finanzielle Unterstützung von 60%, politische Maßnahmen 100%.

2.7.2.2 Employ NOW

Im Rahmen der Gemeinschaftsinitiative Beschäftigung wurde das Programm "Employ-NOW" aufgelegt, dessen Ziel es ist, die Arbeitslosigkeit von Frauen zu verringern und die berufliche Situation, die Qualifikationen sowie die Karriereperspektiven von Frauen zu verbessern. Die GI Beschäftigung gliedert sich in 4 Teilprogramme für Jugendliche, Problemgruppen, Frauen und Behinderte. Sie ist zunächst für den Zeitraum 94-98 aufgelegt, der Mittelansatz beträgt 2,035 Mrd. Euro. Auf NOW entfallen davon 596 Mio. Euro. Förderungsfähig sind Maßnahmen, die folgenden Kriterien genügen: Transnationalität, Innovation, Bottom-Up-Ansatz, Verstärkung bestehender Gemeinschaftspolitiken und -programme.

Gefördert werden: Arbeitssuchende Frauen, die sich selbständig machen wollen; von der Arbeitslosigkeit bedrohte Frauen in den neuen Bundesländern; Frauen, die nach einer Familienphase wieder in den Beruf zurückkehren wollen und Frauen, die auf leitende Funktionen in einem Betrieb vorbereitet werden sollen.

2.7.2.3. Mainstreaming

Neben den bereits seit längerem existierenden Programmen zur Förderung und Qualifizierung von Frauen gibt es seit 1996 auch eine neue Strategie, durch die geschlechterspezifische Aspekte bei allen Initiativen der Kommission Berücksichtigung finden sollen, das sog. „mainstreaming“.

„Gender mainstreaming“ oder kurz nur: „mainstreaming“ meint die systematische Einbeziehung der jeweiligen, der Prioritäten und der Bedürfnisse von Frauen und Männern in alle Politikfelder. Mit Blick auf die Förderung der Gleichstellung von Frauen und Männern sollen sämtliche allgemeinen Konzepte und Maßnahmen an diesem Ziel ausgerichtet werden und bereits in der Planungsphase wie auch bei der Durchführung, Begleitung und Bewertung der betreffenden Maßnahmen deren Auswirkungen auf Frauen und Männer berücksichtigt werden.

Diese integrale Berücksichtigung des Frauenaspektes stößt jedoch nicht zuletzt bei Frauenpolitikerinnen und Feministinnen aus NGOs auf Kritik: zum einen wird auf der theoretischen Ebene argumentiert, diese Integration verhindere das explizite Sichtbarmachen von geschlechtsspezifischer Benachteiligung und die Benachteiligung sei derart gravierend, daß ihr nicht abgeholfen werden könnte, indem die Problematik „ein bißchen“ integriert und thematisiert werde.

Zum zweiten scheint dieser neue Ansatz tatsächlich auch praktisch negative Auswirkungen zu haben: da ja jetzt in Programmen der geschlechtsspezifische Aspekt berücksichtigt werde, sei eine Neu- oder Wiederauflage von Programmen zur Frauenförderung nicht mehr nötig. Abgesehen davon, daß der mainstreaming-Ansatz nicht mit dem notwendigen Nachdruck betrieben wird, hatte das tatsächlich Mittelkürzungen zur Folge. Sinnvoll scheint eine Kombination von Integration des Frauenaspektes

und gleichzeitiger expliziter Frauenförderung außerhalb der allgemeinen Programme, d.h. unter Beibehaltung bisheriger Frauenprogramme.

2.7.3. Für eine progressive, europäische Gleichstellungspolitik

2.7.3.1. Demokratisierung der Institutionen

Voraussetzung für eine sinnvolle Frauen- und Gleichstellungspolitik in Europa ist die Beseitigung des Demokratiedefizits der EU. Erster Schritt muß die Ausweitung der legislativen Kompetenzen des Europaparlaments sein sowie die Ausweitung der Kontrollbefugnisse gegenüber dem Ministerrat. Solange diese Kriterien nicht erfüllt sind, muß die bestehende Organisationsform der EU für Gleichstellungspolitik besser nutzbar gemacht werden. Dazu ist es notwendig, das bisher im Ministerrat praktizierte Einstimmigkeitsprinzip bei der Beschlußfassung zu beseitigen. Damit eine effektive Koordinierung und Durchsetzung von Fraueninteressen in der patriarchalen Organisation EU möglich wird, muß es einen Frauenministerinnenrat geben. Ein weiterer Schritt, um den Aufgaben im Bereich Gleichstellungspolitik gerecht zu werden, ist die Einrichtung einer eigenen Generaldirektion für Frauen und Gleichstellung. Diese ist mit umfassenden Kompetenzen, Einflußmöglichkeiten und Etat auszustatten. Zusätzlich ist in jeder Generaldirektion ein Büro für Chancengleichheit anzusiedeln. Hiermit kann dem Anspruch von Gleichstellungspolitik als integralem Bestandteil aller übrigen Politikfelder Rechnung getragen werden.

Das Demokratiedefizit der EU muß schrittweise beseitigt werden. Gerade Frauen fordern, weg vom Europa der Großkonzerne, hin zu einem sozialen und demokratischen Europa. Die Kompetenzen des Europäischen Parlaments müssen ausgeweitet werden.

Die 50% Frauenquote muß als Instrument für eine angemessene Beteiligung von Frauen bei den europäischen FunktionsträgerInnen eingeführt werden.

2.7.3.2. Umgestaltung der Erwerbsarbeit

Arbeitslosigkeit auf europäischer Ebene bekämpfen, erfolgreiche Frauenpolitik mit europäischen Mitteln betreiben? Die Realität sieht anders aus.

Die bisherige neoliberale EU-Politik hat durch einseitige Stabilitätsorientierung und daraus resultierenden Sparzwängen das Entstehen der Massenerwerbslosigkeit begünstigt, trotz frauenpolitischer Maßnahmen sind die Geschlechterverhältnisse in Europa nicht ausgeglichener geworden.

Um die Lebenschancen von Frauen und Männern zu verbessern, ist die Gleichstellung im Erwerbsleben unabdingbare Voraussetzung. Frauen muß der gleiche Zugang zu Bildung und Weiterbildung geöffnet werden. Sie dürfen beim Einstieg in den Beruf nicht benachteiligt werden. Das Recht auf Arbeit gilt uneingeschränkt auch für Frauen. Es muß in der EU selbstverständlich sein, daß Frauen existenzsichernder Erwerbsarbeit jenseits des Status der Zuverdienerin nachgehen. Dies bedeutet, daß Frauen einen Anspruch auf einen Vollzeit Arbeitsplatz haben, sie dürfen nicht in Teilzeit- und ungeschützte Beschäftigungsverhältnisse abgedrängt werden. Die gesellschaftlichen Zwänge, die zur Festschreibung der geschlechtsspezifischen Arbeitsteilung und zur Mehrfachbelastung von Frauen führen, müssen überwunden werden.

Um Frauen die teilhabe an den Chancen des Binnenmarktes und der EWWU zu ermöglichen, ist umfassende staatliche Regulierung nötig. Da Frauen die Hauptbetroffenen eventueller negativer Auswirkungen der europäischen Integration wären, müssen staatliche Maßnahmen zur Behebung dieser Folgen an der Situation von Frauen ansetzen. Gesetzliche Frauenförderpläne und Quotenregelungen sind auf allen staatlichen Ebenen, auch auf EU-Ebene zu verankern. In den Strukturfonds sind gesonderte Titel für Frauen auszuweisen und zu reservieren. Diese müssen aufgestockt und ihre Verteilung besser koordiniert werden als bisher geschehen.

Entgegen den Vorstellungen der neoliberalen Mehrheit in den europäischen Entscheidungsgremien dürfen Arbeitsschutzbestimmungen nicht nach unten harmonisiert werden. Statt dessen ist ein europaweiter Ausbau von Mitbestimmungsrechten, ArbeitnehmerInnenschutzrechten und speziell von Schutzrechten für Frauen zu erkämpfen.

Mit Hilfe der Strukturpolitik der europäischen Union und damit auch der Strukturfonds wird ein aktiver Beitrag zur Chancengleichheit geleistet. Es bedarf jedoch weitaus höherer Investitionen zur

erheblichen Verbesserung der Verfügbarkeit unterstützender Strukturen, mit dem Ziel, Frauen eine aktivere berufliche Rolle zu ermöglichen und Ihnen nicht zuletzt den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt im Anschluß an eine Unterbrechung Ihrer beruflichen Laufbahn zu ermöglichen. Im Rahmen strukturpolitischer Maßnahmen und der Anspruchskriterien für alle Programme sollten die speziellen Bedürfnisse von Frauen hinsichtlich der Verwirklichung quantitativer und qualitativer Ziele und Bemühungen zur Erweiterung der beruflichen Auswahlmöglichkeiten von Frauen berücksichtigt werden.

Im Rahmen der Neufassung des Ziel-2-Gebietes sollte es zusätzliche Kriterien in einigen der Kategorien für von Ziel-2 abgedeckten Gebieten außer der allgemeinen Arbeitslosenrate geben, zum Beispiel das BIP, Armut, Langzeitarbeitslosigkeit, Jugendarbeitslosigkeit, Arbeitslosigkeit von Frauen, das Niveau der allgemeinen und beruflichen Bildung sowie die Beschäftigungsrate.

Für Industrieregionen mit rückläufiger Entwicklung sind längere Referenzzeiträume erforderlich, um strukturelle Probleme zu reflektieren.

Bei Neufassung des Ziel-3-Gebietes ist ein breiter Ansatz zu wählen, der Förderungsmöglichkeiten für Maßnahmen zur Beschäftigungspolitik, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit, sozialer Eingliederung, Chancengleichheit, Bildung und Weiterbildung sowie Anpassung an den sozio-ökonomischen Wandel zuläßt. Außerdem sollte das neugefasste Ziel-3 Gebiet horizontal und damit auch auf Gebiete angewandt werden, die bereits durch das Ziel-2 abgedeckt sind.

2.7.3.3. Umgestaltung der Nichterwerbsarbeit

Alle oben genannten Maßnahmen zur Integration von Frauen ins Berufsleben werden wirkungslos bleiben, wenn nicht gleichzeitig eine Umgestaltung im sozialstaatlichen Bereich miteinbezogen wird. Ein für lohnabhängig beschäftigte freundliches Europa muß einen einheitlichen Sozialraum schaffen. Im Vergleich der Mitgliedstaaten zeigt sich, daß ein deutlicher Zusammenhang besteht zwischen Ausgestaltung der sozialstaatlichen Rahmenbedingungen und Frauenerwerbsquote. Konsequente Integrationspolitik in Europa muß die nationalstaatlichen Differenzen im sozialen Bereich überwinden, um auch Frauen Mobilitätschancen zu eröffnen.

Eine vordringliche Aufgabe, die keinen Aufschub duldet, ist der flächendeckende quantitative und qualitative Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen und Pflegeeinrichtungen. Frauen sind nicht biologisch zum Pflegen, Helfen und Erziehen bestimmt. Daher ist es notwendig, alle Sozialeinrichtungen sowohl finanziell als auch mit qualifiziertem Personal auszustatten. Wir fordern eine 50%ige Männerquote in allen Kindergärten, Alten- und Pflegeheimen. Die Öffnungszeiten müssen den Bedürfnissen der berufstätigen Eltern angepaßt sein. Die dazu notwendige EU-Richtlinie ist unverzüglich zu verabschieden.

2.8 Ökologisch handeln in Europa

Umweltverschmutzung macht vor keiner Grenze halt. Daher muß die Schaffung einer gesunden Umwelt einer der wichtigsten Prioritäten der Europäischen Union sein. Die gemeinschaftlichen Standards müssen angehoben werden und die nachhaltige Entwicklung muß zu einem Grundprinzip sowohl der Innen- als auch der Außenpolitik der Europäischen Union gemacht werden.

Dennoch wird in Europa nach wie vor Raubbau an der Natur betrieben. Der verantwortungslose Verbrauch natürlicher Ressourcen wie Wasser, Luft und fossiler Brennstoffe geht weiter; die Böden werden mit einseitig an Produktionssteigerungen ausgerichteter Landwirtschaft dauerhaft zerstört, während gleichzeitig Milliarden an Subventionen für Agrarprodukte gezahlt werden. Hier muß endlich ein Umdenken stattfinden. Natur und Umwelt müssen in den Köpfen der Bürgerinnen und Bürger Europas endlich wieder den Wert erhalten, der ihnen tatsächlich zukommt.

- Weg von der Atomkraft und hin zu regenerativen Energien. Es müssen verstärkt Fördermittel eine Energieversorgung, die eine gesunden und sichern Lebensraum für künftige Generationen sichert, sind bereitzustellen.

- Geeignete Lenkungsmaßnahmen für den Verbrauch natürlicher Ressourcen müssen dazu führen, daß europaweit eine Umorientierung in den Produktionsprozessen erreicht wird.

- Festschreibung des Verursacherprinzips. Die Verursacher von Schäden müssen auch für die Beseitigung verantwortlich gemacht werden.

2.9. Schleift die Asylfestung Europa!

Die Diskussion über die Asylpraxis in Deutschland und in Europa nach dem Asylkompromiß hat momentan in der politischen Öffentlichkeit kaum Konjunktur. Allenfalls für Einzelfälle läßt sich noch gesellschaftliche Bereitschaft dazu mobilisieren, sich mit den Auswirkungen der gängigen Asylverfahrensmethoden auseinanderzusetzen.

Mit ihrer Unterschriftenaktion gegen die von der rot-grünen Bundesregierung geplante Reform des antiquierten deutschen Staatsbürgerschaftsrechts haben die Ewiggestrigen von CSU und CDU zudem das gesellschaftliche Klima dermaßen vergiftet, so daß eine rationale Auseinandersetzung mit asyl- und migrationspolitischen Fragestellungen nicht möglich erscheint.

Trotzdem halten wir es für eminent wichtig, die Auseinandersetzung um das Grundrecht auf Asyl auf der politischen Tagesordnung zu halten. Denn nahezu unbemerkt und meist ohne großen Protest wurden im nationalen wie auch im europäischen Rahmen Maßnahmen eingeleitet, die - meist von der Sozialdemokratie mitgetragen - die Rechte von Asylsuchenden weiter ausgehöhlt haben. Nahezu unbemerkt von der Öffentlichkeit entwickelt sich die Europäische Union zu einer Festung, an deren Toren unerwünschte Asylsuchende im Extremfall mit militärischen Mitteln abgefangen werden. Hier muß es unsere Aufgabe sein, Fehlentwicklungen aufzuzeigen und weiter für ein volles Grundrecht auf Asyl zu kämpfen.

Bereits seit längerem ist in nahezu allen europäischen Staaten die Tendenz ersichtlich, sich an die harte Gangart der deutschen Asylpraxis anzugleichen. Meist geschieht dies nicht ohne entsprechenden Druck von deutschen Hardlinern, wie z.B. dem ehemaligen Innenminister Kanther, der vor nicht allzu langer Zeit von Italien eine härtere Gangart gegen "illegale" Flüchtlinge aus dem Kosovo erpressen wollte. Spanien begann bereits Mitte der 80er-Jahre, Flüchtlinge aus afrikanischen und lateinamerikanischen Verfolgerstaaten zurückzuweisen und Ende der 80er-Jahre tat Griechenland dasselbe mit den zuvor geduldeten kurdischen Flüchtlingen aus der Türkei und aus dem Irak.

Schweden, die Niederlande, Österreich und teilweise Frankreich, Länder in denen sich eigentlich eine liberale Flüchtlingspraxis durchgesetzt hatte, schieben heute ebenso rücksichtslos ab wie Deutschland. Die Verschärfungen der Asylpraxis in diesen Ländern führte unmittelbar zu Anpassungsreaktionen bei den übrigen Ländern der Europäischen Union. Auch die Beitrittsaspiranten (u.a. Polen und Tschechien) sahen sich genötigt, unter westlichem Druck rigorose Abwehrmaßnahmen an ihren Außengrenzen zu installieren und eine restriktive Flüchtlingspolitik zu betreiben.

Besonders der deutsche "Asylkompromiß" trug wesentlich zu einem erneuten europäischen Reigen in der Beschneidung des Grundrechts auf Asyl bei. In den Niederlanden wurde als Reaktion bereits im selben Sommer 1993 laut über eine Klausel nachgedacht, mit der Asylbewerber aus angeblich sicheren Ländern vom Verfahren ferngehalten werden können.

Die Masse der europäischen Länder betreibt eine Flüchtlingspolitik, die einzig und allein darauf abzielt, Flüchtlingen den Zugang zur Europäischen Union zu erschweren oder unmöglich zu machen. Bis in die Gegenwart beabsichtigten alle Strategiepapiere, Arbeitsgruppen, Fachtagungen und Vereinbarungen, die zwischen den europäischen Ländern im Bereich der Flüchtlingspolitik initiiert wurden, den schnellstmöglichen und effektiven Ausbau Europas zur Asylfestung. Österreich hat hierzu bereits detaillierte Vorschläge vorgelegt.

Anstatt anzuerkennen, daß gerade ein Wohlstandsgebiet wie die Europäische Union zu einer liberalen und an den realen Lebenssituationen der Flüchtlinge orientierten Asylpolitik verpflichtet ist, verabschiedet sich Europa langsam aber stetig von den Grundsätzen, die sich u.a. in Artikel 14 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte niedergeschlagen haben.

Statt über weitere Maßnahmen zur "Abwehr" von Flüchtlingen und die grenzübergreifende Bekämpfung von angeblich die innere Sicherheit der EU gefährdende Schlepperbanden zu diskutieren, sollte die rot-grüne Bundesregierung die verbliebene Zeit ihrer Ratspräsidentschaft nutzen, um mit Nachdruck für eine Kehrtwende in der europäischen Flüchtlingspolitik zu kämpfen. Glaubwürdig kann sie dies nur tun, wenn sie diese Kehrtwende gleichzeitig im nationalen Rahmen vollzieht.

Im europäischen Rahmen muß sich die Bundesregierung für eine verbindliche Umsetzung von gemeinsamen Mindeststandards im Asylrecht einsetzen. Diese Mindeststandards müssen sich orientieren an der Europäischen Menschenrechtskonvention und an der Allgemeinen Erklärung der

Menschenrechte. Sie dürfen nicht mehr dem Zweck einer Abschottung Europas dienen. Die Behandlung von Asylsuchenden als Menschen zweiter Klasse hat in einem sich auf die Werte der Aufklärung berufenden Europa keinen Platz mehr.

Für unverzichtbar erachten wir dabei auch auf europäischer Ebene die verpflichtende Anerkennung aller unterschiedlichen Verfolgungstypen.

Ein geregeltes, rechtsstaatliches Verfahren zur Anerkennung mit Berufungsmöglichkeiten ist in allen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union sicherzustellen. Hierzu gehört die umfassende Beratung der Asylsuchenden durch Rechtsbeistände und die Möglichkeit zur Bestreitung des Asylverfahrens in der Muttersprache. Schnellverfahren lehnen wir grundsätzlich ab.

Für straffällig gewordene Asylsuchende oder Ausländer darf es keine Sonderstrafen (z.B. Ausweisung) in Europa geben. Die Abschiebehaft als "Strafe ohne Vergehen" darf ebenso in Europa nicht länger geduldet werden.

Eine menschenwürdige Behandlung von Asylsuchenden ist sicherzustellen. Dazu muß eine europaweite Gewährleistung der sozialen Absicherung von Asylsuchenden und die Erlaubnis, zur Finanzierung des eigenen Lebensunterhaltes einer Erwerbsarbeit nachzugehen, gehören. Die Freizügigkeitsregeln des europäischen Binnenmarktes sind auch auf AsylbewerberInnen anzuwenden.

3. Handlungsperspektiven

Die Wahlen zum Europäischen Parlament wurden bisher in der Bevölkerung eher unter der Rubrik "Ferner liefen..." wahrgenommen. Die traditionell geringe Wahlbeteiligung und der vergleichsweise große Stimmenanteil für rechtsradikale Parteien sind ein deutliches Indiz dafür. Auch in der SPD wurde die Europawahl eher als notwendiges Zusatzübel wahrgenommen, das man zwar nicht vollständig ignorieren kann, wofür aber nur geringe personelle und finanzielle Ressourcen aufgebracht werden.

Der Wahlkampf der Partei wird der Bedeutung von Europa und europäischer Politik insofern kaum gerecht werden können. Die Planungen der Euro-Kampa belegen diese Befürchtungen.

Auch wenn von dem von der deutschen Ratspräsidentschaft angestrebten europäischen Beschäftigungspakt inhaltlich nicht allzuviel zu erwarten sein dürfte, wird es die Aufgabe der Jusos sein, zusammen mit BündnispartnerInnen (vor allem aus dem gewerkschaftlichen Bereich), den notwendigen Kurswechsel für eine europäische Politik einzufordern, die sich aktiv an der Schaffung von Arbeitsplätzen beteiligt und die entsprechenden Rahmenbedingungen für nationalstaatliche Beschäftigungspolitik schafft. Die Chancen, in den nächsten Wochen inhaltliche Pflöcke in der Bevölkerung und vor allem bei den Jugendlichen einzuschlagen, sind gut. Wir haben die entsprechende Aufmerksamkeit in der Bevölkerung, wir haben die richtigen Konzepte und wir haben im Bundestagswahlkampf gezeigt, daß wir in der Lage sind, unsere Positionen kreativ und damit wirkungsvoll an die Zielgruppe zu bringen.

Dabei wird die Beschäftigungspolitik den inhaltlichen Schwerpunkt unserer Kampagne bilden. Darüber hinaus werden wir uns aber auch mit den inhaltlichen "Dauerbrennern" auseinandersetzen müssen, die bei jeder Europawahl (und eigentlich auch dazwischen) von Bedeutung sind: Die mangelnde Transparenz europäischer Strukturen und -Politik, aber auch die ausstehenden Fortschritte im Hinblick auf eine Demokratisierung der EU, letztendlich also das Thema "Politische Union". Insgesamt ergeben sich damit also zwei inhaltliche Bausteine für unseren Juso-Wahlkampf, zwischen denen sich nur auf den ersten Blick schwerlich ein Bogen spannen läßt. Natürlich werden Entscheidungen in Bezug auf eine europäische Beschäftigungspolitik zwischen den Regierungen und in der Kommission getroffen und nicht im Europäischen Parlament. Damit stellt sich aber automatisch die Frage, ob das auch in aller Zukunft so bleiben soll bzw. kann.

Europa wird vielerorts als eine undurchschaubare Ebene wahrgenommen, die geprägt ist von Bürokratenschwungel und Korruption. Die jüngsten Enthüllungen über die Kommission haben diesen Eindruck sicherlich verstärkt.

Auf diese Gemütslage werden wir selbstverständlich Rücksicht nehmen müssen, nicht ohne dabei allerdings auf unsere Vorstellungen für eine Weiterentwicklung der europäischen Integration zu sprechen zu kommen.

Damit sind die beiden Bausteine unserer europapolitischen Kampagne bereits umrissen:

3.1 "Wir sind Europa"

Hier geht es darum, erstens Aufklärungsarbeit über die Funktionsweise und Aufgabenteilung der europäischen Institutionen zu leisten. Zweitens gilt es mitzuhelfen, eine positive Grundstimmung für Europa zu erzeugen. Dabei sollten lokale Projekte (natürlich sinnvolle) herausgehoben werden, die z.B. aus Mitteln der europäischen Struktur- oder Sozialfonds gefördert werden etc. Drittens werden wir uns in diesem Baustein mit der Frage der Demokratisierung der europäischen Strukturen auseinandersetzen.

3.2 Solidarität statt Spaltung: Beschäftigung für Europa

Dies wird der zentrale inhaltliche Baustein unseres Projektes sein. Aufgrund der hegemonialen Situation und der Möglichkeiten der Bündnisarbeit sollte vor allem auf den wirtschaftspolitische Koordinierung und die Vereinbarung europäischer Mindeststandards in den Bereichen Steuerpolitik (vor allem Unternehmens- und Zinsertragssteuer), sozialer und ökologischer Mindeststandards und Grundanforderungen an die Organisation der industriellen Beziehungen auf Ebene der Mitgliedsstaaten und in der EU orientiert werden.

Der Euro wird in dem bevorstehenden Wahlkampf keine große Rolle mehr spielen. Er ist inzwischen Realität und eine Grundsatzdiskussion über Sinne und Stabilität der neuen Währung daher überflüssig. Auch die öffentliche Meinung zum Euro hat sich in der letzten Zeit zum Besseren gewandelt oder doch zumindest deutlich beruhigt. Leider ist aber gerade in diesem Bereich die konservative Hegemonie noch weitgehend intakt. Bestrebungen, mit ökonomisch unbedarften Menschen eine Zielveränderung der Zentralbank oder eine Aufkündigung des Stabilitätspakts etc. zu diskutieren, werden auch heute noch zu panischen Reaktionen bei den meisten Angesprochenen führen. Um den Boden für eine neue Regulierungslogik (nicht nur) auf europäischer Ebene zu legen, erscheinen die oben bereits erwähnten Themenfelder sinnvoller. Gerade die Mitbestimmung der ArbeitnehmerInnen, bei der auf europäischer Ebene einiges im Argen liegt, bietet sich für eine bündnispolitische Orientierung an.

Zu Erwarten ist ein verstärktes Auftreten von Faschoparteien im EP-Wahlkampf. Sie setzen einerseits auf die - im Vergleich zu Bundestagswahlen - geringere Hemmschwelle ihrer potentiellen SympathisantInnen rechtsradikale Parteien zu wählen. Zum Zweiten können sie mit vergleichbar wenig Aufwand einen hoher Betrag an Wahlkampfkostenerstattung erzielen. Im Gegensatz zum emotionalisierenden Wahlkampf der Faschos müssen wir auf die objektiven Chancen und positiven Perspektivangebote hinweisen, die in der Schaffung von Arbeitsplätzen besteht. So besteht die Möglichkeit die subjektiven Ängste, die von Rechtsradikalen geschürt werden, durch Appell an eine rationalere Ebene zu überwinden.

3.3 SPE

Jusos und SPD müssen europapolitische Grundsätze im eigenen Bereich umsetzen.

Jusos und SPD müssen ihren Beitrag zu einer Demokratisierung europäischer Entscheidungsprozesse leisten. Dazu sind Entscheidungskompetenzen an und die abzutreten. ECOSY und die SPE müssen durch die uneingeschränkte Anwendung des Prinzips der Mehrheitsentscheidung und die Verabschiedung vom Dogma der gleichberechtigten nationalstaatlichen Repräsentanz demokratisiert werden.

Die Europaparlamentswahlen müssen mit Hilfe einheitlicher europäischer Parteiprogrammatik, die nationale Wahlprogramme ersetzt, und die Heraushebung europäischer SpitzenkandidatInnen europäisiert werden. Dies hat schon vor der Schaffung eines einheitlichen europäischen Wahlrechts, das lange überfällig ist, zu geschehen.

SPE und ECOSY

Die Europäische Union bedarf einer europäischen Parteienlandschaft. Noch kann die Sozialdemokratische Partei Europas (SPE) nicht als integrierte europäische Partei bezeichnet werden. Denn Rechte an diese Ebene hat bislang noch keine nationale Partei in irgendeiner Frage abgetreten.

Die SPE hinkt der Integration Europas sogar hinterher, statt an ihrer Spitze zu stehen. Das Mehrheitsprinzip muß in allen Gremien massiv ausgeweitet und faktisch angewendet werden, damit die SPE aufschließen kann. Auch müssen demokratische und geheime Wahlen mit der gelegentlichen Möglichkeit der Auswahl auch auf SPE-Ebene selbstverständlich werden.

Die SPE hat - im Zusammenspiel mit den nationalen Parteien - die enorm wichtige Aufgabe, für eine an EU-Entscheidungen interessierte Öffentlichkeit - innerhalb und außerhalb der Parteien - zu sorgen und diese mit Informationen auszustatten und Diskussionen nach Brüssel weiterzutragen. Bislang versagen die nationalen Parteien der SPE die Erfüllung dieser Aufgabe.

Die SPD muß die Arbeit der SPE und der SPE-Fraktion weit häufiger zum Bestandteil ihrer Diskussionen machen. Notwendig ist auch eine demokratische und transparente Entscheidung über Kongressdelegierte und Vorschläge für die SPE-Gremien im Parteitag und dem Parteivorstand. Auch für die SPD in den Bezirken und Unterbezirken hat eine Auseinandersetzung mit der europäischen Ebene zum Regelfall zu werden. Die SPD ist aufgefordert, einen Schwerpunkt in der Europapolitik zu setzen und beispielhaft zu erarbeiten, wie eine europäisierte Parteiarbeit aussehen könnte.

Die Europäischen JungsozialistInnen (Ecosy) sind ein Stück weiter als die SPE, aber auch hier darf die Entwicklung nicht stehen bleiben. Auch bei den Jusos muß an vielen Orten erst noch die Tatsache vermittelt werden, daß es eine EU-Ebene der Jusos gibt. Als Querschnittsthema muß europäische Innenpolitik innerhalb des Juso-Bundesverbandes noch einen deutlich herausgehobeneren Stellenwert erlangen.

Mehrheitsentscheidungen gibt es bei Ecosy bereits heute mit schöner Regelmäßigkeit. Dies muß so bleiben. Die Zusammensetzung des Ecosy-Kongresses, auf dem bislang jede Nation die gleiche Stimmenzahl hat, muß demokratisiert werden. Insgesamt muß Ecosy so ausgestattet werden, daß die nationale Ebene nicht mehr das alleinige Ziel ihrer Aktivitäten ist. Eine Verbreiterung der Ecosy-Aktivitäten in Richtung der Regionen wäre eine erhebliche Stärkung der europäischen Zusammenarbeit von Jusos.

3.4 Die Gipfeltreffen im Juni in Köln

Am 3./4. Juni - eine Woche vor der EP-Wahl - findet in Köln der EU-Gipfel mit dem Schwerpunkt Beschäftigungspolitik statt. Dieser Gipfel würde die Möglichkeit bieten, die oben beschriebenen notwendigen Schritte hin zu einer europäischen Beschäftigungspolitik anzustoßen.

Der am 17./18. Juni ebenfalls in Köln stattfindende Weltwirtschaftsgipfel würde zudem die Möglichkeit eröffnen, die notwendige internationale Koordinierung - insbesondere in der Frage der Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte - durch ein koordiniertes Vorgehen der dort vertretenen EU-Mitgliedsstaaten einen deutlichen Schritt voranzubringen.

Die NATO-Bombardierungen in Jugoslawien, der Rücktritt von Finanzminister Lafontaine und die dagegen, daß die EU-Regierungschefs auf dem Kölner Gipfel Schritte hin zu einer koordinierten europäischen Beschäftigungspolitik überhaupt diskutieren. Von einer kohärenten, mit der herrschenden Angebotsfixierung brechenden europäischen Beschäftigungspolitik ganz zu schweigen. Für uns Jusos wird es dennoch darum gehen deutlich zu machen, daß eine europäische Beschäftigungspolitik mehr ist als nur "100.000 Jobs für Junge" und eine Koordinierung mehr bedeutet als der Informationsaustausch über medienwirksame nationale Einzelprojekte.

Gerade wir Jusos werden diese Gipfeltreffen nutzen, unsere Vorstellungen für eine kurz- bis mittelfristig realisierbare Beschäftigungspolitik der Öffentlichkeit zu präsentieren. Unsere Aufgabe ist es, zusammen mit BündnispartnerInnen, den notwendigen Kurswechsel für eine europäische Politik einzufordern, die sich aktiv an der Schaffung von Arbeitsplätzen beteiligt und die entsprechenden Rahmenbedingungen für nationalstaatliche Beschäftigungspolitik schafft. Dementsprechend werden wir uns an den Veranstaltungen der "Alternativen Gipfeltreffen" beteiligen und schon im Vorfeld den Schwerpunkt "Beschäftigungspolitik" unseres Europawahlkampfes zu verankern.

Ausbildung

Erklärtes Ziel der Bundesregierung war und ist es, allen Jugendlichen einen qualifizierten Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen. In seiner Regierungserklärung formulierte Gerhard Schröder: "Wir wollen und werden erreichen, daß alle Jugendlichen einen qualifizierten Ausbildungsplatz bekommen. Das ist ihre Erwartung an Politik und die werden wir erfüllen".

Der vorliegende Entwurf des Berufsbildungsberichtes macht aber deutlich, daß es das Bildungsministerium in Rüttgers-Tradition vorzieht, dieses Lehrstellenversprechen durch Zahlentrickserei statt durch Politik einzulösen.

Die Behauptung der Bildungsministerin Edelgard Bulmahn, 1999 wäre mit nur 690.000 Bewerbungen um einen Ausbildungsplatz zu rechnen, ist illusorisch. Bereits 1998 bewarben sich 800.000 Jugendliche um einen Ausbildungsplatz. Dieses Jahr muß sogar tendentiell mit mehr als mit weniger BewerberInnen gerechnet werden.

Keine Antwort findet sich im Berufsbildungsbericht auf die Frage, wie das durch das Verfassungsgerichts festgelegt Recht auf eine "Berufswahlentscheidung" sichergestellt werden soll. Demnach müßten 12,5% mehr Ausbildungsplätze bereitgestellt werden als BewerberInnen gemeldet sind.

Hinzu kommt, daß bei der Schätzung der nachgefragten Ausbildungsplätze völlig unberücksichtigt bleibt, daß diejenigen Jugendlichen, die in schulischen Warteschleifen, in Arbeit, oder in Sonderprogrammen untergekommen sind, keineswegs als "erledigt" zu betrachten sind, sondern sich weiterhin um einen Ausbildungsplatz bemühen werden. Nach Schätzungen der Bundesanstalt für Arbeit und des Bundesinstituts für Berufsbildung (BiBB) handelte es sich 1998 hierbei um mindestens 70.000 Jugendliche, die korrekterweise zu den 36.000 nicht vermittelten Bewerberinnen hätten hinzugerechnet werden müssen.

Im Koalitionsvertrag erklärt die rot-grüne Bundesregierung, daß sie "im Lichte der Ergebnisse des Bündnisses für Arbeit ihre Festlegung über mögliche politische und gesetzgeberische Maßnahmen hinsichtlich der Sicherung einer qualifizierten Ausbildung für alle Jugendlichen" treffen möchte.

In diesem Jahr gelingt es scheinbar auch einer sozialdemokratisch geführten Bundesregierung nicht, Betriebe in Form von Appellen dazu zu bewegen, die notwendige Zahl von Ausbildungsplätzen zur Verfügung zu stellen. Offensichtlich erreicht auch das Bündnis für Arbeit keine Verbesserung für Jugendliche ohne Ausbildungsplatz. Nach wie vor bedarf es einer gesetzlichen Regelung, um sicherzustellen, daß im kommenden Ausbildungsjahr nicht noch einmal eine große Zahl von Jugendlichen ohne einen Ausbildungsplatz auskommen muß. Bodo Hombach hat in seinem Buch "Aufbruch" die Umlagefinanzierung als einen Rückfall in tausendfach gescheiterten Dirigismus bezeichnet. Das Gegenteil ist der Fall: Es ist der Konsens, der sein Scheitern tausendfach unter Beweis gestellt hat. Selbst massiv eingesetzte öffentliche Mittel konnten auch in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen die Pleite nicht verhindern. Nirgends, wo versucht wurde, die Ausbildungsplatzlücke durch einen Konsens mit den Unternehmen zu schließen, ist es gelungen, allen Jugendlichen auch nur rein rechnerisch die Chance auf einen Ausbildungsplatz zu geben.

Wir fordern die SPD-Fraktion auf, den in der vorherigen Legislaturperiode von der damaligen Koalition abgelehnten Gesetzentwurf zur beruflichen Bildung erneut in den Bundestag einzubringen.

Mit der Sicherstellung eines ausreichenden Ausbildungsplatzangebotes ist es aber nicht getan.

Es gilt darüber hinaus:

- die Ausbildungsstandards nach aktuellen, technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungen kontinuierlich zu überprüfen und weiterzuentwickeln sowie sicherzustellen, daß diese Standards nicht zuungunsten der Auszubildenden unterminiert werden.

- die soziale Diskriminierung bestimmter Gruppen (z.B. Mädchen, junge AusländerInnen) in bestimmten Branchen durch eine quotierte Ausbildungsplatzvergabe zu durchbrechen
- die regionalen Unterschiede im Ausbildungsplatzangebot, sowie im Ausbildungsniveau durch gezielte Förderung zu beseitigen
- durch die gezielte Förderung zukunftssträchtiger Ausbildungsberufe das Risiko der Übernahme an der zweiten Schwelle der Ausbildung zu senken
- dem schleichenden Ausstieg aus der betrieblichen Ausbildung durch die zunehmende staatlich Finanzierung von Ausbildung Einhalt zu gebieten.

Studienstrukturreform: Für ein selbstbestimmtes und fächerübergreifendes Studium

Angesichts sich radikal verändernder Berufsbilder, zunehmender Technisierung vieler Lebensbereiche und sich immer weiter vermehrenden Wissens einerseits und einer katastrophalen Unterfinanzierung der Hochschulen andererseits, kann das gegenwärtige Bildungs- und Ausbildungssystem den von verschiedensten Positionen aus gestellten Anforderungen nicht mehr gerecht werden. Die Diskussion um eine grundlegende Reform der Studienstrukturen ist daher unumgänglich.

Von herrschender Seite wird im Sinne eines scheinbar unausweichlichen Standortwettbewerbs von den Bildungseinrichtungen verlangt, nach den Anforderungen des Marktes verwertbare Arbeitskräfte auszubilden. Eine neue Studienstruktur darf sich aber nicht primär an den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes orientieren. Ausgehend von einem emanzipativen Bildungsbegriff muß vielmehr die Forderung nach selbstbestimmtem Lernen und die Entwicklung von Kritikfähigkeit im Vordergrund stehen. Nur so kann umfassende Bildung maßgeblich zu gesellschaftlicher Partizipation beitragen. Insofern kann das Studium in Zukunft nicht mehr auf dem alleinigen Erwerb von Faktenwissen in streng getrennten Fachrichtungen beruhen.

Leitlinien für eine Reform der Studienstruktur müssen daher sein:

- **Interdisziplinarität**

Sinnvollerweise müssen die einzelnen Fächer und Studiengänge auch in Zukunft voneinander abgrenzbar sein – allein schon, um den Studierenden ein Minimum an Orientierung zu bieten und nicht einem umreflektierten "universellen Dilettantismus" Vorschub zu leisten. Da jedoch zur Lösung komplexer Probleme mehr als nur das Wissen aus einer Disziplin vonnöten ist, muß das Studium künftig stärker interdisziplinär ausgerichtet werden. Die Grenzen zwischen den einzelnen Fächern müssen angesichts der Entwicklungen in Forschung und Lehre neu definiert und durchlässiger gestaltet werden. Dabei sind ökologische, feministische und soziale Fragestellungen zu berücksichtigen.

- **Projektorientierung**

Ein wesentlicher Grundzug des gegenwärtigen Wissenschaftssystems liegt in der oft willkürlichen Aufspaltung zu lösender Probleme – entweder zwischen "Theorie" und "Praxis" oder entlang der Grenze zwischen den einzelnen Spezialdisziplinen. Diese Aufspaltung ist nicht nur ineffizient. Sie führt auch dazu, daß wesentliche Aspekte des Studiums (z. B. Forschungsfolgenabschätzung, Wissenschaftskritik und -ethik) kaum integrierbar sind. Sinnvoll sind Arbeitsformen, die ein gleichberechtigtes Miteinander ermöglichen und weniger auf reine Wissensvermittlung als Problemlösung abzielen – und so Theorie und Praxis integrieren. In einem stärker an der Arbeit in Projekten orientierten Studium können komplexe Lösungswege exemplarisch erprobt und auf andere Probleme übertragen werden.

- **Aufhebung der Grenzen zwischen den verschiedenen Hochschulformen.**

Die Projektorientierung macht es sinnvoll, daß die Lernenden sehr unterschiedlich qualifiziert sind. So sollten eher in Bezug auf die Anwendungsorientierung qualifizierte Lernende mit solchen zusammenarbeiten, die den Schwerpunkt ihres Studiums auf theoretische Fragestellungen legen. In gleicher Weise können Studierende unterschiedlicher Disziplinen von dem je unterschiedlichen Fachwissen profitieren. Insofern läuft die Projektorientierung auf das Konzept einer modifizierten Gesamthochschule hinaus. In einer solchen Bildungseinrichtung wird den Prinzipien der Chancengleichheit und des selbstbestimmten Lernens Rechnung getragen. Solange dies nicht zu realisieren ist, muß der Übergang zwischen Hochschulformen offen gestaltet werden.

- **Lebensbegleitendes Lernen.**

Die Weiterbildung muß als dritte Säule neben Lehre und Forschung in die Hochschulen eingeführt und ausgebaut werden. Nur so kann den Veränderungen in den Erwerbsbiographien auf der einen und der Expansion des Wissens (bei gleichzeitiger Tendenz zur immer schnelleren Revision dieses Wissens) Rechnung getragen werden. Den Hochschulen als Stätten des Gewinns und der Vermittlung neuer Erkenntnisse kommt eine herausgehobene Bedeutung zu. Sie müssen zu Orten des gesellschaftlichen Diskurses werden, die allen Interessierten offenstehen. Das Konzept des „lebensbegleitenden Lernens“ dient deshalb nicht ökonomischen Verwertungsinteressen sondern dem gesellschaftlichen Wohlstand und fördert die Selbstbestimmung jedesR Lernenden.

- **Modularisierung des Studiums.**

Das System der starren Studienabschlüsse muß durch das einer konsequenten Modularisierung abgelöst werden. In Zukunft haben die Hochschulen ihre Studienangebote zu differenzieren: Sie müssen ihre Studieninhalte neu ausrichten und funktionalere Fächergrenzen schaffen. Auch in Bezug auf die Studiendauer muß flexibel auf die Bedürfnisse der Studierenden eingegangen werden. Sie müssen wählen können, wie lange sie studieren wollen, wann sie ihr Studium unterbrechen und zu welchem Zeitpunkt sie es wieder aufnehmen wollen. Dabei ist die Fixierung auf den Studienabschluß aufzuheben.

- **Wahlfreiheit in allen Phasen des Studiums.**

Jeder Studiengang muß zum selbständigen Lernen und Lösen von Problemen qualifizieren. Dies ist nur gewährleistet, wenn die Studierenden in jeder Studienphase ihren individuellen Neigungen folgen können. Nichtsdestotrotz werden die Studierenden auch in Zukunft durch die Studienordnungen an gewisse Vorgaben gebunden sein. Die Hochschulen haben aber sicherzustellen, daß sie dabei aus einem breiten Angebot mit differenzierten Lehrinhalten und -formen auswählen können.

- **Schlüsselqualifikationen.**

Die Hochschulen müssen in allen Phasen des Studiums Veranstaltungen zu solchen Bereichen anbieten, die sich nicht einzelnen Disziplinen oder Studiengängen zuordnen lassen und deshalb bislang sträflich vernachlässigt wurden (Fremdsprachen, Kritikfähigkeit, vernetztes Denken, Selbständigkeit, Selbstreflexion, usw.).

- **Soziale Sicherung**

Die derzeitige Studiensituation der Studierenden ist geprägt durch die unzureichende soziale Sicherung. Der verstärkte Wunsch zur Berücksichtigung von Teilzeitstudierenden ist durch die weitgehende Berufstätigkeit der Studierenden bedingt, die sich so ihre soziale Sicherung erarbeiten müssen. Nur eine grundlegende Reform der studentischen Ausbildungsförderung kann hier Abhilfe

schaffen. Das Drei-Körbe-Modell des DSW ist hierbei ein erster Schritt. Unbeschadet dessen muß das Bedürfnis nach einem Teilzeitstudium, das etwa Alleinerziehende äußern, befriedigt werden.

- **Studienberatung.**

Da den Studierenden in einem auf diese Weise reformierten Hochschulsystem ein hohes Maß an Eigenverantwortung abverlangt wird, müssen sie seitens der Hochschulen in allen Studienphasen intensiv beraten und betreut werden. Die Beratungsangebote müssen dabei insbesondere darauf ausgerichtet sein, die Studierenden in die Lage zu versetzen, nach Abwägung aller Alternativen eigenverantwortlich über den Verlauf ihres Studiums entscheiden zu können.

Unser Modell der Modularisierung der Studiengänge:

Die JungsozialistInnen sprechen sich für eine Zerlegung des bisherigen, überwiegend in relativ große Blöcke von Veranstaltungen gegliederten Studiums in kleinere Einheiten, sprich Module. Wir verstehen unter einem Modul ein zusammenhängendes Lehrgebiet. Studierende absolvieren einem solchen Themengebiet thematisch zugeordnete Veranstaltungen, die sich auch über mehrere Semester erstrecken können. Damit wird den Studierenden eine bessere und konzentriertere Prüfungsvorbereitung ermöglicht.

Dabei kann davon ausgegangen werden, daß jedes Modul über klar definierte Anforderungen verfügt, indem das zu dessen erfolgreichen Bewältigung erforderliche fachliche und methodische Vorwissen eingefordert wird. Außerdem kann nach Absolvieren eines Moduls von einem Studierenden erwartet werden, daß er die hierin vertieften Lernziele in Form von Fach- und Methodenkenntnissen sowie Schlüsselqualifikationen eingeübt und verstanden hat. Zusammenhänge zu anderen Modulen sind dabei ebenfalls zu vermitteln. Die Voraussetzung für eine sinnvolle Studienplanung ist, daß alle Anforderungen zum Erwerb eines Moduls klar formuliert und nachvollziehbar sind. Darin ist auch die Positionierung des Moduls in bestehende Abschlüsse aufzuführen.

Module können dabei grundlagenbezogen bzw. anwendungsorientiert vergeben werden. In den Modulen sollen beide Kategorien sinnvoll integriert werden. An anderen Bildungseinrichtungen oder auch im Ausland erworbene Leistungen können in das Modulsystem eingebracht werden. Gleiches gilt für Berufsausbildungen, umfangreiche Fortbildungsveranstaltungen und Anerkennungen von Berufserfahrungen, welche als weitere Qualifikations-Bausteine angerechnet werden.

Zur Bewertung erworbener Module befürworten die JungsozialistInnen ein Modell, welches sowohl als Akkumulationssystem als auch als Transfersystem geeignet ist. Damit wird sowohl dem Konzept der studienbegleitenden Prüfungen als auch der Durchlässigkeit zwischen verschiedenen Bildungseinrichtungen im In- und Ausland Rechnung getragen. Hierbei ist zu überprüfen, inwieweit die Richtlinien des ECTS auf das vorgestellte Studienmodell anwendbar sind, da es das bisher am weitesten fortgeschrittene Modell zur Herstellung internationaler Vergleichbarkeit von Studienleistungen ist.

1. Die Orientierungsphase:

Ziele dieser Phase sind, daß sich Studierende grundlegendes Orientierungs- und Methodenwissen aneignen sowie die Eröffnung von zentralen Fragestellungen und Dimensionen des Faches. Unter Orientierungs- und Methodenwissen verstehen wir das Kennenlernen von allgemeinen wissenschaftlichen Methoden sowie den Erwerb von fächerübergreifenden Grundlagen (Basiswissen) und sozial-kommunikativen Fähigkeiten. Diese Phase soll in der Regel bis zu zwei Semestern dauern und dient den Studierenden bei der Feststellung, in welche Richtungen sie ihr Studium fortsetzen wollen. Leistungsnachweise werden in dieser Zeit nicht eingefordert.

2. Grundlagenvermittlung

In dieser Studienphase steht die Vermittlung von auf die jeweilige Disziplin bezogenem Grundlagenwissen mit ersten (verpflichtenden) interdisziplinären Ausblicken im Vordergrund. Die Studierenden sollen in diesen drei bis vier Semestern dazu befähigt werden, in den folgenden Vertiefungsmodulen selbständig zu lernen und zu forschen. Dafür brauchen sie weniger Spezial- als Methodenwissen, welches allerdings nicht vom Inhalt abgekoppelt werden darf. Außerdem müssen sie befähigt werden, sich das für die Vertiefungsmodule notwendige Wissen eigenständig anzueignen.

3. Vertiefungsmodule

In der letzten Studienphase werden die engen Fächergrenzen endgültig zugunsten eines modularisierten Studiums aufgehoben. Dabei werden die bisherigen Disziplinen in Module aufgeteilt, die in sich wiederum interdisziplinär angelegt sind und in verschiedenen Typen von Lehrveranstaltungen (z.B. Seminar, Tutorium, Exkursion) behandelt werden. Besonderes Augenmerk wird dabei auf interdisziplinäre Verknüpfungen, Projektarbeit und selbstorganisiertes Lernen (teamorientiert) gelegt.

Ein Studienabschluß setzt sowohl das erfolgreiche Absolvieren aller drei Phasen als auch eine hinreichend große Breite und Anzahl an Modulen voraus. Wir halten dabei die Einführung neuer Abschlußgrade, wie sie momentan in der Diskussion stehen, für wenig hilfreich, da sie zu den von der Politik vertretenen Inhalten zur Verschulung und Reglementierung beitragen würde. Dies würde einer selbstverantwortlichen Studienplanung einerseits und der qualifizierten Besetzung der Tutorien andererseits abträglich sein. Ohne Erfüllung dieser Kriterien ist die Einführung von Bachelor- und Masterabschlüssen abzulehnen. Darüber hinaus sind sie gesellschaftlich kaum anerkannt und international vergebenen Abschlüssen nicht gleichwertig. Vielmehr weist jedes Modul bereits erworbene Qualifikationen nach.

Desweiteren bergen diese neuen Abschlußgrade die Gefahr einer Aufsplitterung des Studiums in berufsqualifizierendem Massenstudium (Bachelor) und wissenschaftlichem Aufbaustudium für wenige, die es sich leisten können (Master). Dies lehnen wir ab.

Um die Fortbildung von bereits im Berufsleben stehenden Menschen hinsichtlich neuer, aktuell geprägter Anforderungen zu ermöglichen, ist es notwendig, daß sich die Hochschulen für eine allgemeine Weiterbildung öffnen. Hierzu schlagen wir die Einrichtung einer separaten Weiterbildungsphase vor, die ermöglicht, daß mittels wissenschaftlicher Arbeiten und Kurse Module erworben werden können, die aktuelle Fragestellungen behandeln und neue Herangehensweisen thematisieren. Hier wird jedes einzelne Modul zertifiziert, stellt jedoch keinen eigenen Abschluß dar. Es ist aber möglich, durch eine geeignete Kombination angesammelter Module einen Abschluß zu erwerben, da einmal im Laufe des Lebens angesammelte Module ihre Gültigkeit behalten.

Die Personalstruktur an den Hochschulen reformieren!

Die Reform des Personal- und Dienstrechts der an den Hochschulen beschäftigten Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ist eine wesentliche Aufgabe der "Zweiten Bildungsreform". Der anstehende Generationenwechsel an den Hochschulen muß als Chance begriffen werden, die historisch überholten, inflexiblen und ungerechten Beschäftigungsverhältnisse grundlegend zu reformieren. Gleichzeitig müssen Studieninhalte und -organisation, sowie die Struktur der Hochschulen als Ganzes, den an sie gestellten Anforderungen angepaßt und die Finanzaufwendungen für die Hochschulen und die Ausbildungsförderung erheblich aufgestockt werden. Sinnvollerweise sollten die Details einer neuen Personalstruktur nicht vom Gesetzgeber vorgeschrieben, sondern zwischen den Tarifparteien ausgehandelt werden.

I. Leitlinien für die angestrebte Reform der Personalstruktur

Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten fordern die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Gewerkschaften, den Studierenden und den VertreterInnen der Hochschulen schnellstmöglich ein Modell zu entwickeln, das sich an folgenden Leitlinien orientieren soll:

- **Der Abflachung der Hierarchien zwischen den wissenschaftlich Beschäftigten.**

In kaum einem anderen Bereich sind die Beschäftigungsverhältnisse so hierarchisch geprägt wie an den Hochschulen: Der 'wissenschaftliche Nachwuchs' arbeitet in unmittelbarer Abhängigkeit (sowohl in bezug auf die Prüfung/Habilitation als auch in arbeitsrechtlicher Hinsicht) von einer Professorin/einem Professor. Die Strukturen sind dabei in höchstem Maße undurchlässig und zwingen zu Loyalitäten, die dem Ideal der 'freien Wissenschaft' zuwiderlaufen. An die Stelle dieser Hierarchien muß ein Modell treten, das den Erfordernissen der arbeitsteiligen Teamarbeit gerecht wird – perspektivisch sollte die Aufhebung des Status der ProfessorInnen und die Schaffung eines 'einheitlichen Lehrkörpers' angestrebt werden. Mit der zunehmenden Enthierarchisierung der Beschäftigungsverhältnisse an der Hochschule muß auch die persönliche Abhängigkeit der 'studentischen Hilfskräfte' gegenüber den DozentInnen abgebaut werden. Außerdem müssen die Mitwirkungsmöglichkeiten der Studierenden erheblich verbessert werden. Dies betrifft zum einen die Gremienarbeit, zum anderen die Verbesserung der Lehre durch Evaluationspraktiken, die die Studierenden aktiv einbeziehen und nicht nur in einer Konsumentenrolle verbleiben lassen.

- **Der Planbarkeit wissenschaftlicher Karrieren**

Es ist nicht hinzunehmen, daß WissenschaftlerInnen durchschnittlich erst im Alter von 41 Jahren auf eine Professur berufen werden und sich so lange über Zeitverträge (oft auf ½ oder 1/3-Stellen) oder Stipendien finanzieren müssen. Das ist nur unsozial, sondern versperrt gerade Frauen den Weg. Deshalb müssen das völlig überflüssige Initiationsritual der Habilitation abgeschafft, die übrigen Qualifikationszeiten erheblich verkürzt und im Mittelbau abgesehen von den Professuren auf Probe nur solche Stellen befristet werden, auf denen Qualifikationen erworben werden.

- **Der Förderung von Wissenschaftlerinnen.**

Die patriarchalen Strukturen an den Hochschulen haben zu einer nicht hinnehmbaren Benachteiligung von Frauen geführt. Obwohl in den letzten 20 Jahren der Anteil von Frauen bei den StudienanfängerInnen kontinuierlich gestiegen ist, sind Wissenschaftlerinnen in der Hochschule noch immer unterrepräsentiert. Ziel einer umfassenden Reform der Personalstruktur muß es daher sein, den Anteil der Frauen bei wissenschaftlichen Stellen zu erhöhen. Bis zu einer gleichberechtigten Repräsentation im Bereich der Wissenschaft sind auf allen Qualifikationsstufen gezielte Angebote für Frauen bereitzustellen.

- **Der Einheit von Forschung und Lehre.**

Die Qualifikation von Hochschullehrerinnen und -lehrern bezieht sich gegenwärtig ausschließlich auf die Forschung. In Zukunft müssen pädagogische und didaktische Fähigkeiten in allen Qualifikationsphasen stärker berücksichtigt und über Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen vertieft werden. Grundsätzlich sollten alle an den Hochschulen beschäftigten WissenschaftlerInnen sowohl in der Forschung wie in der Lehre tätig sein. Dies schließt jedoch nicht aus, daß je nach Neigung und Arbeitsteilung an den Fachbereichen für überschaubare Zeitabschnitte Schwerpunkte gesetzt werden können.

- **Der Berücksichtigung neuer Aufgabenfelder.**

- Für zahlreiche Aufgaben an den Hochschulen gibt es gegenwärtig kein ausreichend qualifiziertes Personal: Studienberatung, Projektmanagement, Drittmittel-Einwerbung usw. werden 'nebenbei' erledigt oder auf den 'Mittelbau' abgewälzt. In vielen Fällen wäre es sinnvoll, entsprechende, demokratisch kontrollierte und vorwiegend unbefristete Funktionsstellen einzurichten.

- **Der Schaffung von Leistungsanreizen.**

Die Bezahlung an den Hochschulen erfolgt heute im wesentlichen nach Dienstalter und nicht nach Leistung. Dieses Prinzip hat sich nicht bewährt. Zukünftig müssen leistungsbezogene Einkommenskomponenten eine größere Rolle spielen. Die Bezahlung soll dann aus einer Grundvergütung und zeitlich befristeten Zulagen – je nach Belastung, übernommenen Aufgaben und erbrachter Leistung – bestehen. Damit entfällt auch die Unterscheidung in C2-, C3- und C4-Professuren, für die es keinerlei sachliche Begründung gibt.

- **Der Öffnung des ProfessorInnen-Amtes.**

Die Trennung in 'Theorie' und 'Praxis' ist in vielen Fällen eine willkürliche. Deshalb müssen die Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß an den Universitäten – wie schon an den Fach- und künstlerischen Hochschulen – auch 'QuereinsteigerInnen' und solche WissenschaftlerInnen, die keine 'klassische' akademische Karriere hinter sich haben oder aus dem Ausland kommen, öfter auf Professuren berufen werden. Dabei sind die Möglichkeiten der Teilzeitarbeit auszuweiten.

- **Der Regelung der 'Nebenverdienste'.**

In zahlreichen Disziplinen sind die Verdienstmöglichkeiten aus 'Nebentätigkeiten' erheblich höher als die vom Staat gewährte Vergütung. Davon profitieren ausschließlich die ProfessorInnen – deren MitarbeiterInnen, sowie die Hochschulen selbst, gehen leer aus. Im Rahmen der Reform der Personalstruktur ist dafür zu sorgen, daß diese Einkünfte offen gelegt, gerecht verteilt und insbesondere die Leistungen der Hochschulen angemessen honoriert werden.

II. Unser Vorschlag für eine neue Personalstruktur

Die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten bringen folgendes Modell für eine neue Personalstruktur an den Hochschulen in die Debatte ein, das ohne größere Probleme unter Wahrung des Bestandsschutzes für die gegenwärtig Beschäftigten sofort umsetzbar ist:

1. Bis zur Promotion

Der Zugang zum Promotionsverfahren soll auch künftig über einen Hochschulabschluß führen. Allerdings soll das gesamte Promotionsverfahren – im Falle eines Vollzeit-Promotionsverfahrens – nach spätestens drei Jahren abgeschlossen sein. Erfolgt die Promotion auf einer Qualifikationsstelle, so ist sicherzustellen, daß ein fester Arbeitszeitanteil für die Promotion zur Verfügung steht. Der Anstellungszeitraum ist so zu bemessen, daß ein Abschluß der Promotion bis zum Ende der Anstellungsdauer auch tatsächlich realistisch ist. Sind diese Rahmenbedingungen gegeben, ist gegen eine Befristung einer Promotionsstelle nichts einzuwenden. Zur Doktorandenausbildung sind vermehrt Graduiertenkollegs mit ausreichend dotierten Stipendien einzurichten.

2. Nach der Promotion

Für eine weitere Anstellung im wissenschaftlichen Bereich soll die Promotion die Regelvoraussetzung bleiben. Es ergeben sich dann zwei Möglichkeiten. Wer die Promotion abgeschlossen hat oder entsprechende Berufserfahrung mitbringt, kann sich auf eine der wenigen Funktionsstellen im wissenschaftlichen Bereich (z. B. für Aufgaben im Wissenschaftsmanagement oder zur Betreuung von Großgeräten und Sammlungen) bewerben.

Diejenigen WissenschaftlerInnen, die nach der Promotion auf eine Professur berufen werden wollen, müssen sich weiter qualifizieren. Denn auch in Zukunft wird die Professur – grundgesetzlich geschützt – ein ausgesprochen privilegiertes Arbeitsverhältnis darstellen, das vielfältige Qualifikationen erfordert, die über die Promotion nicht abgedeckt werden können. Es ist daher dringend notwendig, daß die Professur-AnwärterInnen frühzeitig eigene Projekte in Forschung und Lehre durchführen und möglichst eigenverantwortlich leiten. Ein adäquater Praxisbezug muß daher sichergestellt werden. Dabei wird es auch in Zukunft eine Form von Aufsicht und Betreuung geben müssen. Der didaktischen Ausbildung der HochschullehrerInnen soll in dieser Assistenzphase besondere Aufmerksamkeit zukommen. An den Hochschulen werden daher Strukturen zur didaktischen Ausbildung aller Hochschulangehörigen eingerichtet.

Wer fünf Jahre auf einer Qualifizierungsstelle tätig war oder Vergleichbares nachweisen kann, soll sich auf Professuren bewerben können. Die Professur-AnwärterInnen sollen längstens sechs Jahre auf Qualifizierungsstellen beschäftigt werden. Im Anschluß ergeben sich vier Möglichkeiten:

- Sie werden erstmals auf eine Professur berufen,
- sie wechseln auf eine unbefristete Funktionsstelle,
- sie akquirieren selbständig Mittel für weitere Forschungsvorhaben oder
- sie verlassen die Hochschule.

3. Professuren

Die Neuberufenen werden zunächst für zwei Jahre auf Probe angestellt. Während dieser Probezeit soll u. a. geprüft werden, ob die jungen ProfessorInnen über hinlängliche pädagogische Fähigkeiten verfügen. Ist dies der Fall, so soll das Dienstverhältnis nach Ablauf der zwei Jahre regelmäßig und ohne große Hürden in ein unbefristetes Arbeitsverhältnis übergehen.

In jedem Fall sind die jungen ProfessorInnen vom ersten Tage an mit ihren älteren KollegInnen gleichberechtigt. Sie haben die gleichen Rechte und Pflichten, die sich aus einem dann einheitlichen ProfessorInnenamt ergeben. Die Differenzierung in C2, C3 und C4 entfällt ebenso wie die bisherige

Diskriminierung von ProfessorInnen an den Fachhochschulen gegenüber ihren KollegInnen an den Universitäten. Für ProfessorInnen ist ein einheitliches Grundgehalt vorzusehen, das je nach Belastung, erbrachter Leistungen in Forschung und Lehre sowie durch besonderes Engagement in den Bereichen Studienberatung, Gremienarbeit und besonderer Angebote in der Lehre zeitlich befristet durch Zulagen aufgestockt werden kann. Zu deren Bemessung sollten auch die Evaluationsergebnisse der Lehre herangezogen werden.

ProfessorInnen bleiben grundsätzlich verpflichtet, regelmäßig an Weiterbildungsmaßnahmen teilzunehmen. Neben der fachlichen ist auch die didaktische Weiterbildung Pflicht.

Den Politikwechsel realisieren-

Zur Bilanz rot-grüner Regierungspolitik

Der rot-grüne Wahlsieg bei der Bundestagswahl 1998 hat die Chance für einen grundlegenden Politikwechsel in Europa verbessert. Wie in vielen anderen Ländern wurde auch der Regierungswechsel in Deutschland mit Hoffnungen auf eine Politik der Beschäftigungsorientierung, der Re-Regulierung der internationalen Finanzmärkte, der Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme und einer ökologisch zukunftsfähigen Perspektive verbunden. Aber von einem gesellschaftlichen Aufbruch und einer neuen Ära der Reformpolitik kann keine Rede sein. Stattdessen ist Deutschland heute tief in einen völkerrechtswidrigen und sinnlosen Krieg verstrickt.

Insbesondere mit dem Rücktritt Oskar Lafontaines ist das Ende des Spagats zwischen den unterschiedlichen Politikansätzen innerhalb der SPD offenkundig geworden. Das Begriffspaar „Innovation und Gerechtigkeit“ hat seine Funktion als sinnstiftende Klammer während des Wahlkampfes zwar erfolgreich erfüllt, es steht jedoch offenkundig weder für ein konsistentes politisches Projekt noch für ein tragfähiges Reformbündnis. Der Widerspruch zwischen einer Konzeption des nationalen Wettbewerbsstaates auf der einen und der Perspektive einer international kooperativen Wirtschafts- und Finanzpolitik andererseits ist nun offen ausgebrochen.

So bleibt die rot-grüne Bundesregierung die Umsetzung ihres Versprechens, einen Politikwechsel herbeizuführen, schuldig. Wichtigen Korrekturen der Kohl-Politik (u.a. die Wiedereinführung der vollen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall oder des bisherigen Kündigungsschutzes) stehen zahlreiche Pannen und politische Slalomfahrten gegenüber. Deutlich wurde die eklatante Schwäche der Regierung nicht zuletzt in den Auseinandersetzungen um die Steuerpolitik und die Doppelte Staatsbürgerschaft. Der Mobilisierungserfolg der CDU bei den hessischen Landtagswahlen als Folge der ausländerfeindlichen Kampagne gegen das neue Staatsbürgerschaftsrecht resultierte gleichzeitig aus einer erheblichen Bindungsschwäche der SPD. Hier wurde einmal mehr deutlich, dass es gegenwärtig nicht gelingt, das heterogene WählerInnenpotential von Rot-Grün zusammenzuführen und zu mobilisieren.

1. Das Bündnis für Arbeit, 630-DM-Jobs und Scheinselbständigkeit

Das „Bündnis für Arbeit, Ausbildung und Wettbewerbsfähigkeit“ ist der deutlichste Versuch, gesellschaftliche Konflikte zu moderieren und eine neue Kultur des Korporatismus zu etablieren. Die SPD darf aber nicht nur Interessen moderieren, sie muß auch arbeitnehmerorientierte Positionen formulieren, vertreten und in Politik umsetzen. Insbesondere muß mit dem populären Vorurteil, Lohnzurückhaltung würde den Unternehmen gestatten, aus dem Fonds der eingesparten Lohnkosten neue Arbeitsplätze zu finanzieren, aufgeräumt werden.

Anders als der harte Neoliberalismus angelsächsischer oder amerikanischer Provenienz zielt die Bündnisstrategie der rot-grünen Koalition auf die Einbindung und Unterordnung der gewerkschaftlichen Tarifpolitik. Gefragt ist stattdessen eine Verständigung über wirtschafts- und beschäftigungspolitische Spielräume und der Kampf für die Renaissance einer makroökonomischen statt betriebswirtschaftlichen Logik des Politischen.

Soll eine Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit erreicht werden, ohne den Konsens mit den Unternehmensverbänden zu verlassen, dann bleiben der Bundesregierung wichtige Instrumente für eine beschäftigungsorientierte Politik versperrt. Sie macht sich stattdessen abhängig von einer Blockadepolitik der Unternehmensverbände. Somit reduzieren Teile der SPD die eigenen Vorschläge auf drei wesentliche Elemente:

- eine angebotsorientierte Innovationsförderung als „aktive Standortpolitik“,
- eine ausgehandelte Flexibilisierung von Arbeitsverhältnissen und

- die Etablierung eines breiten Niedriglohnsektors.

Diese Politik kann jedoch nichts entscheidendes dazu beitragen, neue qualifizierte Arbeitsplätze zu erschließen und die Leistungsfähigkeit der Sozialsysteme zu sichern. Stattdessen würde insbesondere die Durchsetzung eines staatlich flankierten Niedriglohnsektors die Spaltung des Arbeitsmarktes verschärfen und die Sozialsysteme auf Dauer aushöhlen.

Vor dem Hintergrund der Auseinandersetzung um die künftige Rolle von Billiglohnarbeit und ungeschützten Arbeitsverhältnissen muß auch die gegenwärtige Diskussion um die Neuregelung der 630-DM-Jobs und um die Einschränkung der Scheinselbständigkeit betrachtet werden. Hier wird deutlich, daß selbst zaghafte und halbherzige Versuche der Reduzierung ungeschützter Beschäftigungsverhältnisse nicht ohne heftigen Widerstand vieler Arbeitgeber durchsetzbar sind. Gerade der Versuch des Bundeskanzleramts, eine möglichst „harmlose“ und komplizierte Regelung durchzusetzen, hat in Verbindung mit einer desolaten Informationspolitik dazu beigetragen, die Sozialdemokratie in dieser Frage in die Defensive zu drängen.

Eine beschäftigungsorientierten Politik müßte sich im wesentlichen auf folgende Pfeiler stützen:

- die Ausweitung öffentlicher Investitions- und Strukturpolitik insbesondere auch auf europäischer Ebene zur Durchsetzung neuer Produkte und Produktionsverfahren.

- die Etablierung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors, durch den neue personenbezogene Dienstleistungen zu regulären und tariflichen Standards da die private Nachfrage in diesem Bereich nicht in ausreichendem Maße zahlungsfähig ist. Der „Dritte Sektor“ liegt an der Schnittstelle zwischen einer modernen Dienstleistungspolitik und einer neuen Qualität der Arbeitsmarktpolitik, die insbesondere für Ostdeutschland Perspektiven eröffnen kann, die über kurzfristige Maßnahmen hinausgehen.

- eine Steuerpolitik, die zur Stärkung der Binnennachfrage beiträgt und die zur Ausweitung privater und öffentlicher Investitionen beiträgt.

- neue Initiativen zur Vereinbarung von Arbeitszeitverkürzungen, ohne die eine deutliche Reduzierung der Massenarbeitslosigkeit nicht denkbar ist.

2. Steuerreform

Die finanzpolitischen Altlasten der Regierung Kohl sind eine der gewaltigsten Herausforderungen für die rot-grüne Koalition. Die angebotsorientierte Wirtschafts-, Steuer- und Finanzpolitik von CDU/CSU und FDP beruhte auf den Grundsätzen massiver Steuergeschenke für Großunternehmen und Vermögensmillionäre, dem verheerenden Prinzip von Rückgabe vor Entschädigung als zentralem Investitionshemmnis bei der Ausgestaltung der deutschen Einheit und der tatenlosen Hinnahme von nun jährlich rund 175 Mrd. DM Kosten durch die Massenarbeitslosigkeit. Nach 16 Jahren bürgerlicher Politik lautet die Bilanz: Aus sozialen Gerechtigkeitslücken wurden ökonomische Effizienzlücken.

Deshalb fordern die Jusos in der SPD die Bundesregierung auf, folgende Punkte im Rahmen der Unternehmenssteuerreform und der Neuordnung der Familienbesteuerung umzusetzen:

- Das Ehegattensplitting sowie die Kinderfreibeträge werden abgeschafft, um eine weitere deutliche Erhöhung des Kindergeldes finanzieren zu können.

- Die Besteuerung aller unternehmerischen Einkünfte erfolgt in einer rechtsformunabhängigen Betriebsteuer. Die Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung werden künftig als Gewinneinkunftsart behandelt, um die Aufdeckung stiller Reserven zu ermöglichen. Für die Einkünfte aus Kapitalvermögen wird eine Freigrenze statt des bisherigen Freibetrags konzipiert, um die Entlastung von Vermögensmillionären zu vermeiden und die vollständige Steuerfreiheit von durchschnittlichen Zinserträgen finanzieren zu können.

- Nach Berechnungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) besteht bei einer verfassungskonformen Ausgestaltung der Vermögensteuer und einer reformierten Erbschaft- und Schenkungsteuer ein Einnahmepotential von insgesamt ca. 47 Mrd. DM. Die Neukonzeption dieser Ländersteuern muss zügig angegangen werden, insbesondere um den Bundesländern finanziellen Spielraum für Zukunftsinvestitionen im Bildungsbereich zu erschließen.

- Notwendig sind EU-weite Mindeststandards bei der Kapitalbesteuerung und die Stabilisierung der Gewinnsteuern, um die Globalisierung politisch zu gestalten: Durch ein abgestimmtes Vorgehen zur

Formulierung und Kontrolle von Regelungen bei konzerninternen Verrechnungspreisen, der Verhinderung lediglich steuerpolitisch motivierter Errichtung von Finanzierungsholdings und ein striktes Verbot steuerlicher Diskriminierung nach in- und ausländischen Investoren erreicht werden.

3. Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit

Mit dem Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (Programm für 100.000 Jugendliche) hat die Bundesregierung ein aufwendiges Projekt auf den Weg gebracht. Die Ausweitung öffentlicher Maßnahmen zur Integration jugendlicher Arbeitsloser und insbesondere benachteiligter Gruppen ist dabei ein eindeutiger Fortschritt im Vergleich zur Politik der alten Bundesregierung. Es muß jedoch auch festgestellt werden, daß die anspruchsvollen Ziele dieses Programms nur zu einem sehr kleinen Teil erreicht werden konnten. So sind kurzfristige Maßnahmen zur Qualifizierung von Jugendlichen kein Ersatz für eine Politik, die zum einen die Arbeitgeber in die Pflicht nimmt, ein auswahlfähiges Angebot an Ausbildungsplätzen bereitzustellen, und die Jugendlichen zum anderen dauerhafte Beschäftigungsperspektiven bietet.

Eine wirksame Bekämpfung der Ausbildungskrise und der Jugendarbeitslosigkeit erfordert deshalb:

- eine gesetzliche Umlagefinanzierung der beruflichen Bildung, durch die Betriebe, die nicht oder zu wenig ausbilden, zur Finanzierung zusätzlicher Ausbildungsplätze herangezogen werden
- eine Verstärkung der Mittel für eine aktive Arbeitsmarktpolitik für Jugendliche: wir schlagen deshalb ein auf mehrere Jahre angelegtes Programm „Jugend und Arbeit“ mit Schwerpunkt Ostdeutschland vor, in dessen Rahmen Modellprojekte zur Etablierung eines Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors ermöglicht werden

4. Europa

Die deutsche Präsidentschaft in der Europäischen Union wurde bisher nicht genutzt, um neue Akzente für eine gemeinsame beschäftigungsorientierte Politik und für die Durchsetzung sozialer Standards zu setzen. Statt dessen wurde durch die unsinnige Debatte um die deutschen Beitragszahlungen für die EU viel politisches Porzellan zerschlagen, durch die rechtspopulistische und europafeindliche Kräfte gestärkt werden können. Dem gilt es eine Politik für Vollbeschäftigung und für einen europäischen Sozialstaat entgegen zu stellen, hierfür muß die Europawahl am 13. Juni entsprechend genutzt werden.

Die rot-grüne Bundesregierung hat die Aufgabe, sich für eine neue europäische Politik einzusetzen. Dies beinhaltet im wesentlichen

- eine europäische Strategie für Vollbeschäftigung in Europa, hierzu soll auf dem Kölner EU-Gipfel ein verbindliches Stufenprogramm beschlossen werden,
- eine Reform des europäischen Struktur- und Regionalfonds zur Stärkung von Frauen im Erwerbssektor,
- eine politische Kontrolle der EZB sowie eine Erweiterung der EZB-Zielvorgaben um Beschäftigungspolitik,
- eine harmonisierte Steuer- und Abgabenpolitik für Kapitaleinkommen und in der Unternehmensbesteuerung
- Stärkung der Kompetenzen der europäischen Betriebsräte sowie eine Garantie der Mitbestimmungsmöglichkeiten für ArbeitnehmerInnen beim Europäischen Gesellschaftsrechts,
- eine verstärkte internationale Kooperation zur Kontrolle der internationalen Finanzmärkte, z.B. durch eine europäische Steuer auf spekulative Kapitalbewegungen,
- eine Demokratisierung der Europäischen Union durch eigenständige Beschlußfassungen der nationalen Parlamente über Ministerratsinitiativen sowie die Stärkung des Europäischen Parlaments.

5. Internationale Politik

Die Bundesregierung hat sich im Zuge des Kosovo-Krieges zum Anhängsel einer Politik gemacht, die auf die Durchsetzung einer „neuen Weltordnung“ orientiert ist. Dabei geht es im wesentlichen um den Anspruch der USA und der westlichen Industriestaaten, die eigenen Interessen und die Interessen multinationaler Konzerne weltweit gegenüber jedem Staat durchsetzen zu können - notfalls mit

militärischer Macht. Dabei wird versucht, der NATO die Rolle des international legitimierten Ordnungshüters zuzuweisen und sowohl die UN als auch Staaten wie Rußland und China dabei zu umgehen. Die Alternative zu einer solchen Politik der Eskalation internationaler Konflikte kann nur eine neue und stabile Friedensordnung sein, die auf einen Interessenausgleich zwischen den Regionen der Welt ausgerichtet ist und die unterentwickelten Regionen Zukunftsperspektiven eröffnet.

Wir erwarten von der Europäischen Union deshalb eine Politik,

- die sich für eine neue Partnerschaft und für den Interessenausgleich mit den Ländern Osteuropas und des Südens einsetzt, dies muß insbesondere neue wirtschaftliche Kooperationsformen nach dem Beispiel des Lomé-Abkommens umfassen
- die sich für eine Stärkung und Belebung internationaler Organisationen wie der UNO und der OSZE einsetzt, um Konflikte frühzeitig und unter Achtung des Völkerrechts zu lösen,
- die eine europäisch koordinierte Flüchtlings- und Asylpolitik auf Grundlage der Europäischen Menschenrechtskonventionen gegen eine „Festung Europa“ stellt.

Frieden für den Balkan

Ausgangslage

Seit vier Wochen führt die NATO einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Bundesrepublik Jugoslawien. Zu keinem Zeitpunkt war die nachgeschobene Begründung für den Beginn der Bombardierungen - eine Vermeidung der humanitären Katastrophe - wirklich glaubhaft. Der Auslöser der NATO-Angriffe war die Weigerung der Unterzeichnung des Vertrages von Rambouillet, nicht etwa die erst nach dem Beginn der Bombardierungen verstärkten Vertreibungen der Kosovo-Albaner. Erst mit Anschwellen der Flüchtlingsströme hat die NATO deren Vermeidung zum Kriegsziel erklärt. Die NATO-Staaten haben nicht einmal die einfachsten logistischen Maßnahmen getroffen, um dem zu erwartenden Flüchtlingsstrom und der humanitären Katastrophe angemessen begegnen zu können.

Für alle die, die die NATO-Angriffe im Zusammenhang mit der Durchsetzung der Menschenrechte im Kosovo wähten, muß die Bilanz der Bombardierungen ernüchternd sein. Das menschliche Elend im Kosovo wie in Rest-Jugoslawien hat sich multipliziert. Abertausende von Menschen wurden aus dem Kosovo vertrieben und werden jetzt durch die völlig unzureichenden Hilfsmaßnahmen nur notdürftig versorgt. Die noch im Kosovo verbliebenen Flüchtlinge sind dort der Willkür und der Brutalität ausgesetzt, die von den serbischen Sicherheitskräften sowie von Paramilitärs und Verbrecherbanden auf beiden Seiten ausgeht. Mit jedem Kriegstag wird ein geordnetes und zivilisiertes Zusammenleben der Bevölkerungsgruppen nach dem Krieg unwahrscheinlicher. Die NATO-Bombardierungen haben im Kosovo das Gegenteil von dem erreicht, was angeblich ihr Kriegsziel war. In Restjugoslawien zerstören die NATO-Angriffe die Infrastruktur und damit die Lebensgrundlage der Menschen. Die Bombardierungen haben das Land bereits heute in seiner Entwicklung um Jahre zurückgeworfen und so den Anschluß an Europa erschwert. Während die politische Führung in Deutschland "Marshall-Pläne" entwirft, bombt sie Jugoslawien in den Morgenthau. Die eigentliche Zahl der Opfer unter der jugoslawischen Zivilbevölkerung wird die Öffentlichkeit wie im Golfkrieg erst nach dem Krieg mitgeteilt bekommen. Doch schon heute ist klar, daß die NATO eben keine "chirurgischen Eingriffe" vornimmt, sondern daß es dort - wie im Krieg üblich - auch um die Vernichtung von Menschen geht, auch wenn sie in der Sprache der NATO zum "Kollateralschaden" verkommen.

Die jugoslawischen Nachbarstaaten sowie die dem Milosevic Kurs kritisch gegenüberstehende jugoslawische Teilrepublik Montenegro wurden destabilisiert. Albanien nimmt bereits jetzt faktisch den Status eines NATO-Protektorates ein.

Die zunehmende Zahl albanischer Flüchtlinge, die aus dem Kosovo stammen und zumeist hochgradig radikalisiert sind, wirken destabilisierend auf die gesamte Region. In Albanien werden nationalistische und großalbanische Kräfte um den gestürzten Autokraten Berisha gestärkt, der sich offen der Exekutive in Tirana entzieht. In Mazedonien hatten die Albaner bislang die Rolle einer starken Minderheit. Die hohe Zahl der Flüchtlinge bedroht das labile Gleichgewicht in dem einzigen Staat, der sich aus allen Jugoslawienkriegen erfolgreich herausgehalten hatte. Es ist ein Skandal, daß die NATO-Staaten die ohnehin schwache mazedonische Regierung nicht stärker unterstützen.

Auch für die ungarische Minderheit in der Vojvodina hat sich die Gefahr einer Eskalation erhöht. Budapest befürchtet, daß Milosevic die ungarische Minderheit quasi als Geisel gegen die NATO-Staaten nehmen könnte.

Auf serbischer Seite ist eine Konsolidierung der Machtposition Milosevics zu verzeichnen. Die demokratische Opposition ist ausgeschaltet und die Bevölkerung schart sich um den Präsidenten. Im Kosovo hat Milosevic durch die Vertreibung der albanisch stämmigen Bevölkerungsmehrheit Fakten geschaffen. Innerhalb der albanischen Kosovaren hat sich die UCK als einzige relevante politische Kraft durchgesetzt. Die Vertreter der LDK haben die politische Initiative verloren und sehen sich neben dem serbischen Terror nun auch den Verrats Vorwürfen aus dem eigenen Lager konfrontiert. Die radikalen Positionen auf beiden Seiten wurden gestärkt. Eine politische Lösung scheint unwahrscheinlicher denn je. Die andauernde Zerstörung jugoslawischer Infrastruktur hat das Land bereits heute um Jahre in seiner Entwicklung zurückgeworfen und so den Anschluß an Europa erschwert. Fast scheint es, als wolle die NATO in BRJ einen Morgenthau Plan umsetzen.

Außenpolitisch haben die NATO-Staaten die Partnerschaft für den Frieden mit Rußland aufs Spiel gesetzt und die OSZE und die UN marginalisiert.

Hintergründe

Abgesehen von den nationalen Mythen beider Seiten sind die Konflikte im Kosovo spätestens seit den siebziger Jahren virulent. Albaner und Serben stehen dort u.a. aufgrund einer sich verschärfenden sozialen Lage in Gegensatz zueinander. Dies verbunden mit einem schnellen Wachstum der albanischen Bevölkerung einerseits und dem mangelnden politischen Willen andererseits, den sozioökonomischen Problemen entgegenzuwirken, führten bereits in den achtziger Jahren zu bewaffneten Auseinandersetzungen und letztlich zur Aufhebung des Autonomiestatuts durch die Regierung Milosevic im Jahre 1989 und als Reaktion darauf zum Aufbau von parallelen staatlichen Strukturen durch die albanische Bevölkerung im Kosovo.

Seit der Aufhebung des Autonomiestatuts des Kosovos steht die Zukunft der Region wieder auf der europäischen Tagesordnung. Die Warnungen von NRO's und Friedensbewegung vor einem neuen Krieg auf dem Balkan, übrigens auch von dem Jugoslawienbeauftragten der Bundesregierung Koschnik, wurden in den Wind geschlagen. Der gewaltfreie Widerstand im Kosovo, angeführt durch den demokratisch legitimierten politischen Führer der Kosovo Demokratie Liga (LDK) Rugova, wurde allein gelassen und verpuffte. Das Treffen des U.S. gesandten Hoolbroke mit Vertretern der UCK im Juni 98 wertete die UCK endgültig zum politischen Akteur auf. Der Widerstand radikalisierte sich und griff zunehmend auf Gewaltmittel zurück.

Der Konflikt, der seit fast zehn Jahren gewalttätig auf dem Balkan ausgetragen wird, ist auch durch die Politik von Teilen des Westens und insbesondere der früheren Bundesregierung immer wieder angeheizt worden. Die unterschiedlichen Interessen innerhalb der EU machten eine gemeinsame Politik gegenüber dem Zerfallsprozeß Jugoslawiens praktisch unmöglich. In diesem Zusammenhang spielte die deutsche Politik eine verhängnisvolle Rolle. Die Anerkennungspraxis der alten Bundesregierung im Jahre 1991, die dabei auch von Außenpolitikern der SPD unterstützt wurde, war letztendlich Auslöser des Bosnienkrieges. Mit der Etablierung und Hochrüstung Kroatiens als eigenständigen Staat und militärischen Faktor und der Schaffung eines künstlichen Bosnien-Herzgowina war der Krieg zwischen Serbien und Kroatien praktisch vorprogrammiert. Es wäre fahrlässig und ahistorisch, die Schuld für die Eskalation oder für die Verbrechen einseitig zu personalisieren, wie dies im Zusammenhang mit dem Konflikt im Kosovo versucht wird. Erst die gesellschaftspolitischen wie historischen Bedingungen bieten die Grundlage für das Agieren verbrecherischer Regime. Daß sich der serbische Präsident auf eine weitgehende Unterstützung seiner Landsleute verlassen kann, liegt eben nicht nur am entwickelten Unterdrückungsregime.

An der Verantwortung der serbischen Führung für die Vertreibung, Unterdrückung, Terror und Mord kann es keinen Zweifel geben. Diese Verbrechen sind keine inner-serbische Angelegenheit und müssen für die Täter zu Konsequenzen führen. Um ihre Macht zu sichern,

hat die serbische Regierung das Land in immer neue politische und militärische Konflikte manövriert und sich dabei zunehmend auf extremistische und terroristische Kräfte gestützt und Demokratiebestrebungen unterdrückt.

An der jetzigen Eskalation ist der Westen jedoch nicht ganz unbeteiligt. Die Anerkennungspolitik gegenüber den Teilrepubliken Jugoslawiens und die einseitige Positionierung zugunsten Kroatiens und Sloweniens führte bei den Kosovo-Albanern sowie bei einigen politischen Gruppierungen in Albanien selbst zu der Annahme, die staatliche Einheit aller Albaner stehe vor der Vollendung. Die Isolation Serbiens und jegliche fehlende Perspektive zu einer langfristigen Stabilisierung des Balkan unter Einbeziehung des wichtigsten Staates der Region war ausgesprochen kurzfristig. Diese Politik führte letztlich zu einer Stabilisierung des Milosevic-Regimes und der Verschärfung der innenpolitischen Situation zugunsten von nationalistischen (Draskovic) und faschistischen (Seselj) Gruppierungen in Serbien. Die Lage der Opposition wurde damit drastisch verschlechtert, da das Regime mit sozialer Zustimmung ausgestattet immer repressiver wurde.

In Kenntnis der angespannten Lage, wurde das Kosovo-Problem auf Druck Milosevics von den Dayton-Verhandlungen ausgeklammert.

Als im letzten Jahr die Krise erneut zu eskalieren drohte, entschied sich die NATO, aus einer Mischung von Fehlinterpretation des Bosnienkrieges und dem Interesse einer glaubwürdigen Darstellung der neuen NATO-Strategie, zu der verhängnisvollen Strategie, sich selbst mit der Durchsetzung einer Friedenslösung im Kosovo zu beauftragen. Die von der Kontaktgruppe in Rambouillet eingeleiteten Konsultationen waren von Anfang an zum Scheitern verurteilt, da der Westen nicht bereit war, die Implementierung durch die NATO aufzugeben. Eine Verhandlungsführung des Oktroi - entweder Einmarsch von NATO-Truppen oder Krieg - kann nicht beanspruchen, alles Mögliche getan zu haben, um einen Krieg zu vermeiden. So wurde der militärische Teil determiniert. Die NATO und insbesondere die USA hatten letztlich kein wirkliches Interesse an einer UN-Lösung im Kosovo und auch kein Interesse an einer überhaupt funktionierenden und handlungsfähigen UN mit entsprechenden Konsequenzen. Es ist das Ziel der NATO, diese als von der UN unabhängige Interventionsallianz aufzubauen. Die häufig vorgetragene Kritik an der UNO ist heuchlerisch, da die USA selbst nicht an einer Abschaffung des Vetorechts interessiert sind, UN-Resolutionen häufig ignorieren oder selbst blockieren.

Der Westen hat seine eigenen Kriterien zur Anerkennung ehemaliger jugoslawischer Republiken (der Kosovo war nie eine Bundesrepublik, hätte daher nicht mit Anerkennung durch die EU rechnen können) außer Kraft gesetzt, indem er den endgültigen Status des Kosovos offengehalten hat, anstatt die territoriale Integrität der BRJ zu garantieren und sich auf die Durchsetzung einer umfassenden Autonomieregelung zu konzentrieren. Die Folge war nicht nur eine Identifizierung der NATO zumindest mit den mittelfristigen Zielen der UCK, sondern auch die Opposition Rußlands, das zurecht in der möglichen Sezession des Kosovo einen Präzedenzfall geschaffen sah. So ist die Haltung Rußlands auch nicht, wie in den Medien gerne behauptet aus Gründen einer diffusen "slawischen Bruderschaft" heraus zu betrachten, sondern gerade in Hinblick auf ähnlich gelagerte Konflikte innerhalb der Russischen Föderation, aus handfesten sicherheitspolitischen Interessen definiert.

Schwächung der UNO, OSZE

Die Verhandlungstaktik des Westens ergibt nur dann einen gewissen Sinn, wenn das Interesse der NATO, ihrer neuen strategischen Orientierung zum Durchbruch zu verhelfen, berücksichtigt wird. Die auf dem Jubiläumsgipfel der NATO verabschiedete Strategie sieht eine weltweit operierende, die politischen, ökonomischen und militärischen Interessen der Mitgliedsstaaten des Bündnisses wahrnehmende Allianz vor, die sich nicht mehr durch die Vereinten Nationen binden lassen möchte. Der Geltungsbereich der NATO wurde durch die

systematische Neuinterpretation des NATO- Vertrages erweitert. Die Schwächung der VN, wie sie bereits im letzten Bosnienkrieg exekutiert wurde, ist in diesem Zusammenhang zu bewerten.

Darüber hinaus gelingt es den Amerikanern ein weiteres Mal, ihre Unverzichtbarkeit für die NATO zu demonstrieren, und das in einem Konflikt, der vor den Haustüren der EU liegt. Das Fehlen einer kohärenten gemeinsamen Außen und Sicherheitspolitik (GASP) der EU erleichtert eine solche Politik und zementiert den Führungsanspruch der USA.

Hintergrund für diese Entwicklung ist einerseits die innenpolitische Situation in den USA sowie der seit dem Ende des Kalten Krieges schwelende Konflikt zwischen Europäern und US-Amerikanern um die Frage der strategischen Orientierung der NATO und die Rolle der USA in Europa. Zugespielt kann festgestellt werden, daß die NATO in Jugoslawien um ihr Überleben kämpft. Die meisten europäischen Mitgliedsstaaten der NATO sind an einer Reduktion der Einflußnahme der USA in Europa interessiert. (Deswegen kommen auch Alfred Dregger oder Helmut Schmidt dazu, die Bombenangriffe der NATO in Frage zu stellen.) Im Rahmen der Triadisierung und der anzunehmenden wachsenden Konflikte zwischen den Triadenteilen ist eine Präsenz der USA im Einflußgebiet der EU nicht mehr gewollt. Dies machte sich auf verschiedenen Konferenzen der NATO um die Frage der Verstärkung des "Europäischen Pfeilers" bemerkbar. Hier spielt auch die Forderung der US-Regierung eine Rolle, die ein höheres finanzielles Engagement der europäischen NATO-Staaten nach der eigenen geplanten drastischen Aufstockung des Verteidigungshaushaltes fordert.

Der zweite Diskussionsstrang ist der inneramerikanische Konflikt um die grundsätzliche außenpolitische Orientierung. Die maßgeblichen politischen Kräfte in den USA sind sich weitgehend darüber einig, daß die UNO als Regulationsmechanismus für internationale relevante Konflikte nicht mehr gebraucht wird. Die Unterwerfung unter das Regelwerk der UNO war insbesondere im amerikanischen Kongreß stets umstritten und mußte von den Trägern amerikanischer Außenpolitik immer wieder in innenpolitischen Auseinandersetzungen durchgesetzt werden. Nach dem Sieg in der Systemkonkurrenz wird nun die geopolitische Rendite offen eingefordert. Das Recht der Stärke soll an die Stelle entwickelten Völkerrechts treten. Im Kosovo wird nun parallel zur Neuorientierung der NATO ein Präjudiz für das neue Interventionsverständnis der NATO geschaffen und die Glaubwürdigkeit der neuen NATO-Doktrin für alle Welt unter Beweis gestellt: Die NATO führt in Serbien vor, daß sie noch handlungsfähig und damit für die USA als Einflußinstrument wie für die Europäer als Instrument zur Regulation von Konflikten in ihrem Einflußbereich zu gebrauchen ist.

Die Clinton-Administration ist darauf aus, die NATO als einen solchen Mechanismus unter der Einbeziehung der wichtigsten kapitalistischen Staaten zu erhalten, während auch innerhalb der USA die Frage nach der Sinnhaftigkeit der Beteiligung an der NATO und der Präsenz in Europa bei gleichzeitiger Unwilligkeit der europäischen Verbündeten diskutiert wird.

Rußland

Die Konsequenzen des Konfliktes im Kosovo und des Angriffes der NATO auf die europäische Politik sind langfristig noch nicht abzusehen. Von hervorgehobener Bedeutung sind in diesem Zusammenhang die innenpolitischen Verhältnisse in Rußland, die sich gerade nachhaltig verändern, selbst unter der Bedingung, daß die russische Regierung nun wieder verstärkt in die Beilegung des Konfliktes einbezogen wird. Die mißglückte Transformation unter neoliberalen Vorzeichen, die falsche Strategie des Westens und die Kräfteverhältnisse in Rußland selbst unter den Bedingungen einer sich beständig verschlechternden ökonomischen Situation, begünstigen einen antiwestlichen, antisemitischen, nationalistischen und aggressiv-

expansionistischen Diskurs, der zwar in keinem Verhältnis zu den Handlungsspielräumen der russischen Politik stehen, aber zu einer politischen Radikalisierung beitragen. Diese kann sich in den nächsten Wahlen im Herbst 1999 und Frühjahr 2000 unmittelbar auswirken und mit der Stärkung des nationalistischen Flügels sowohl intern zu einem autoritären Regime führen als auch extern die Konfrontation mit den westlichen Staaten verschärfen. Die Politik der NATO gegenüber Serbien dient hier als Begründung für weite Teile der politischen Landschaft in Rußland, die Rhetorik wieder zu verschärfen und die Gesprächsbereitschaft bezüglich der Sicherung des Friedens in Europa auf ein Minimum zu reduzieren.

Legitimationsdruck

Die offensichtliche Erfolglosigkeit des NATO Luftkrieges zeigt erste Konsequenzen. Die Suche nach den Einsatz Rechtfertigenden Beweisen für serbische Greuelaten nimmt groteske Züge an. So spricht der Verteidigungsminister von Konzentrationslagern, ohne dafür Beweise vorlegen zu können. Den durch den offensichtlichen Bruch von Völkerrecht und Grundgesetz enorm hohen Rechtfertigungsdruck wissen der Bundesverteidigungsminister und der Bundesaußenminister inzwischen nur noch durch Vergleiche mit dem Hitlerfaschismus zu begegnen. Ein blutig ausgetragener Bürgerkrieg und systematische Vertreibungen sind schlimm genug. Aber sie rechtfertigen nicht die Rede vom Völkermord oder gar die unsäglichen Vergleiche mit der Niederwerfung Nazi-Deutschlands. Diese brachiale Rhetorik dient letztlich nur dazu, das Unrecht der NATO-Angriffe gegen jedwede Kritik zu immunisieren, und trägt zu einer Verharmlosung der deutschen Verbrechen während des Hitlerfaschismus bei.

Aber nicht nur die Sprache, auch die ursprüngliche Zielsetzung hat sich mit Dauer des Einsatzes gewandelt. Nicht mehr die humanitäre Frage steht im Vordergrund, sondern die Niederlage Milosevic. Damit nimmt die NATO eine gefährliche Neudefinition der Ziele vor, bei der nicht mehr das Schicksal der Menschen im Kosovo im Mittelpunkt steht, sondern die militärische Niederlage Serbiens postuliert wird. Die beteiligten Politiker werden zu Opfern ihres eigenen Dilettantismus und verfallen fast zwangsläufig der von ihnen selbst in Gang gesetzten militärischen Logik, an deren Ende möglicherweise der Einsatz von Bodentruppen und die Ausweitung des Krieges stehen wird. Dies wiederum würde zu einer Entwicklung führen, die nicht nur eine demokratische Perspektive für Jugoslawien auf unbestimmte Zeit verbauen, sondern auch ungezählte Tote fordern würde.

Demokratisierung Serbiens

Eine dauerhafte Friedenslösung für den Balkan wird es nur dann geben können, wenn die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, insbesondere die Republik Serbien, einen nachhaltigen Demokratisierungsprozeß erleben. Nur wenn der freie Zugang zu Informationen und die freie Meinungsbildung möglich sind, nur wenn demokratische oppositionelle Gruppen die Chance auf die Machtübernahme haben, werden sich genügend unabhängige und zivilgesellschaftliche Institutionen und Gruppen im Lande bilden können. Der NATO-Angriff gegen Jugoslawien ist auch eine existentielle Bedrohung der demokratischen Opposition in Serbien. Es müssen dringend Konzepte für eine Verbesserung der sozioökonomischen Situation auf dem Balkan und v.a. Serbiens entwickelt werden, da bekanntlich eine Demokratisierung unter wirtschaftlichen Krisenbedingungen schwierig durchzusetzen ist.

Neue Balkanpolitik der EU

Die EU spielt eine Schlüsselrolle für eine friedliche Zukunftsperspektive auf dem Balkan. Wenn die EU dieser Verantwortung gerecht werden will, muß sie die Grundzüge ihrer Balkanpolitik revidieren. Die fatale Anerkennungspolitik der Regierung Kohl/Genscher hat den Zerfallsprozeß des ehemaligen Jugoslawischen Bundes befördert und die sich verschärfenden Konflikte, über die drei Kriege in Slowenien, Kroatien und Bosnien-Herzegowina stets als separate Phänomene betrachtet. Die Förderung nationalstaatlicher Konzeptionen (General Naumann: "Wir mußten nation-building" betreiben) hat auf dem

Balkan wie ein Sprengsatz gewirkt. Dieser Effekt wurde noch verschärft, nachdem der Westen im Friedensabkommen von Dayton die Ergebnisse der "ethnischen Säuberungen" der beteiligten Konfliktparteien legitimiert hatte und so der Eindruck entstand, Grenzen entlang vorgeblicher ethnischer Merkmale mit Gewalt Ändern zu können.

Die EU steht vor der Aufgabe, ihr destruktives Wirken in eine aktive Friedensrolle zu verwandeln. Dafür muß die EU die Notwendigkeit einer politischen Lösung für den gesamten Balkan zur Grundlage ihrer Politik machen. Es geht darum für die Staaten der Region verbindliche Garantien für Minderheiten, politische Partizipation, Wahrung der Menschenrechte, sowie zivile Konfliktlösungsmechanismen festzuschreiben. Die Gemeinschaft muß bei ihren Bemühungen ihr wirtschaftliches und politisches Gewicht einbringen und den Konfliktparteien eine konkret wirtschaftliche Perspektive mittelfristig innerhalb der EU bieten. Um destabilisierende Tendenzen in Zukunft auszuschließen, kann diese Perspektive nur für die gesamte Region gelten. Die Degradierung eines Landes nach der U.S. Theorie der "Schurken-Staaten", muß ausgeschlossen werden, um Konfliktherde in der Zukunft auszuschließen. Die EU muß darüber hinaus einen Marshall-Plan für das Kriesengebiet entwerfen. Die Initiativen der Bundesregierung zur Intensivierung und Koordinierung der humanitären Hilfe und der Hilfe zum Wiederaufbau sind zu begrüßen. Sie sollten in ein europäisches Programm münden, welches langfristige Aufbauprogramme entwickeln sollte. Dabei kommt es entscheidend darauf an, systematisch die politischen Gruppierungen aufzuwerten, die sich für eine demokratische Zukunft einsetzen. Hierfür ist eine Balkan- Friedenskonferenz einzuberufen.

SPD

Aus der erstmaligen Kriegsbeteiligung einer SPD-geführten Bundesregierung ist für die Partei unversehens eine Existenzfrage entstanden, die sich zum einen inhaltlich um die Substanz sozialdemokratischer Programmatik und ihrer Halbwertszeit dreht, zum zweiten zu einer inhaltlichen Überlebensfrage für die Linke geworden ist, wobei hier aus primär strategischen Gründen toleriert wird, daß sog. Linke sich der militärischen Logik gebeugt haben und wo zum dritten, auch dies ist einmalig und neu, gezielt Linke als verantwortungslos und "vaterlandslose Gesellen" und bei kritischer Haltung zur Außenpolitik der Bundesregierung als Milosevic-Befürworter diffamiert werden. Im Zuge all dessen wird auch die Transformation der SPD von der programmatisch orientierten Mitgliederpartei, in der demokratische Entscheidungsfindung möglich ist, zur autoritär strukturierten Regierungslegitimation betrieben und die Meinungsfreiheit zur Disposition gestellt. Gleichzeitig werden über den aktuellen Krieg hinausgehende Zukunftsfragen wie die Ausgestaltung der "neuen NATO" ohne demokratische Debatte und nach Gusto der politischen Eliten entschieden und der Weg für eine Sicherheitspolitik bereitet, die auch perspektivisch militärisch begleiteten Imperialismus um geopolitischer und ökonomischer Interessen willen legitimiert. Rationale, auf internationalen ökonomischen Ausgleich bedachte Konzepte bleibt uns die Regierung weiterhin schuldig.

Mit der Behauptung, nur durch die Kriegsbeteiligung stelle sich Deutschland, stelle sich die SPD der "Verantwortung", machte die Parteiführung auf dem Bundesparteitag - unausgesprochen, aber für alle deutlich greifbar - auch einen anderen Bezug auf: permanent wurde und permanent wird suggeriert, diejenigen PazifistInnen und AntimilitaristInnen, die der militärischen Logik, auch öffentlich, widersprechen, seien verantwortungslos und ignorant gegenüber den Geschehnissen in Jugoslawien und würden die dort stattfindenden Verbrechen tolerieren und in Kauf nehmen. Gerade aber weil wir die Verantwortung annehmen und besonders aufgrund der Geschichte unseres Landes, weil wir Internationalismus begriffen haben, aber nicht mit Imperialismus verwechselt sehen möchten, stellen wir fest: Militäreinsätze, egal in welcher Form, können nur die herrschenden Interessen absichern und somit die Konfliktursachen festschreiben, wenn niemand den Versuch unternimmt, die

Ursachen für ethnisch-nationale Eruptionen und militärische Konflikte zu beseitigen. Soldaten können bestenfalls die gewaltverursachenden Herrschaftsverhältnisse beseitigen (und selbst dies gelingt ihnen meist nicht). Sie können nie den Frieden herstellen und die tiefer liegenden Konfliktursachen lösen.

Friedensbewegung

Die Friedensbewegung steht vor der wahrscheinlich schwierigsten Herausforderung ihrer Geschichte, denn einige Teile führen entweder diesen Krieg an zentraler Stelle mit, andere haben resigniert oder vertreten radikalpazifistische Positionen, ohne schlüssige Alternativen zu formulieren oder artikulieren berechnete Schuldzuweisungen. Die Friedensbewegung ist daher leider bisher nicht in der Lage gewesen, effektiv in die gesellschaftliche Auseinandersetzung einzugreifen. Gleichzeitig müssen wir feststellen, daß sich - aus den unterschiedlichsten Beweggründen - die politischen Fronten an der Frage des Kriegseinsatzes der Bundeswehr neu ausrichten. Neben prominenten konservativen Sozialdemokraten wie Henning Voscherau und Helmut Schmidt, sind es vor allem "Bedenkenträger" aus dem bürgerlichen Lager, die diesen Einsatz ablehnen. Wer eine gesellschaftliche Mehrheit gegen den Balkankrieg, und damit eine neue Handlungsgrundlage für eine Friedensbewegung legen will, muß diese Leute einbinden. Daher sollten wir die Frage nach der ursprünglichen Motivation der NATO in den Mittelpunkt der öffentlichen Auseinandersetzung stellen, nämlich die humanitäre Katastrophe zu verhindern. Die Bundesregierung muß sich aber vorwerfen lassen, gerade den humanitären Aspekt des gesamten Unternehmens geradezu fahrlässig vernachlässigt zu haben. Die NATO hat keinerlei Vorkehrungen getroffen, um die zu erwartenden Flüchtlinge zu versorgen. Ein vielfach vorgebrachtes Argument des Bundesverteidigungsministers, die Vertreibung der Albaner sei lange vor den NATO-Bombardements von Milosevic geplant gewesen, läßt dieses Versäumnis geradezu unverantwortlich erscheinen. Nach sechs Wochen NATO-Krieg gegen Jugoslawien muß die politische Führung des Bündnisses zur Kenntnis nehmen, daß ihr angebliches Ziel - die Vermeidung einer humanitären Katastrophe - nicht erreicht worden ist und sich der Bruch völkerrechtlicher Normen spätestens jetzt nicht mehr rechtfertigen läßt

Zukunftsdebatte

Der Konflikt im Kosovo und die NATO Luftschläge haben in der Bundesrepublik eine heftige Debatte um die zukünftige europäische Sicherheitspolitik entfesselt. "Europäer" wie Helmut Schmidt plädieren für eine selbstbewußtere Rolle der WEU und fordern eine eigenständige Verteidigungspolitik, die den europäischen Interessen gerecht wird. "Atlantiker" wie Tony Blair setzen weiterhin auf die angebliche Interessenidentität mit den USA.

Wir Jusos stehen in den nächsten Monaten vor der Aufgabe, unsere Position offensiv zu vertreten und auf die Diskussion Einfluß zu gewinnen, ohne dabei in die Logik militärischer Planungen zu verfallen. Die von BMV eingesetzte Wehrstrukturkommission wird hierfür ein Anlaß sein. Auch die zukünftige Rolle der VN muß von uns thematisiert werden. Des weiteren steht die Linke vor dem Problem, sich langfristig und intensiver als bisher mit dem Problem des Nationalismus sowie Gegenstrategien zu befassen. Die BKI wird diese Prozesse in Gang setzen und bis zum Buko 2000 zwei Anträge einbringen.

Forderungen

1. Die Bombardierungen der NATO müssen eingestellt werden und wir fordern den Rückzug aller deutschen Soldaten aus Mazedonien und den Abbruch der deutschen Beteiligung am Angriffskrieg gegen Jugoslawien.
2. Es muß - unter Einbeziehung des Sicherheitsrates, im Zweifelsfalle durch Beschluß einer außerordentlichen Generalversammlung - ein Mandat für eine robust bewaffnete UNO - Friedenstruppe geben, die eine Pufferzone zur Ermöglichung der Rückkehr der Albaner notfalls mit Waffengewalt errichten können muß.

3. An diesen UN-Truppen sowie an den vorbereitenden und begleitenden Schritten muß die russische Regierung voll beteiligt werden. Die Truppe darf sich nur aus UN-Mitgliedern rekrutieren, die nicht an den Bombardierungen auf Jugoslawien beteiligt sind.
4. Soldaten für die UN-Mission können aufgrund der historischen Situation nicht von der Bundeswehr gestellt werden.
5. Alle EU-Staaten müssen sich zur Aufnahme von Flüchtlingen verpflichten.
6. Es muß schnellstmöglich eine Konzeption zur Regulierung der existierenden und drohenden Konflikte auf dem Balkan entwickelt werden. Hierzu ist eine internationale Konferenz unter Ägide der OSZE einzuberufen.
7. Zu diesem Zweck müssen entsprechende Finanzmittel zur Entwicklung des Balkan bereitgestellt werden.
8. Die serbische Regierung muß die Autonomie für den Kosovo wiederherstellen und die Zwangsmaßnahmen gegen die Opposition zurücknehmen.
9. Die UÇK und die serbischen paramilitärischen Einheiten sind zu entwaffnen.
10. Um eine dauerhafte friedliche Lösung im Kosovo zu erreichen, halten wir es für unabdingbar, daß alle demokratischen und sich für eine friedliche Lösung einsetzenden Gruppierungen beider Konfliktparteien in den Friedensprozeß miteingebunden werden. Ohne die Bevölkerung Jugoslawiens kann kein stabiler Frieden zustandekommen.

Resolution zur Friedensmanifestation am 8. Mai 1999 in Berlin

Der Juso-Bundeskongress entsendet an die Freundinnen und Freunde in Berlin solidarische Grüße:

„Wir möchten unserer tiefen Verbundenheit mit den Zielen und den Forderungen der Friedensbewegung und den Menschen, die sich nach Berlin aufgemacht haben ausdrücken.

Es ist von zentraler Bedeutung gerade am 8. Mai sich nicht von der Propaganda der Kriegsmaschinerie und ihrer politischen Sachwalter entmündigen zu lassen, sondern ein klares Bekenntnis gegen den Krieg und für den Frieden in Europa zu setzen.

Als linke Kraft innerhalb der Sozialdemokratie bleiben wir den Zielen und Hoffnungen eines friedlichen Miteinanders der Völker und der Internationalen Solidarität verbunden und werden unseren Beitrag dazu leisten, eine Militarisierung der Politik und der Gesellschaft nicht zuzulassen.

Aus diesem Grunde hat unser an diesem Wochenende in Leipzig tagende Bundeskongress den Krieg gegen die BR Jugoslawien und das Schicksal der Kosovaren zu seinem Schwerpunktthema gemacht.

An diesem historischen Datum wären wir gern an Eurer Seite, wie wir es auch als Mitaufrufer des breiten Friedensbündnisses zum Ausdruck gebracht haben, wollen aber mit unserer Arbeit an diesem Wochenende ein Signal in die Sozialdemokratie und hier vorallem an die friedliebenden Teile unserer Partei setzen."

Folgende Forderungen haben wir dazu beschlossen:

1. Die Bombardierungen der NATO müssen eingestellt werden.
2. Es muß unter Einbeziehung -des Sicherheitsrates, im Zweifelsfalle durch Beschluß einer außerordentlichen Generalversammlung - ein Mandat für eine robust bewaffnete UNO - Friedenstruppe geben, die eine Pufferzone zur Ermöglichung der Rückkehr der Albaner notfalls mit Waffengewalt errichten können muß.
3. An diesen UN- Truppen sowie an den vorbereitenden und begleitenden Schritten muß die russische Regierung voll beteiligt werden. Die Truppe darf sich nur aus UN- Mitgliedern rekrutieren, die nicht an den Bombardierungen auf Jugoslawien beteiligt sind.
4. Soldaten für die UN- Mission können aufgrund der historischen Situation nicht von der Bundeswehr gestellt werden.
5. Alle EU-Staaten müssen sich zur Aufnahme von Flüchtlingen verpflichten.
6. Es muß schnellstmöglich eine Konzeption zur Regulierung der existierenden und drohenden Konflikte auf dem Balkan entwickelt werden. Hierzu ist eine internationale Konferenz unter Ägide der OSZE einzuberufen.
8. Zu diesem Zweck müssen entsprechende Finanzmittel zur Entwicklung des Balkan bereitgestellt werden.
7. Die serbische Regierung muß die Autonomie für den Kosovo wiederherstellen und die Zwangsmaßnahmen gegen die Opposition zurücknehmen.
8. Die UÇK ist zu entwaffnen.

